

Ivb inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

LVB-
Initiativen
2x JA
am 19. Mai

- **Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung vom 27. März 2019**
Coop Tagungszentrum, Muttenz, 19.30 Uhr
- **#LRW2019: Die LVB-Kandidierenden für den Landrat stellen sich vor**
- **Lehrpersonen lehnen lohnrelevantes MAG klar ab**
Die Auswertung der LVB-Mitgliederbefragung
- **Wer A und B sagt, muss auch C und D sagen!**
Die LVB-Umfrage zur IT-Strategie an den kantonalen Schulen
- **Neue Rubrik: Semesterbericht LVB**
August 2018 – Januar 2019

Editorial

Eine Frage der Ehre



Liebe Leserin, lieber Leser

Der Begriff der Ehre ist aus unserem Kulturkreis weitgehend verschwunden. Ehre, das gilt als Sinnbild für patriarchalische Kulturen, in welchen eine falsche Bemerkung, eine inadäquate Beziehung oder ein anderer aus unserer Sicht völlig nichtiger Anlass das Ansehen eines Menschen oder einer Familie derart zu beschädigen vermag, dass dieses nur durch Gegenmassnahmen – im schlimmsten Fall einen Ehrenmord – wieder hergestellt werden kann. Niemand, der einigermaßen bei Trost ist, würde die Rückkehr derartiger Verhältnisse in unserem Land auch nur im Ansatz tolerieren wollen.

Die Kehrseite dieser Medaille ist allerdings, dass ehrloses Verhalten in unserer Gesellschaft salonfähig, ja geradezu alltäglich geworden ist. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Umgang des Arbeitgebers mit der zusätzlichen Entschädigung für den Unterricht in Mehrjahrgangsklassen.

Mehrjahrgangsklassen werden insbesondere in kleinen Gemeinden geführt und sind nicht selten eine zwingende Voraussetzung dafür, dass der Schul-

betrieb in der Gemeinde überhaupt noch aufrechterhalten werden kann. Eine eigene Primarschule stellt für eine Gemeinde einen unschätzbareren Standortvorteil dar; Gemeinden, welche keine solche mehr führen, sterben langfristig aus, da Familien mit kleinen Kindern nicht dort wohnen möchten. Gemeinden und Kanton sollten daher ein vitales Interesse daran haben, denjenigen Lehrerinnen und Lehrern, welche den grossen Zusatzaufwand, den das Unterrichten in Mehrjahrgangsklassen erzeugt, auf sich nehmen, mit besonderer Wertschätzung zu begegnen.

Nun hat der Rechtsdienst des Regierungsrats unlängst festgestellt, dass die in der Verordnung über Schulvergütungen vorgesehene Entschädigung für diesen Zusatzaufwand – sie sollte einer zusätzlichen Unterrichtslektion entsprechen, was den effektiven Zusatzaufwand so oder so bei weitem nicht deckt – über Jahre hinweg falsch berechnet worden war; in den meisten Fällen zuungunsten der Lehrpersonen. Rund ein Dutzend Lehrerinnen und Lehrer hat mit Unterstützung des LVB eine rückwirkende Korrektur dieser Entschädigung über die letzten 5 Jahre verlangt, so wie dies § 56 Abs. 3 des Personalgesetzes vorsieht, und sich mit diesem Anliegen an das Personalamt der Finanz- und Kirchendirektion (FKD) gewandt.

Ehrenhaft wäre es gewesen, den offensichtlichen Fehler anstandslos einzugestehen und ohne juristische Winke zu korrigieren, und zwar auch rückwirkend. Zu Letzterem konnte sich der Kanton jedoch nicht durchringen. Was stattdessen folgte, kann ich nicht anders nennen als eine Abfolge durchgängig ehrlosen Verhaltens: Die FKD schob die Zuständigkeit auf die BKSD ab. Die BKSD gab die Verantwortung an die Schulräte der einzelnen Gemeinden weiter, beauftragte

aber die FKD mit der Erstellung einer Empfehlung an die Schulräte, die Gesuche auf rückwirkende Korrektur der Entschädigung abzulehnen. Begründung: Es handle sich nicht etwa um einen Fehler, sondern um eine *alternative Praxis* (die nun allerdings per 1.8.2018 korrigiert wurde). Der Rechtsdienst des Regierungsrats war zum gegenteiligen Schluss gelangt, ein vom LVB in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten ebenso. *Alternative facts* lassen grüssen.

Die Schulräte wiederum wandten sich an die Gemeinderäte. Es ging jeweils um Nachzahlungen im Bereich von wenigen tausend Franken. Diverse Gemeinderäte lehnten diese, mit Hinweis auf die Empfehlung des Kantons, ab. Ob sie das vom LVB erstellte Gutachten überhaupt gelesen haben, entzieht sich unserer Kenntnis.

Mein Ehrgefühl verbietet es mir, namentlich diejenigen Gemeinden zu nennen, die dieses ehrlose Spiel des Kantons mitgespielt haben. Ehre jedoch, wem Ehre gebührt: Die Gemeinde Wahlen betrachtete es als Ehrensache, die zu wenig ausbezahlten Anteile der Entschädigung für den Unterricht in Mehrjahrgangsklassen nachzuholen. Und die Gemeinde Sissach, die trotz ihrer Grösse ganz auf Mehrjahrgangsklassen setzt, weigerte sich, das ehrlose Schwarzpeterspiel des Kantons mitzumachen und wies die Angelegenheit an diesen zurück.

Über die meisten Fälle wird folglich das Gericht befinden müssen. Wir werden im Dienste unserer betroffenen Mitglieder alles daran setzen, dass sich Ehrlosigkeit nicht bezahlt macht.



Michael Weiss
Geschäftsführer LVB

Inhalt



Impressum

lvb.inform 2018/19-03
Auflage 3000
Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4133 Pratteln
Kantonalsektion des Dachverbands
Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
LCH
Website: www.lvb.ch

Redaktion

LVB-Geschäftsstelle per Adresse
Michael Weiss
Sonnenweg 4, 4133 Pratteln
Tel 061 973 97 07
michael.weiss@lrb.ch

Abonnement

Für Mitglieder des LVB ist das
Abonnement von lvb.inform im
Verbandsbeitrag enthalten.

Layout

Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Gestaltung, Textumbroch

Philipp Loretz

Lektorat

Roger von Wartburg

Druck

Schaub Medien AG, 4450 Sissach

Titelbild: FOTOLIA

- 2 **Editorial: Eine Frage der Ehre**
Von Michael Weiss
- 3 **Inhalt/Impressum**
- 4 **Einladung zur DV/MV vom 27. März 2019**
- 5 **Protokoll der DV/MV vom 19. September 2018**
Von Gabriele Zückert
- 14 **Perlenfischen**
weitere Perlen auf S. 20, 26 und 49
Von Roger von Wartburg
- 16 **Neue Rubrik: Semesterbericht**
August 2018 – 2019
Von Roger von Wartburg
- 22 **Lehrpersonen lehnen lohnrelevantes MAG klar ab**
Die Auswertung der LVB-Mitgliederbefragung
Von Roger von Wartburg
- 28 **Wer A und B sagt, muss auch C und D sagen!**
Die LVB-Umfrage zur IT-Strategie an den kantonalen Schulen
Von Michael Weiss
- 36 **«In der Privatwirtschaft hätte dieses Projekt einen schweren Stand»**
Interview mit Alain Gremaud
- 38 **Die LVB-Kandidierenden für den Landrat stellen sich vor**
- 46 **Berichte von Pensioniertenanlässen**
Veloreise «Vom Rhonetal ins Baselbiet»
- 50 **Geomatik erleben**
Spannende Experimente für Schulklassen im SwissGeoLab
- 52 **Den eigenen Akku mit Freude aufladen**
Weiterbildung mit Schwung für mehr Elan im Unterricht
- 54 **LVB-Informationen**
- 59 **Strichwörtlich**
Von Michèle Heller
- 62 **Der letzte Schrei**
Mastermind
Von Roger von Wartburg

Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB

Mittwoch, 27. März 2019

19.30 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Traktanden

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

Stimmberchtigt sind die Delegierten. Diese erhalten eine separate Einladung per Post.

2. Protokoll der DV/MV vom 19. September 2018

Berufspolitische Geschäfte

3. Informationen zu laufenden Geschäften des LVB
4. **Moderiertes Gespräch zwischen Bildungsdirektorin Monica Gschwind und LVB-Präsident Roger von Wartburg:**

Rückblick auf die Legislatur 2015-2019 und ein Blick in die Zukunft

Moderation: Jeannine Borer, SRF

5. Ehrung von Beat W. Zemp, scheidender Zentralpräsident LCH
6. Diverses

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.

Münchenstein, 24.01.2019
Der Kantonalvorstand

Protokoll DV/MV 1.2018/19

vom Mittwoch, 19. September 2018, 19.30–21.40 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Von Gabriele Zückert

LVB-Delegierte: total 108, anwesend 76

weitere LVB-Mitglieder: ca. 70

Vorsitz: Roger von Wartburg

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

4. Wahl der Revisionsstelle für die Geschäftsperiode 2018-2022

Berufspolitische Geschäfte

8. Hauptthema: Digitalisierung und Schule
 - 8.1. Computational Thinking ≠ Programming
- 8.2. Fragen zur Situation an den Baselierte Schulen
9. Diverses

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 16. März 2018

- 3.1 Statutenänderung §33.1: Verwendung der Kampfkasse

- 3.2 §34.4: Teilnahme Urabstimmung

5. Wahl der LCH-Delegierten des LVB für die Geschäftsperiode 2018-2022
6. Jahresrechnung 2017/18, Revisionsbericht
7. Budget für das Geschäftsjahr 2018/19



1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

R. von Wartburg begrüßt die Anwesenden. Er freut sich, dass so viele Mitglieder erschienen sind und heisst explizit die neuen Delegierten willkommen. Einen speziellen Gruss schickt er an alle bewährten Delegierten, die regelmässig die DV besuchen. R. von

Wartburg begrüßt namentlich Do- rothée Myoshi als Vertreterin des LCH sowie Lukas Dettwiler von IT.SBL. Prof. Dr. Alexander Repenning von der FHNW werde erst im Laufe der Versammlung eintreffen können. Auch Thomas Dähler von der «Basler Zeitung» wird als Vertreter der Medien namentlich erwähnt.

R. von Wartburg sagt, dass die Durchführung, Auswertung und Kommunikation der Urabstimmung die Geschäftsleitung während eines grossen Teils der Sommerferien beschäftigt habe. Hauptakteur sei hierbei Michael Weiss gewesen. Er dankt an dieser Stelle dem Geschäftsführer des LVB ganz herzlich für seinen riesigen Einsatz. Die Urabstimmung sei absolut professionell durchgeführt worden. Die Delegierten danken M. Weiss mit einem langen Applaus.

R. von Wartburg erläutert die Traktandenliste. Sie wird genehmigt.

Als Stimmenzählerinnen werden Mirjam Chevrolet und Käthy Stich per Aklamation gewählt.

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

2. Protokoll der DV/MV vom 16. März 2016

Das Protokoll wird bei einer Enthaltung genehmigt und der Verfasserin G. Zückert verdankt.

3. Statutenänderungen:

3.1 §33.1: Verwendung der Kampfkasse

R. von Wartburg erläutert die Änderung. Die neue Formulierung sei eine Anpassung an die gelebte Praxis. Diese sei in den Statuten bisher aber nicht so abgebildet.

Bisher: 33.1 Für aussergewöhnliche gewerkschaftliche Kampfmassnahmen

besteht eine Kampfkasse.

Neu: 33.1 Für gewerkschaftliche Kampagnen und Kampfmaßnahmen besteht eine Kampfkasse.

Die Delegierten stimmen der Änderung bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen zu.

3.2. §34.4: Teilnahme

Urabstimmung

Im Zuge der Durchsicht der Statuten vor dem Hintergrund der Urabstimmung habe man festgestellt, dass es eine Präzisierung brauche, erläutert R. von Wartburg. Bei der durchgeföhrten Urabstimmung in Sachen Pensionskasse seien die Lehrpersonen der KV-Schulen gar nicht direkt betroffen gewesen, weil sie eine andere Versicherungslösung hätten als die restlichen LVB-Mitglieder. Man wolle in Zukunft Urabstimmungen mitgliedspezifischer durchführen können.

Ein Delegierter meldet sich und möchte den Antrag stellen, das erforderliche Quorum für künftige Urabstimmungen von 80% auf 65% zu senken. R. von Wartburg antwortet, diese Frage sei aktuell Gegenstand von Diskussionen im Kantonalvorstand und werde zu gegebener Zeit für eine DV traktandiert werden. Ausserdem müsse ein(e) Delegierte(r) gemäss Geschäftsreglement der DV einen Antrag schriftlich und unterzeichnet dem Präsidium einreichen. Der Delegierte zeigt sich mit der Antwort zufrieden.

Ein anderes Mitglied fragt, ob der fehlende Rückhalt der anderen Mitglie-

der nicht ein Problem wäre, wenn nur eine kleine Gruppe von einer Massnahme respektive Urabstimmung betroffen sei. R. von Wartburg erläutert, dass Urabstimmungen für kleine Mitgliedergruppen kein Ziel der Änderung darstellten. Eine Urabstimmung sei eine «ultima ratio» und nur bei Themen von grosser Tragweite überhaupt vorstellbar. Es müsse aber die Möglichkeit bestehen, etwa bei Bedarf Lehrpersonen von kantonalen Schulen respektive Gemeindeschulen spezifisch abstimmen zu lassen.

Es gibt keine weiteren Fragen aus dem Publikum.

Bisher: 34.4 Ausserordentliche Kampfmaßnahmen können durch die Urabstimmung der beruflich aktiven Mitglieder beschlossen werden. Dabei muss ein Quorum von 80% erreicht werden.

Neu: 34.4 Ausserordentliche Kampfmaßnahmen können durch die Urabstimmung der beruflich aktiven und vom Ziel der Kampfmaßnahme(n) betroffenen Mitglieder beschlossen werden. Dabei müssen 80% dieser Mitglieder den Kampfmaßnahmen zustimmen.

Die Delegierten stimmen der Änderung einstimmig zu.

4. Wahl der Revisionsstelle für die Geschäftsperiode 2018-2022

M. Weiss merkt an, dass er die Arbeit mit der Revisionsstelle sehr schätzt und gerne weiter mit der Centra-Treu-

handgesellschaft zusammenarbeiten möchte.

Die Delegierten stimmen der Wahl von der Centra-Treuhandgesellschaft als Revisionsstelle für die nächste Amtsperiode einstimmig zu.

5. Wahl der LCH-Delegierten des LVB für die Geschäftsperiode 2018-2022

Alle Delegierten stellen sich zur Wiederwahl für die neue Amtsperiode. Es sind dies Henjo Göppert, Dennis Krüger, Susanne Niederer, Urs Stammbach und Claudia Ziegler-Feigenwinter.

Sie werden in globo von den Delegierten einstimmig gewählt und mit einem Applaus bedacht.

6. Jahresrechnung 2017/18, Revisionsbericht

M. Weiss erläutert die Jahresrechnung.

Bilanz

Im Vergleich zum Vorjahr ist viel weniger Geld in der Vereinskasse. Der Grund dafür ist die Lohnzahlung für die LVB-Geschäftsleitungsmitglieder, die nicht direkt, sondern über den Kanton erfolgt, welchem der LVB die Kosten inkl. Sozialbeiträge jeweils zurückzahlt. Diese Zahlung ist im Gegensatz zum Vorjahr bereits vor dem Jahresabschluss erfolgt. Ansonsten gibt es bei der Vereinskasse keine grossen Unterschiede zum Vorjahr. Der Bilanzgewinn von fast 40'000 CHF ist sehr erfreulich.

Die Kampfkasse ist ziemlich genau auf dem gleichen Stand wie vor einem Jahr, da in etwa gleich viel ausgegeben wie eingenommen wurde. Der Bestand der Rechtsschutzkasse ist um rund 21'000 CHF gefallen, da Anwalts- und Prozesskosten angefallen sind, aber kein Beitrag erhoben wurde, um die Kasse zu äufnen. Zudem wurden für einen noch laufenden Fall zusätzlich 5'000 CHF zurückgestellt. Bei den Passiven sieht man die jährliche Abzahlung von 15'000 CHF für das Darlehen, das für den Angestellten des LVB im Zuge der BLPK-Reform 2015 hatte aufgenommen werden müssen.





FOTOLIA

Erfolgsrechnung

Vereinskasse: Die Mitgliederzahlen sind gestiegen, weswegen hier das Budget etwas übertroffen wurde. Die Personalkosten konnte er gut abschätzen. Alle anderen Posten sind geringer als budgetiert ausgefallen. Dies hat sich zu einem deutlich geringeren Verlust summiert. Die Provision der Visana hat den Erfolg positiv beeinflusst. So konnte in der Vereinskasse ein Erfolg von ca. 40'000 CHF erwirtschaftet werden.

Jubilarenkasse: Der Aufwand war etwas grösser als budgetiert, da überdurchschnittlich viele Mitglieder an den Jubilärenanlass gekommen sind.

Kampfkasse: Die Beiträge entsprechen dem Budget. Es gab einige Kampagnen, die finanziert werden mussten. Dazu kam die Urabstimmung. Die Durchführung der Urabstimmung war mit 25'000 CHF der grösste Posten, darin enthalten waren auch 12'000 CHF für die Erstellung eines Rechtsgutachtens. Diese 12'000 CHF erstattet der LCH dem LVB jedoch, da dieses auch für andere Kantone von grossem Nutzen sein kann. M. Weiss dankt dem LCH dafür.

Rechtsschutzkasse: Sie macht einen Verlust von 16'600 CHF, weil es sehr viele Rechtsfälle gab.

Gesamtorganisation: Insgesamt resultiert statt des budgetierten Verlusts von etwa 12'000 CHF ein Gewinn von fast 25'000 CHF. M. Weiss betont, dass er beim Budgetieren immer von einem pessimistischen Szenario ausgehe, weswegen der Erfolg dann meist besser herauskomme.

Revisionsbericht: Er bescheinigt der Rechnung ihre Richtigkeit.

Die Jahresrechnung 2017/2018 wird einstimmig angenommen.

7. Budget für das Geschäftsjahr 2018/19

M. Weiss erläutert das Budget. Der Anteil für Beratung und Rechtshilfe wird neu in der Mitgliederrechnung

getrennt ausgewiesen und der Rechtsschutzkasse zugeführt. Über diese wird neu aber auch der Anteil der Personalkosten, der auf Beratung und Rechtshilfe entfällt, abgerechnet. Die geänderte Verteilung der Mitgliederkategorien (mittleres Pensum neu von 34% bis 66% statt wie bisher von 34% bis 50%) führt zu Mindereinnahmen, die durch die Erhöhung der Gesamtbeträge um je 5 CHF pro Kategorie jedoch mehr als kompensiert werden, was es erlaubt, das Gesamtpensum der Geschäftsleitung um ein Viertelpensum aufzustocken.

Bei der von der Visana zu erwartenden Provision hat er vorsichtig budgetiert, da einige Mitglieder des Kollektivvertrags gar keine LVB-Mitglieder waren, dies auch nicht mehr werden wollten und daher aus dem Kollektivvertrag austreten mussten. Für die Vereinskasse rechnet M. Weiss mit einem Verlust von ca. 12'000 CHF. Für die Jubilarenkasse ist erneut ein kleiner Gewinn zu erwarten. Für die Kampfkasse erwartet er einen Verlust in der Grössenordnung von 31'000 CHF, da keine Sonderbeiträge mehr erhoben werden, welche die Kasse äufnen würden, wegen der Initiativen und der Landratswahl aber dennoch mit erheblichen Ausgaben zu rechnen ist. Die Rechtsschutzkasse sollte hingegen wieder einen Gewinn einfahren, weil Beiträge von 105'000 CHF dort einfließen sollten.

M. Weiss rechnet für die Gesamtorganisation insgesamt mit einem Verlust von 30'000 CHF, der aber nach den Gewinnen der letzten Jahre verkraftbar ist. Zudem ist auch dieses Budget wieder eher pessimistisch gerechnet.

Die Delegierten stimmen dem Budget einstimmig zu.

Berufspolitische Geschäfte

8. Hauptthema: Digitalisierung und Schule

Die Digitalisierung mache aktuell schweizweit in den Medien Schlagzeilen, leitet R. von Wartburg das Thema ein. Machbarkeit, Wünschbarkeit, Befürchtungen und Hoffnungen würden im Kontext der Digitalisierung der Schulen kontrovers diskutiert. Da Prof. Dr. A. Repenning von der Fachhochschule Nordwestschweiz nun unverhofft doch schon eingetroffen sei und später seine Zugverbindung für den Heimweg wieder erreichen müsse, würden die Traktanden 8.1. und 8.2. nach Rücksprache mit den beiden Gästen kurzerhand abgetauscht.

R. von Wartburg habe Prof. Dr. Repenning an einer Veranstaltung des Bildungsraums Nordwestschweiz reden gehört und der Vortrag habe ihn angesprochen. R. von Wartburg begrüsst den Referenten und übergibt ihm das Wort.

8.1. Computational Thinking ≠ Programming

Prof. Repenning bedankt sich für die Flexibilität. Es gehe in seinem Vortrag um die Unterscheidung zwischen Computational Thinking (CT) und Programmieren. Die reiche Schweiz könne sich die Hardware leisten, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern. Aber habe die Schweiz auch eine Vision, was man wie investieren und wie man mit dieser Hardware umgehen solle?

In früherer Zeit habe es Universalgenies wie Leonardo Da Vinci oder Hildegard von Bingen gegeben. Diese hätten aus verschiedenen Wissensgebieten alles zusammenführen können, um Probleme zu lösen. Die industrielle Revolution habe die öffentliche Bildung angekurbelt, aber es sei stattdessen eine Spezialisierung auf einzelne Gebiete entstanden. Das Konzept habe sich im Prinzip bis in die Gegenwart gehalten, aber damit bekomme man zunehmend Probleme. Studierende könnten sich selber nicht in ein Thema vertiefen oder Wissen verknüpfen. Die Technologien hätten die Jugendlichen und Kinder gar nicht so gut im Griff, wie behauptet. Die digitale Revolution fresse nun die Enkel der industriellen Revolution. Die künstliche Intelligenz könne nämlich die Spezialisten ersetzen. Um dies zu verhindern, stelle er sich vor, dass man digitale Polymaths ausbilden müsse, digitale Universalgelehrte, um die Disziplinen wieder zusammenzubringen. Man erwarte von diesem Polymath eine Metakompetenz, d.h. die Kompetenz, sich eine neue Kompetenz anzueignen. Die Leute müssten peripher denken können. Außerdem brauche es eine andere Art der Problemlösung. Sein Vorschlag sei hier das Computational Thinking, das Denken mit dem Computer. Auf diese Weise könne man verschiedene Disziplinen miteinander verknüpfen.

Was mache die FHNW nun damit? Anfangs brauche es Pioniere. Danach müsse man Lehrpersonen ausbilden und man müsse Computational Thinking in den gesamten Unterricht für alle Kinder integrieren. Die Schweiz überspringe gerade den Schritt, das



FOTOLIA

Programmieren als neues Fach zu implementieren, sondern integriere es direkt in den bestehenden Unterricht, ohne die Schaffung eines eigenen Faches. An der PH FHNW sei Computational Thinking mittlerweile ein obligatorisches Element im Grundstudium der Lehrpersonen. Das Kurskonzept sei dreiteilig mit den Eckdaten Motivation, Werkzeug und Struktur. Die Motivation sei bei Primarschulkindern schon gross. Dies könnten die neu ausgebildeten Lehrpersonen nun aufgreifen.

Prof. Repenning definiert in der Folge, was Computational Thinking ist. Man lege ein konkretes Problem vor wie z.B. «Wie funktioniert eine Schlammlawine?» Ein Kind werde wahrscheinlich einen Wikipedia-Artikel lesen und dann die Informationen daraus wiedergeben können. Aber wie die Schlammlawine tatsächlich funktioniere, habe es nicht wirklich erfasst. Hierzu könne man nun den Computer für eine Abstraktion einsetzen. Am Computer könne man für die einzelnen Schlammtreile z.B. Würfel kreieren, die man digital aufeinanderstelle und dann bearbeite. Als zweiter Schritt folge die Automation mit verschiedenen einfachen Regeln, die programmiert werden. Dies sei die Schnittstelle zwischen dem Menschen und dem Computer. Nun folge der Schritt zur Analyse, den vor allem der Computer mache, wenn man z.B. die Anzahl der Steine massiv vergrössere. Diese Analyse werde dann wiederum die nächste Abstraktion beeinflussen.

Es sei ein Kreislauf. Ziel sei es, mit dem Computer zu denken, nicht aber das eigene Denken durch den Computer zu ersetzen.

Integriert in Computational Thinking seien die folgenden «big ideas»: Kreativität, Abstraktion, Daten, Algorithmen, Programmieren, Internet und die globale Auswirkung. Diese Ideen würden von der Primarstufe bis ins Gymnasium schrittweise immer mehr vertieft. Man könne mit einer einzigen Aktivität oder einem einzelnen selbst kreierten Spiel über 40% der anvisierten Kompetenzen zu Medien und Informatik im Lehrplan 21 in nur zwei Wochen abdecken. Die erste Gruppe der Studierenden (über 600) der PH FHNW konnte nach einem halben Jahr einfache Programme schreiben; auch diejenigen Studierenden, die vorher ihrem eigenen Können skeptisch gegenübergestanden hatten.

Prof. Repenning arbeitet den Unterschied zwischen Computational Thinking und Programmieren heraus: Diese Begriffe seien keinesweg einfache einander gleichzusetzen. Computational Thinking erlaube es den Schülerinnen und Schülern, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die Programme würden sehr kompakt dabei, weil man die Einfachheit fördere, der Computer aber helfe, die Elemente auch sinnvoll einzusetzen. Man müsse lernen, sinnvolle Fragen zu stellen. Ob ein Hammer besser sei als ein Schraubenzieher, wisse man erst, wenn man in den Kontext stelle, wofür man das

Werkzeug brauche. Lehrpersonen sollen dazu befähigt werden, ein einfaches Problem in Computersprache zu übersetzen, z.B eine digitale Sanduhr zu bauen. Prof. Repenning illustriert dies an einem Beispiel zur Vermehrung von Bakterien, welches er live am Computer zeigt. Mithilfe zweier Regeln zeigt er die exponentielle Vermehrung auf. Schon nach einem Semester könnten alle Lehrpersonen so ein Tool nutzen, berichtet Prof. Repenning. Tatsächlich sei die Schweiz in Bezug auf digitale Bildung zwar im Rückspiegel von «Digital Thought Leader»-Nationen wie den USA und Grossbritannien zu sehen, aber sie habe mit ausserordentlichen Massnahmen trotzdem den Anschluss geschafft.

Fragen aus dem Publikum:

Es wird gefragt, welches Fach wegfallen solle, um Computational Thinking an den Schulen zu implementieren. Die Studententafel könnte wohl kaum um ein weiteres Fach ergänzt werden. Prof. Repenning: Es brauche kein eigenes Fach, sondern eine interdisziplinäre Integration. Man könne viel in anderen Fachbereichen verstärken und integrieren, z.B. in Kunst, Mathematik, Sprachen und auch Musik.

Ein Mitglied kritisiert, dass er nicht sehe, wie das Verständnis bei den Lernenden geschräft werde, wenn der Computer die ganze Analyse übernehme. Für ihn sei das gezeigte Beispiel mehr eine Spielerei gewesen. Prof. Repenning: Diese Gefahr bestehe, wenn man einfach eine Lösung vorsetze. Er aber verlange wirklich von den Studierenden respektive den Schülerinnen und Schülern, dass sie selber Konzepte erstellen und überdenken. Der Computer visualisiere die Lösung eigentlich nur, helfe aber beim Analysieren. Der Computer analysiere nicht wirklich selber, sondern stelle nur Fakten zusammen.

Ein drittes Mitglied sagt, es sei eine sehr visuelle Methode. Gerade im Bereich der Musik, den Repenning ja auch als Integrationsbereich für Computational Thinking vorgeschlagen habe, sei doch aber die Dimension des Hörens von viel grösserer Bedeutung.

Prof. Repenning: Es sei sicher nicht das Ziel, eine Abwertung der konkreten Musik zu bewirken oder sie gar zu ersetzen. Computational Thinking stelle hier höchstens eine Ergänzung dar.

Damit schliesst Prof. Repenning sein Referat ab und wird mit Applaus verabschiedet. R. von Wartburg bedankt sich und überreicht ihm ein kleines Präsent.

R. von Wartburg stellt in der Folge Lukas Dettwiler vor, der die pädagogische Leitung der IT.SBL innehaltet.

8.2. Fragen zur Situation an den Baselbieter Schulen

Lukas Dettwiler, Leiter ICT Bildung, steht Rede und Antwort. Er beantwortet die der IT.SBL im Vorfeld der Delegiertenversammlung zugestellte Auswahl an Fragen der LVB-Mitglieder. L. Dettwiler vertritt hierbei Christoph Straumann, der in den Ferien weilt.

1. Mit Ausnahme der Lehrerschaft gilt für alle Staatsangestellten die Regel, dass jene, die für ihre Arbeit einen Computer benötigen, einen solchen vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt bekommen und dieser auch für die Wartung der Geräte zuständig ist. Einzig die Lehrpersonen werden zur BYOD-Strategie genötigt, mit 200 CHF «Entschädigung» pro Jahr. Lehrkräften im Teilenum wird die Entschädigung gekürzt. Erhalten Teilzeitangestellte in der Verwaltung auch nur jeweils ein halbes Gerät? Mit welchem Recht werden die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Kontext gegenüber dem gesamten übrigen Staatspersonal diskriminiert?

L. Dettwiler: Diese Frage habe Christoph Straumann schon vor einem Jahr beantwortet. Das sei in der Tat ein Problem und könne keine Lösung für alle Lehrpersonen sein. Der LVB habe dies immer wieder eingebracht und man sei froh darüber. Die Probleme ergäben sich im Support, bei der Datensicherheit und beim Datenschutz.

2. Wie leitet sich die Berechnungsgrundlage von 200 CHF pro Jahr als Entschädigung im Rahmen der BYOD-Strategie her?

L. Dettwiler: Die Berechnungsgrundlage müsse überdacht werden. Es sei kein Sparmodell. Man müsse verschiedene Arbeitsorte verbinden, von zu Hause in die Schule mit flächendeckendem WLAN etc. Dies sei auch ein Teil des BYOD. Es gebe ein neues Projekt, um allen Lehrpersonen ein Standardgerät zur Verfügung zu stellen. BYOD werde aber bleiben, vor allem für Lehrpersonen, die mit dem Standardgerät nicht zufrieden seien.

3. Gemäss Verständnis des LVB handelt es sich bei der IT.SBL um ein Dienstleistungszentrum mit unterstützender Funktion für die Schulen. Allerdings agiert die IT.SBL vermehrt strategisch und entwickelt Konzepte der IT-Nutzung für die Schulen mit dem Ziel, diese dort zu implementieren. Man sucht dann freiwillige Lehrpersonen, die Pilotprojekte an ihren Schulen durchführen. Da die Freiwilligen von diesen Konzepten persönlich überzeugt sind, gelten die entsprechenden Pilotprojekte dann auch in aller Regel als erfolgreich. Übergangen wird so aber eine breite Diskussion in den Kollegien darüber, wie IT an den Schulen sinnvoll genutzt werden kann und soll. Wie rechtfertigt IT.SBL dieses Vorgehen?

L. Dettwiler: Es sei tatsächlich so, dass man IT-Produkte an den Schulen testen lasse nach Vorgaben der IT-Strategie der Schulen. Man befrage Lehrpersonen und die Schülerinnen und Schüler über den Nutzen und den Gebrauch der Produkte. Dann würden Anforderungen definiert. Es gehe um die Zweckmässigkeit und die Wirtschaftlichkeit dieser Dienste. Bei den Befragungen würden auch die anderen Anspruchsgruppen wie der LVB und die AKK einbezogen. Der «Digitale Lernbegleiter» für Schülerinnen und Schüler sei wie das «Standardgerät für alle Lehrpersonen» ein Projekt der IT.SBL. Man müsse dies gut erproben.

Das Projekt habe im letzten Schuljahr gestartet und jetzt seien noch mehr Schulen dazu gekommen. Bei der zweiten Tranche hätte man die ersten Schulen stärken können, habe dies aber nicht getan, weil man zuerst in den Schulen über die anstehenden Fragen und Probleme reden wolle. Man sei sehr interessiert an einem guten Austausch mit den Schulen. Auch Primarschulen bekämen ein Produkt von IT.SBL, nämlich Beratung und ein Ausleihprodukt mit 6 oder 7 Posten, die im Unterricht eingesetzt werden können.

Ein Mitglied moniert, dass die drei ersten Fragen bis jetzt eigentlich nicht beantwortet worden seien. Es sei falsch, dass BYOD mit der Entschädigung für das eigene Gerät zuhause vermischt worden sei. Zuerst sei es um eine Entschädigung für den Computer im heimischen Arbeitszimmer, der für die Unterrichtsvorbereitung etc. eingesetzt werde, gegangen. Dann habe der Arbeitgeber aber plötzlich verlangt, man müsse dieses Gerät auch mit in die Schule nehmen. Er sei selber an einer Pilotenschule angestellt und sie hätten Ideen entwickelt. Aber dann habe sich das Blatt gewendet und IT.SBL habe selber strategische Konzepte entwickelt. Und diese sähen vor, dass es an allen Schulen einheitlich aussehen müsse. Der von L. Dettwiler vorher erwähnte Austausch sei hier eben gerade nicht zustande gekommen.

L. Dettwiler: Er möchte so konkrete Fälle lieber bilateral diskutieren.

4. An vielen Schulen sind es die Lehrpersonen gewohnt, in ihrem Schulzimmer einen fix eingerichteten Computer vorzufinden, auf dem sie Präsentationen, Filme und anderes vorführen und abspielen können. IT.SBL beurteilt diese Art der Nutzung als veraltet und hat Massnahmen ergriffen, die dies faktisch verunmöglichen. Mit welchem Recht nimmt sich IT.SBL diese pädagogische Bevormundung heraus? Überdies ist an der Basis nicht klar, ob Schulen weiterhin fix installierte Computer in Klassenzimmern haben dürfen, wenn dies das

schuleigene Informatikkonzept so vorsieht, oder ob dies gemäss Weisung des Kantons kategorisch nicht mehr möglich sein soll. Was sagt IT.SBL dazu?

L. Dettwiler: Im Zentrum stehe der Bildungsauftrag, den die Schulen umsetzen müssten. Um Schülerinnen und Schüler mit Computern zusammenzubringen, brauche man Nutzungsmodelle. Man müsse nun das richtige Modell finden. Dies habe viel mit der technischen Umsetzung zu tun, aber auch mit pädagogischen Fragestellungen. Dies habe wiederum mit Schul- und Unterrichtsentwicklung zu tun. Modelle wie ein Computerraum oder Notebook-Pools im Klassensatz, wie gross diese sein müssten oder ob gegebenenfalls jedes Kind einen Computer habe, würden gegeneinander abgewogen. Das Nutzungsmodell für die Lehrpersonen sei klarer: Sie alle bräuchten ein Gerät zum Arbeiten. Die Schulen würden beraten, was für ein Nutzungsmodell sie am besten umsetzen können. Die konkrete Umsetzung sei aber Sache der Schule. Wenn man das Modell ändere, müsse man die ganze Hardware austauschen. Man müsse da Prioritäten setzen. Und man habe dann wohl auch nicht mehr Geräte als zuvor zur Verfügung. Man könne nicht immer alles machen.

R. von Wartburg fragt nach, ob es stimme, dass die Schulen im jeweiligen Informatikkonzept nach wie vor unabhängig festlegen könnten, wie viele Computer wofür benutzt werden können.

L. Dettwiler: Ja.

R. von Wartburg hakt nach, ob eine Schule eine bestimmte Anzahl fix installierter Geräte für den Gebrauch durch Lehrpersonen weiterhin einsetzen könne.

L. Dettwiler Ja. Man nehme zur Kenntnis, dass man nicht um ein 1:1-Modell herumkomme. Die Belegungspläne seien viel zu kompliziert. Was nicht gehe, sei, dass man ein persönliches mobiles Gerät bekomme und dann noch ein unpersönliches, fix installier-

tes Gerät zur Verfügung habe. Dies sei, wenn überhaupt, nur in sehr eingeschränktem Masse möglich mit ein paar wenigen Geräten an einer Schule.

5. An den kantonalen Schulen fährt der Arbeitgeber die BYOD-Strategie. Auf der Primarstufe ist die Lage sehr uneinheitlich: Einige Schulen stellen allen Lehrpersonen je einen Laptop zur Verfügung, andere verfügen nur über wenige fix installierte Geräte. Auch für die Schülerschaft präsentiert sich die Situation sehr unterschiedlich und damit nicht annähernd chancengerecht. Welchen Einfluss kann die BKSD ausüben, damit auf der Primarstufe alle Lehrpersonen Zugang zu einem von der Schule gestellten Arbeitscomputer haben? Weshalb werden Primarlehrpersonen, die ihr eigenes Gerät im Unterricht benutzen, für dieses nicht auch entschädigt wie die Kolleginnen und Kollegen an den kantonalen Schulen? Was passiert, wenn eine Gemeinde nicht einmal die Minimalempfehlungen des Kantons umsetzen kann?

L. Dettwiler: Die Zuständigkeit für die Infrastruktur liege bei den Gemeinden. IT.SBL habe nur einen Beratungsauftrag. Der Lehrplan sei erst drei Jahre alt. Und so sei das Thema bei den Gemeinden noch gar nicht richtig angekommen. Sie hätten noch nicht realisiert, dass man da jetzt Investitionen brauche. IT.SBL berate die Gemeinden in Sachen Ausrüstungskonzepte. Die Mindestempfehlung werde überarbeitet. Die Überarbeitung werde in einem halben Jahr vorliegen. Letztlich sei das aber ein Regierungsratsentscheid, wo man ansetze. Ein Beispiel für das Zusammenwirken von Kanton und Gemeinden sei, dass der Kanton bei jenen Gemeinden, die SAL nutzen, zwei Drittel der Kosten übernehme.

6. Der Support der Geräte wird innerhalb des Schulpools oft einer einzelnen Lehrperson übertragen. Dieser Job ist sehr zeitintensiv. Oft generiert er massive Überstunden, die nicht abgegolten werden. Wie

geht der Kanton damit um? Und wie sieht diese Problematik auf Gemeindeebene aus?

L. Dettwiler: Der Support sei zentral. Die Schule müsse von der Technik entlastet werden. Man müsse den technischen und den pädagogischen Support unterscheiden. Beides könne man sicher nicht sinnvoll über den Schulpool lösen. Man kläre dies in einer Hermes-Studie ab. Man wolle den pädagogischen Support künftig mit Pausenzuteilungen abgelten.

Ein Mitglied fragt, wieso die Software, die ja eigentlich wie Lehrmittel funktioniere, nicht vom Kanton finanziert werde. Die Gemeinden könnten da auch gemeinsam einkaufen. Ob da etwas angedacht sei. Bei «Mille Feuilles» sei zwar die Lizenz dabei, aber um diese zu nützen, brauche man Microsoft Office. Dieses werde jeoch nicht bezahlt.

L. Dettwiler: Es gebe die Studie «IT-Services an den Primarschulen». Das sei in Abklärung. Microsoft Office könne man verbilligt beziehen. Man habe den Schulleitungen mitgeteilt, dass man dieses Programm vergünstigt beziehen könne. Leider würden bis anhin nur 12 Primarschulen mitmachen. Sei die Software Teil des Lehrmittels, dann werde es finanziert.

7. Damit die Lehrpersonen ihren persönlichen IT-Fortbildungsbedarf einschätzen können, stellt ihnen IT.SBL ein Werkzeug zur Verfügung (<http://semifragebogen.ch>), das eine massgeschneiderte Selbstevaluation ermöglicht. Aufgrund der Fülle der IT-Kompetenzen, die der Kanton mittelfristig von den Lehrpersonen erwartet, ist der Weiterbildungsbedarf enorm. Wo will der Kanton die dafür finanziellen Ressourcen hernehmen? Wo sollen die zeitlichen Ressourcen im übervollen Berufsauftrag Platz finden? Droht ein erneutes «Weiterbildungressourcierungstrauer-spiel», wie das bei MINT und Passe-partout der Fall war/ist?

L. Dettwiler: Darauf könne er keine

Antwort geben. Da sei er nicht zu-ständig.

R. von Wartburg sagt, man sehe offenkundig an den Schulen, dass die Lehrpersonen auf einem sehr unter-schiedlichem Stand seien und betref-fend IT ein riesiger Weiterbildungsbedarf bestehe.

L. Dettwiler: Dies sehe er auch. Er kön-ne aber nichts dazu sagen, ob die Wei-terbildungen in der unterrichtsfreien Zeit oder während des Unterrichts mit Stellvertretungen stattfinden könn-ten. Aber er könne Weiterbildungen u.a. auch mit Prof. Repenning anbie-ten. Diese könne man über die FEBL buchen. Der Lehrplan stelle grosse Anforderungen an die Lehrpersonen. Die Weiterbildung beziehe sich deshalb vor allem auf die Umsetzung des Lehrplanes. Leider sei man nicht im-mer passgenau. Hier müsse man enger mit dem AVS zusammenarbeiten und die Kräfte bündeln. Die Schulleitun-gen seien aufgefordert, mit den Resul-taten aus dem Selbstevaluations-Tool zu den ICT-Kenntnissen geeignete Weiterbildungen für ihr Kollegium zu-sammenzustellen. Alle Lehrpersonen müssten in der Anwendungskompe-tenz geschult werden. Man stelle Nachqualifikationen für Lehrpersonen zur Verfü-gung. Das sei ein echtes Be-dürfnis. Es brauche eine richtige Um-setzungshilfe für «Medien und Infor-matik» im Lehrplan. Da sei man dran mit Fokus auf die Übergänge zwischen den Stufen.

8. Bereits im Rahmen des Pilotpro-jekts «One2One» favorisierte IT. SBL die Plattform von Microsoft. iOS und OSX sollen verschwinden. Aus welchen Gründen hat sich IT. SBL dazu entschlossen, sich von den Produkten einer einzigen Fir-ma abhängig machen?

L. Dettwiler: Tatsache sei, dass man beide Systeme managen könne. Aktuell sei ein «One2One» mit beiden Betriebssystemen möglich. Die Schulen hätten sich für ein Betriebssystem ent-scheiden müssen. Es werde eine Berei-nigung geben. Der Entscheid müsse gut abgestützt sein, da daran sicher

auch mehr Personalkosten hängen würden. Die Plattformfrage sei nicht einfach. Man brauche zukünftig sicher mehr Personal, um die ca. 10'000 Ge-räte zu betreuen. Je nach Szenario gebe es dann halt keine persönlichen Geräte, oder man versuche, betrieb-lich zu optimieren, dann gäbe es nur ein System. Noch beständen aber mehrere Varianten. Man werde mit den Stakeholdern reden. Letztlich brauche es einen Regierungsratsbe-schluss.

9. Im Rahmen des Projekts «One2-One» erhalten alle Lernenden von der Schule ein mobiles Gerät, das sie auch mit nach Hause nehmen. Dabei hat IT.SBL entschieden, den Lernenden weitgehend offene Ge-räte zur Verfügung zu stellen, auf denen auch die bekannten social media apps, die persönliche Foto- und Video-sammlung und vieles mehr instal-liert werden können. Zudem ver-fügt die von IT.SBL vorgegebene Plattform «Office365» über Apps (z.B. Teams) mit Chat-Kanälen, die nicht deaktiviert werden können. Die Ablenkungsenergie der Geräte ist sehr hoch. Die Forderung nach intensiver Nutzung dieser Geräte auch zuhause birgt daher ein er-hebliches Konfliktpotenzial mit den Erziehungsberechtigten. Sieht IT.SBL diese Problematik? Wenn ja, wie gedenkt IT.SBL damit umzuge-hen?

L. Dettwiler: Die Ablenkungsgefahr sei da. Man erprobe dies mit iPads ohne Apps und anderen mit Apps. Es gebe bislang keinen Fall von Mis-sbrauch, der an sie herangetragen wor-den sei.

10. IT.SBL geht davon aus, dass die heutige Schülergeneration ge-wandt mit den modernen IT-Mit-teln umgehen kann. Neue Studien attestieren den sogenannten «Di-gital Natives» aber überraschend bescheidene IT-Kompetenzen. Ei-nem Grossteil der Schülerschaft fehlen elementare Grundlagen wie z.B. Lesezeichen setzen, Dateien speichern, Logins einrichten

etc. In der neuen Stundentafel Sek I steht für den bisherigen IKT-Unterricht, in dem sich die Klassen mit den wichtigsten IT-Grundlagen vertraut machen konnten, aber kein Gefäß mehr zur Verfügung. Trotzdem erwartet IT.SBL, dass die Lehrpersonen die Lernenden fit machen für die erfolgreiche Nutzung der IT-Infrastruktur. Wie soll das gehen?

L. Dettwiler: Dies sei ein grosses Problem. Der Bildungsauftrag sei sehr gross und extrem anspruchsvoll. Es brauche viele Absprachen, weil man überfachlich und fächerintegriert arbeiten solle. Man sei einfach zu früh gewesen für diese Frage. Man werde auf den Entscheid zur Integration in die Fächer Deutsch und Mathematik auf der Sekundarstufe zurückkommen. Man erstelle eine Umsetzungshilfe auf das nächste Schuljahr. Er sei sich bewusst, dass diese für die Sekundarstufe zu spät komme. Man fokussiere auf den Übergang Primar-Sekundar.

R. von Wartburg fragt nach, ob man aus Lukas Dettwilers Sicht die Stundentafel nochmals anpassen sollte.

L. Dettwiler: Für Primarschulen wäre es einfacher, eine eigene Lektion IKT zu haben. Auf der Sek sei ein Jahresplan mit klarer Zuweisung zu den Fächern vorhanden. Aber das Problem seien die Anwendungskompetenzen. Das müsse man dann machen, wenn man es brauche in den verschiedenen Fächern. Letztlich müssten alle Lehrpersonen eine Ahnung davon haben.

R. von Wartburg fügt an, dass dies wiederum Weiterbildungen und ihre Ressourcierung bedinge.

Fragen aus dem Publikum:

Ein Mitglied aus der Berufsbildung macht sich Sorgen, dass es nur noch Standardgeräte für Lehrpersonen und Lernenden geben werde. Das sei besonders für Informatik-Lehrpersonen problematisch. Ob auch an Sonderlösungen gedacht werde.

L. Dettwiler: Er sehe durchaus Sonderlösungen. Dies gehe gar nicht anders.

Ein Mitglied gibt das Statement ab, dass er es als notwendig erachte, die Anwenderkompetenzen auch auf der Sekundarstufe in einem separaten Fach zu unterrichten. Man habe in den anderen Fächern schlicht keine Zeit dafür, dies auch noch zu unterrichten. Wie IT.SBL auf die Idee komme, dass man die Anwendung von Programmen erst in einem konkreten Fall erlernen solle und nicht in einem Basiskurs.

L. Dettwiler: Man müsse die gesamte Laufbahn ansehen; welche Kompetenzen auf der Primarstufe und welche auf der Sekundarstufe gelernt worden seien. IT.SBL werde Hilfsmittel zur Verfügung stellen, damit sich die Lehrpersonen der verschiedenen Stufen absprechen könnten. Politisch wäre ein separates Fach wohl schwierig zu vertreten. Er habe nicht den Eindruck, dass das notwendig sei. Kein anderer Kanton habe ein separates Fach.

Das Mitglied insistiert und sagt, er halte den Weg für falsch. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Kinder die Grundkompetenzen fächerintegriert beherrschen lernen könnten. Auf welcher Stufe dies geschehe, sei in dem Fall irrelevant.

Ein anderes Mitglied konstatiert, dass es nicht damit getan sei, wenn man die Informatik beherrsche. Wenn aber die Geräte zur Umsetzung fehlen würden, sei man auch nicht weiter.

Ein anderes Mitglied hat eine Rückfrage zu Frage 2. Wie wurden die 200 CHF berechnet? Da sei noch ganz viel an Kosten nicht enthalten.

L. Dettwiler: Die Berechnungsgrundlage basiere auf dem Anschaffungspreis vom Kanton, der bei 1000 CHF liege, mit einer Nutzungsdauer von 5 Jahren.

Ein anderes Mitglied sagt, man könne diese Rechnung privat nicht machen. Es gehe nicht auf. Und die Primarschule bekomme überhaupt keine Unterstützung.

L. Dettwiler: Dass die Primarschulen nicht dabei seien, das bedauere er sehr.

Er hoffe aber auf eine Ausstrahlung auf die Gemeinden.

R. von Wartburg beendet aus Zeitgründen die Fragerunde, bedankt sich bei Lukas Dettwiler und überreicht ihm ein kleines Präsent.

9. Diverses

R. von Wartburg fordert die Delegierten auf, die aufgelegten Jahreskalender mitzunehmen. Sie seien als Werbematerial an die Adresse der Nichtmitglieder gedacht.

Käthy Stich: Sie wolle ein Kompliment aussprechen für die Verbandszeitschrift; es sei eine Wonne, sie zu lesen. R. von Wartburg nimmt das sehr gerne entgegen und lobt speziell Philipp Loretz für sein hervorragendes Layout. Es gibt Applaus. R. von Wartburg ermuntert die Anwesenden, den Autorinnen und Autoren immer wieder auch Rückmeldungen zu einzelnen Artikeln im «lrb.inform» zu übermitteln.

Mit dem Hinweis auf den anschliessenden Apéro und dem Dank für das Erscheinen schliesst R. von Wartburg die Versammlung.

Einspruch

Der neue Einspruch ist da!

66 Seiten, Autoren

3 Autorinnen, Autoren

2

AUSWIRKUNGEN DER SCHULREFORMEN - EINE KRITISCHE
BESTANDSAUFAHME AUS SICHT DER BETROFFENEN

Ab Sofort erhältlich

Bestellungen bei
Alain Pichard, arkadi@bluemail.ch
oder

Yasemin Dinekli, yasemin.kanele@web.de
7 Fr. pro Broschüre plus Versandkosten, ab
10 Exemplaren 5 Fr.

Perlenfischen

Von Roger von Wartburg

Perle 1: «Das einsame Leiden der Legastheniker»

Wo: Beobachter

Wer: Conny Schmid

Wann: 20. Dezember 2018

«Wenn die Mutter fragte, wie es in der Schule war, antwortete Moritz* manchmal: «Ich kann ja eh nichts!» Abends plagte ihn Kopfweh, morgens Bauchweh – dazwischen kämpfte er gegen den Schulfrust.

Seine Mutter, Christine Fischli*, erinnert sich an eine Prüfung über Bienen. «Er wusste wirklich alles über die Viercher.» Aufs Papier brachte Moritz aber nur schiefe Buchstaben und krumme Sätze. Der Bub ist Legastheniker, sein Gehirn verarbeitet Laute und Buchstaben anders als andere. Er ist sehr langsam beim Lesen, versteht Texte schlecht. Und die Rechtschreibung – ein Mysterium für ihn.

Bis das allerdings einer feststellte, verstrichen Jahre. Dabei ging Moritz regelmässig zur Logopädin – seit dem Alter von vier Jahren. Trotz vielem Üben auch zu Hause hatte er kaum Erfolgsergebnisse. «Viele Übungen waren zu schwierig für ihn und lösten nur Stress aus», sagt Fischli. «Auch ständiges Wiederholen änderte daran nichts.»

Als Moritz in der vierten Klasse war, schritten die Eltern zur Tat. Sie liessen ihn entgegen der Meinung der Logopädin beim Schulpsychologen abklären. Legastheniker ist man laut Definition der Weltgesundheitsorganisation, wenn die Lese- und Schreibfähigkeiten deutlich schlechter sind, als es die Intelligenz erwarten liesse. Betroffen sind acht bis zehn Prozent der Kinder. Der Schulpsychologe stellte fest: auch Moritz.

Seither darf er Aufsätze auf dem Tablet schreiben – mit Rechtschreibkorrektur. Er hat länger Zeit bei Prüfungen, die Aufgaben werden ihm vorgelesen. Weil Legasthenie als Beeinträchtigung gilt, hat er Anspruch auf diesen sogenannten Nachteilsausgleich. Inhaltlich wird Moritz' Leistung gleich benotet wie bei allen anderen, denn dümmer ist er ja nicht. Statt zur Logopädin geht er seit dem Sommer zu einer Legasthenentrainerin und macht grosse Fortschritte – endlich. «Uns wurde immer wieder gesagt, er brauche einfach länger als andere Kinder. Wir haben viel wertvolle Zeit verloren», sagt seine Mutter.

Dass eine Logopädin jahrelang erfolglos therapiert und trotzdem keinen Anlass für eine Abklärung sieht, ist sicher

nicht der Normalfall. Dass Legastheniker keine ausreichende Förderung erhalten, kommt aber immer wieder vor. Moritz' heutige Trainerin betreut gleich mehrere Kinder mit ähnlichen Geschichten. Auch beim Schweizer Dyslexieverband klingelt das Sorgentelefon oft aus diesem Grund. «Es gibt zuhauf legasthene Kinder, die im heutigen Schulsystem untergehen», sagt Vizepräsidentin Monika Brunsting, auf Lernstörungen spezialisierte Psychotherapeutin.

Typischerweise sähen betroffene Kinder gar nie eine Logopädin. «Sie werden zusammen mit anderen Kindern mit ganz anderen Beeinträchtigungen von einer schulischen Heilpädagogin gefördert», sagt Brunsting. Das führe oft dazu, dass man ihre Probleme nicht gezielt angehen könne. «Reine Rechtschreib- und Wiederholungsübungen bringen einem Legastheniker meist nichts.»

So war es auch beim 13-jährigen Corsin*. Kurz vor dem Übertritt in die Oberstufe hat eine Logopädin bei ihm eine isolierte Rechtschreibstörung diagnostiziert. In den ersten zwei Schuljahren hatte man ihn in eine Deutsch-Fördergruppe eingeteilt – zusammen mit fremdsprachigen Kindern. «Man erkannte bei ihm wohl den Förderbedarf. Aber wie gezielt sein eigentliches Problem dabei angegangen wurde, weiss ich nicht», sagt seine Mutter, Sophie Hirscher*. Besser wurde es jedenfalls nicht.

Ab der dritten Klasse sollte Corsin dann doch in die Logopädie, doch es gab eine lange Warteliste. Erst im Jahr darauf wurde ein Platz frei. Danach dauerte es nochmals zwei Jahre, bis endlich klar war, warum ihm die Rechtschreibung so schwerfällt. «Uns wurde stets gesagt, man müsse zuerst abwarten, wie er sich entwickelt», sagt Hirscher.

Wie häufig Legastheniker lange unentdeckt bleiben, ist unbekannt. Zahlen gibt es nicht. «Legastheniker stören den Unterricht in der Regel kaum. Sie gehen unter, weil die Heilpädagogen sich zuerst um die Kinder mit Verhaltensproblemen kümmern müssen», so Expertin Brunsting.

[...] Die meisten Kinder machen anfangs viele Fehler. Typische Legastheniker-Fehler gibt es aber nicht. «Eine Abklärung verursacht einen relativ grossen Aufwand. Es braucht



Berichte, Kostengutsprachen und zudem das Einverständnis der Eltern, die sich manchmal auch sträuben», sagt Katharina Beglinger vom Heilpädagogenverband. «Es kann daher vorkommen, dass die Dringlichkeit einer Abklärung spät erkannt wird.»

Genau das sei das Problem, sagt Fachfrau Monika Brunting. Bevor die integrativen Schulungsformen eingeführt wurden, habe es eine Abklärung zwingend gebraucht, um überhaupt Förderung zu erhalten. «Da hat man von Anfang an genauer hingeschaut.»

Für die Entwicklung der betroffenen Kinder wäre es jedenfalls wichtig, dass ihre Störung möglichst früh behandelt wird. Die Neurowissenschaftlerin Silvia Brem formuliert es so: «Legasthenie ist teilweise genetisch bedingt und wächst sich nicht einfach aus. Man kann aber mit der richtigen Unterstützung verhindern, dass sie wirklich zum Problem wird.»

Brem forscht an der Universität Zürich und arbeitet unter anderem mit Hirnscans. Diese zeigen: Bei Legasthenikern

werden die für die komplexen Vorgänge zuständigen Hirnareale weniger stark aktiviert als bei Nichtlegasthenikern. Zugleich sind oft zusätzliche Hirnareale beteiligt, die normalerweise beim Lesen nicht aktiv sind. Sie springen ein, obwohl sie gar nicht zuständig wären, vermutet Brem. «Deshalb ist der Lernprozess für Legastheniker auch so anstrengend.» Sie müssten sich alles mühsam erarbeiten und einprägen. «Das automatische Lernen funktioniert bei ihnen weniger gut.»

Wenn Legasthenie nicht erkannt wird, hat das weitreichende Folgen. Lesen und Schreiben ist in vielen Schulfächern unabdingbar und wird mitbewertet. Für Legastheniker bedeutet das nicht selten schlechte Noten auch in Gebieten, in denen sie eigentlich Bescheid wissen. «Auf Dauer kann das Schulfrust, Depressionen oder sogar Suizidgedanken auslösen», sagt Forscherin Silvia Brem. [...]»

Semesterbericht LVB August 2018 – Januar 2019

Von Roger von Wartburg



Mit dieser neuen Rubrik wollen wir für unsere Mitglieder von nun an jeweils halbjährlich kurz und knapp resümieren, was uns als LVB-Geschäftsleitung (LVB-GL) auf Trab gehalten hat und woran wir gearbeitet haben. Dieser Überblick kann auch hilfreich dabei sein, auf die Frage «Was macht dieser LVB denn eigentlich?» kompetent antworten zu können. All diese Tätigkeiten werden mit Ihren Mitgliederbeiträgen ressourciert.

AG Austausch Bildung

Dieses kantonale Gremium der Lehrer-, Schulleiter- und Arbeitnehmerorganisationen trifft sich ein Mal pro Quartal und lotet aus, wo gemeinsame Positionen bestehen. In diesem Semester standen insbesondere Fragen rund um das neue Lohnsystem inklusive MAG sowie die Revision des Berufsauftrags im Zentrum. Die AG tagte im September und November 2018.

AG Modellumschreibungen und Bewertungskommission

Diese beiden paritätisch zusammengesetzten Gremien sind entscheidend für die Zuweisung der Angestelltenkategorien in die jeweilige Lohnklasse. Der LVB vertritt die Arbeitnehmerseite.

Die Funktionen «Schulische Heilpädagogik» und «Sozialpädagogik» konnten in diesem Semester in der AG besprochen und anschliessend in der Kommission bewertet und zum Abschluss gebracht werden. Begonnen wurde die Arbeit in Bezug auf die Funktionen «Klassenassistenzen» und «Logopädie».

Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP)

Die vier angeschlossenen Verbände LVB, PVPBL (Polizei), vpod und VSG (Staats- und Gemeindeangestellte) lobbyierten gemeinsam in Sachen Teuerungsausgleich, erfreulicherweise mit einem positiven Resultat.

In einem längeren Prozess wurden die Ansprüche der Verbände auf Sitze im Verwaltungsrat der BLPK diskutiert. Am Ende bestand Konsens darüber, dass der LVB als grösster Verband künftig zwei VR-Sitze besetzen solle.

Die ABP trifft sich im Quartals-Turnus mit dem Finanzdirektor und dessen Chefbeamten, in diesem Semester im September und November 2018. Alle Fragen hinsichtlich Anstellungs- und Arbeitsbedingungen kommen dort zur Sprache.

AG Vollzug Personalrecht an den Schulen

In diesem Gremium diskutieren Vertreter der Lehrer-, Schulleiter- und Arbeitnehmerorganisationen mit dem Stab Personal der BKSD über aktuelle Konflikte oder Fragestellungen aus dem personalrechtlichen Bereich. In diesem Semester tagte die AG im September 2018.

Begleitgruppe Orientierungsraster

Dieses Gremium unter Beteiligung der LVB-GL beschäftigte sich mit dem Orientierungsraster zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an den Schulen. Sukzessive sollen verschiedene Orientierungsraster, die in der restlichen Nordwestschweiz bereits verankert sind, auch in BL implementiert werden.

Beratung und Rechtshilfe

In diesem Semester hat die LVB-GL rund 140 Mitglieder beraten. Das umfasste die folgenden Themenfelder und Tätigkeiten:

Konflikte mit Schulleitung, Schulrat, Eltern von Schulkindern oder innerhalb des Kollegiums; unkorrekte Auszahlung der Entschädigungen für Unterricht in Mehrjahrgangsklassen; nicht gesetzeskonforme Kündigungen oder Verwarnungen; Verletzungen erhöhter Fürsorgepflicht gegenüber älteren Mitarbeitenden; nicht gesetzeskonforme Vernichtung von MAG-Protokollen; umstrittene Einstufungen betr. Lohnklassen oder Erfahrungsstufen; umstrittene Handhabung der Lektionenbuchhaltung; umstrittener Umgang mit Unterrichtsausfällen; Prüfung aufsichtsrechtlicher Anzeigen; Diskriminierung weiblicher Angestellter; Diskriminierung wegen geschlechtlicher Orientierung; Umgang mit schwangeren Lehrerinnen bzw. jungen Müttern; Begleitung an heikle Gespräche; Verfassen rechtlicher Gehöre; Anrechnung von CAS-Abschlüssen; Sichtung von Personalakten; Pensionskassenfragen; Aufhebungsvereinbarungen von Arbeitsverhältnissen; Rentenlücke bei Pensionierung auf Ende Herbstsemester; Beratung von Konventsvorständen betr. Rechte und Pflichten; Verstöße gegen Regelung betr. befristeter Anstellung; unvollständige Ressourcierung obligatorischer Lehrmittel; Höhe der Elternbeiträge für Schullager; Aufwand für Projektarbeit Sek I; umstrittene Übertragung von Schulleitungs-Aufgaben an schulinterne Arbeitsgruppen.

Zwei vom LVB unterstützte Verfahren wurden vom Kantonsgericht behandelt. Im Fall der Lohneinreihung einer Vorschulheilpädagogin resultierte hier ein Sieg, im Fall der Höhe der Entschädigung für eine ungerechtfertigte fristlose Kündigung leider eine Niederlage.

Begleitgruppe Lehrplan

Die Struktur und der Prozess der ersten Rückmeldeschlaufe zum neuen Lehrplan Sek I wurde aufgegelistet. Der LVB hat Einsatz in der Begleitgruppe und ist darüber erfreut, dass die Meinungen von der Basis breit eingeholt und genutzt werden.

Bildungsrat

Die Inhalte der Bildungsratssitzungen sind vertraulich. Für die kommende Amtsperiode kandidieren, neben LVB-Vertreter Michael Weiss, via AKK mit Michel Thilges und Susanne Niederer zwei weitere Lehrpersonen mit langjährigem LVB-Bezug (als Kantonalvorstandsmitglieder und/oder LCH-Delegierte).

Erneuerung Berufsauftrag

Ein Ausschuss unter Mitwirkung der LVB-GL diskutiert verschiedene Ansätze, die zu einer vereinfachten Handhabung des Berufsauftrags führen sollen. Der LVB will auf alle Fälle verhindern, dass die Erneuerung zu einer Verschlechterung für die Lehrerinnen und Lehrer wird, und erreichen, dass sie vor unbezahlter Überzeit wirksam geschützt sind. Als Mitglied des Projektausschusses ist auch LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp in das Geschäft involviert.

Fremdsprachen und Lehrmittelfreiheit

Der LVB-GL hat in der verfahrenen Situation eine eigene Strategie entwickelt, die weder auf Lehrmittelverbote noch auf Lehrmittelobligatorien setzt und für eine Konkretisierung des Lehrplans plädiert. Dafür eingesetzt haben wir uns in direktem Kontakt mit der BKSD, der AKK und in der Taskforce «Fremdsprachen». Das Ganze scheint auf gutem Wege zu sein.

Ferner hat die LVB-GL, auch in Zusammenarbeit mit weiteren Mitgliedern, selber verschiedene alternative Fremdsprachen-Lehrmittel geprüft und analysiert. Es findet ein Austausch mit LVB-Mitgliedern in den verschiedenen stufen- und fachspezifischen Arbeitsgruppen, aber auch mit Lehrmittelverlagen statt.



IT und Schule

Dies war das Hauptthema an der DV/MV im September mit Prof. A. Repenning als Gastreferent und Lukas Dettwiler von IT.SBL als Auskunftsperson betreffend Baselland.

Das umfangreiche Material zur kantonalen IT-Strategie wurde studiert und diskutiert, als Folge davon entstand eine detaillierte Online-Mitgliederbefragung.

Kampagne #LRW2019

Alle LVB-Mitglieder, die für den Landrat kandidieren, bekamen die Möglichkeit, im «lvb.inform» für sich selber Wahlwerbung zu machen.

Bei der o.s.i.s.a. GmbH wurde eine Website in Auftrag gegeben, auf der man sich einen Überblick über das Stimmverhalten der bisherigen Landratsmitglieder verschaffen kann.

LVB-Bildungsinitiativen

Die Option eines Gegenvorschlags der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission BSK kam nicht zustande.

Die LVB-GL ist mit der Erarbeitung der Abstimmungskampagne für den 19. Mai 2019 befasst.

LCH

Sowohl in der Standespolitischen Kommission (StaKo) als auch in den beiden Präsidentenkonferenzen (Prä-Konf), eine davon gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Romandie, ging es vorrangig um diese Themen: Studie zur Arbeitszeiterhebung, Positionspapier zur Begabtenförderung, Digitalisierung und Schule.

Die PräKonf beschäftigte sich ferner mit der Totalrevision des EDK-Anerkennungsreglements von Lehrdiplomen und Lohnstudien insbesondere für Lehrpersonen der Primarstufe.

Medienarbeit

Zu den unterschiedlichen Themen gaben Mitglieder der LVB-GL Auskunft gegenüber SRF Regionaljournal, Basler Zeitung, Basellandschaftliche Zeitung, Schweiz am Wochenende, Volksstimme und Radio Basilisk.

Plattform Bildung

Dieses kantonale Gremium unter Vorsitz der Bildungsdirektorin trifft sich regelmässig und reflektiert unter Einbezug aller bildungspolitischen Anspruchsgruppen (Lehrpersonen- und Schulleiterorganisationen, Schulsräte, Verband der Baselbieter Gemeinden VBLG) aktuelle Themen. In diesem Semester diskutierte man im August, September und November 2018 sowie im Januar 2019.

Vergünstigungen

Mit Andreas Stöckli von Helvetia Versicherungen sowie Fabrizio Cocco von SupSign konnten attraktive neue Profit-Möglichkeiten für LVB-Mitglieder ausgehandelt und anschliessend kommuniziert werden.

lvb.inform

Zwei Ausgaben der Verbandszeitschrift wurden im August respektive November 2018 versandt. Erfreulicherweise gingen viele positive Reaktionen und Dankeskundungen zu diversen Artikeln bei uns ein – auch aus anderen Kantonen. Das «lvb.inform» wird vielerorts mit Interesse gelesen!

PH FHNW

Eine Delegation der LVB-GL durfte der eindrucksvollen Einweihung des FHNW-Campus in Muttenz beiwohnen.

In den Gesprächen zwischen der Direktion der PH FHNW und den Lehrpersonenverbänden der vier Nordwestschweizer Trägerkantone ging es u.a. um folgende Themen: neue Praxis zur Rekrutierung von Praxis-Lehrpersonen; Lehrmittelfreiheit; Digitalisierung und Schule; künftige Primarlehrerausbildung; Studium und Erwerbsarbeit.

Eine Delegation der LVB-GL präsentierte den Verband jenen PH-Studierenden, welche kurz vor dem Übertritt ins Berufsleben stehen.

Revision Personaldekret (Lohnsystem) und MAG

Die LVB-GL lobbyierte nach Kräften gegen den Systemwechsel und sprach u.a. auch in der landrätlichen Personalkommission dagegen vor. Trotzdem stimmte eine Landratsmehrheit für die Revision.

Allerdings ist die spezielle Situation an den Schulen erkannt, sodass ein separater Ausschuss unter Beteiligung der LVB-GL nach Lösungen für das unterrichtende Personal sucht. Eine Online-Befragung der LVB-Mitglieder zeigt eine klare Ablehnung des lohnrelevanten MAGs.

Varia**Trimestergespräche**

Drei Mal pro Jahr trifft sich die LVB-GL bilateral mit der Bildungsdirektorin und ihren Chefbeamten zum vertraulichen Austausch über aktuelle Themen. In diesem Semester fanden Gespräche im August und November 2018 statt.

Eine Delegation der LVB-GL traf sich mit der Stiftung «Ersthelfer», welche das Thema «Wiederbelebung» flächendeckend in den Schulunterricht integrieren möchte.

Die Vorbereitungen für das 175-Jahre-Jubiläum des LVB im Jahr 2020 haben begonnen.

Verbandssektionen

Delegationen der LVB-GL besuchten die Generalversammlungen der Verbandssektionen VSF, VTGHK und GBL.

Der VTGHK beschloss seine Auflösung und vermacht einen Grossteil seines Vereinsvermögens dem LVB. Die bisherigen VTGHK-Mitglieder wurden den Regionalsektionen zugeordnet.

Neu können auch schulische Sozialpädagoginnen und -pädagogen LVB-Mitglieder werden; sie werden der Verbandssektion VSF (Verband Spezielle Förderung) zugewiesen.

Vernehmlassungen u.ä.

Der LVB bezog alleine oder im Verbund mit der ABP Position zu diesen Vorlagen: Mitbericht zum MAG-Auswertungsbericht; Vernehmlassung Modellumschreibungen Primar und Sek; Teilrevision des Personaldekrets; Konsultation zum Szenario-Entscheid betr. der künftigen Ausrüstung von kantonalen Schulen mit persönlichen IT-Geräten; Befragung zum Weisungsrecht von Schulleitungen; Anhörung zu den überarbeiteten Ergebnisrückmeldungen Checks, Abschlusszertifikat und Profilvergleich im Bildungsraum Nordwestschweiz; Anhörung zum Entwurf der neuen Lehrmittelverordnung.

Weisungsrecht der Schulleitungen

Im Rahmen dieser Befragung machte sich der LVB dafür stark, das pädagogische Weisungsrecht der Schulleitungen klarer zu definieren, um so insbesondere die didaktisch-methodische Freiheit der Lehrpersonen zu schützen. Der LVB befürwortet auch Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Schulleitungsmitgliedern, die ihre Kompetenzen überschreiten respektive sich nicht an geltende Bestimmungen halten.

Website

Umfassende Vorbereitungsarbeiten zur Aktualisierung und Attraktivierung der LVB-Website laufen seit langer Zeit. Wir hoffen, das Ganze im Frühling abschliessen und aufschalten zu können.

Perle 2: «Lehrer sollen zu «Heilpädagogen light» werden»

Wo: NZZ am Sonntag

Wer: René Donzé

Wann: 27. Januar 2019

«Jeden Frühling präsentiert das Volksschulamt des Kantons Zürich die Zahl der offenen Lehrerstellen, jedes Mal geht sie in die Hunderte. Auch dieses Jahr wird es nicht anderes sein. Und in vielen anderen Kantonen sieht die Situation ähnlich aus: Vor allem der Mangel an Heilpädagogen ist eklatant – jenen Fachkräften also, die sich um verhaltensauffällige, lernschwache, behinderte Kinder oder Hochbegabte kümmern. Das liegt zum einen daran, dass zu wenig ausgebildet werden, es liegt aber auch daran, dass die Zahl der integrierten Sonderschüler stetig wächst.

«Es gibt Schulen, in denen die Situation prekär ist, andere haben keine Probleme», sagt die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP), die auch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren präsidiert. «Für den Kanton

insgesamt ist der Mangel an Heilpädagogen eine grosse Herausforderung.» Bis im Sommer werden zwar jeweils alle Stellen besetzt. Doch sind nur gerade 60 Prozent dieser Heilpädagogen ausgebildet, 20 befinden sich in Ausbildung, 20 sind nicht qualifiziert.

Letztere müssten nach drei Jahren im Dienst die Ausbildung in Angriff nehmen. Oder aufhören. «Die Folge ist, dass wir eine grosse Fluktuation haben. Die Teamarbeit leidet, gewisse Abklärungen bleiben einfach liegen», sagte eine Heilpädagogin kürzlich an einem Podium der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Das Problem ist: Die Ausbildungsplätze sind kontingentiert. Die Kantone finanzieren nur eine beschränkte Anzahl Plätze pro Jahr.

Um diese Probleme zu lösen, lanciert die Hochschule nun ein neues Angebot. Intern ist die Rede von einer «Heilpädagogin light»: Lehrer können sich in Modulen in heilpädagogischen Themen weiterbilden. «Die Idee ist, dass Lehrerinnen und Lehrer schrittweise ihre Kompetenzen ausbauen», sagt Rektorin Barbara Fäh. «Unser Ziel ist weniger eine «Heilpädagogin light» als vielmehr eine «Lehrperson forte»», sagt Fäh.

Gestartet wird im Herbst 2020. Am Ende kann die Ausbildung zu einem Master-Abschluss als Heilpädagogin führen. «Das führt zu einer neuen Form der Laufbahngestaltung für Lehrpersonen», sagt Fäh. Das Angebot entsteht in Kooperation mit den Pädagogischen Hochschulen der Deutschschweiz. «Wir wollen unseren Lehrpersonen ermöglichen, sich schrittweise heilpädagogisch weiterzubilden», sagt Heinz Rhyn, Rektor der Pädagogischen Hochschule Zürich. Dahinter steht nicht zuletzt die Idee, dass es weniger voll ausgebildete Heilpädagogen braucht. Das jedenfalls erhofft sich Bildungsdirektorin Silvia Steiner: «Eine Stärkung der Lehrpersonen hat zum Ziel, einen weiteren Anstieg des Bedarfs an Heilpädagogen zu vermeiden», sagt sie. Die Rechnung ist einfach: Wenn Lehrer über sonderpädagogisches Fachwissen verfügen, brauchen sie weniger externe Hilfe.

Heute ist ob all der Stütz- und Fördermassnahmen in gewissen Klassen ein Kommen und Gehen von Spezialisten. Wie eine Auswertung dieser Zeitung von 2016 in einem Zürcher Schulhaus zeigte, gab es dort pro Klasse mit 22 Schülern im Durchschnitt 19 besondere Massnahmen: Integrierte Förderung, Sonderschulung, Logopädie, Deutsch als Zweitsprache und Begabtenförderung. Einzelne nahmen auch mehreres in Anspruch. Dies führt zu Unruhe im Klassenzimmer und braucht viele Absprachen.

Die Lehrer sind nicht glücklich ob der Idee der Bildungsdirektion. Sie befürchten, dass ihre Belastung weiter steigt: «Wir wehren uns vehement dagegen, dass die Lehrpersonen zusätzlich noch heilpädagogische Verantwortung übernehmen müssen», sagt Christian Hugi, Präsident des Zürcher Lehrerverbands.

Als vor zehn Jahren die Integration eingeführt wurde, sei den Lehrern zusätzliche Unterstützung versprochen worden. Diese könne man jetzt nicht einfach schlechend wieder abbauen. Auch aus Sicht der Schüler sei das schlecht. «Die Kinder haben Anrecht auf eine gute und intensive Unterstützung.»

Grundsätzlich seien Weiterbildungen gut, sagt Hugi, doch müssten sich diese beim Lohn auswirken. «Mit zunehmender Befähigung sollte der Lohn entsprechend steigen.» Das bleibt Wunscheden. Eine Abkehr vom heutigen Lohnsystem «ist zurzeit nicht in Diskussion», sagt Silvia Steiner.

Das Ziel ist klar: Man will die Zahl der Sondermassnahmen begrenzen und die Kosten im Griff halten. An der Veranstaltung an der Hochschule für Heilpädagogik warnte Philippe Dietiker vom Zürcher Volksschulamt davor, nach immer mehr Heilpädagogen zu rufen: «Die Frage ist, wie viele Schüler wollen wir als Förderfälle bezeichnen und mit speziellen Massnahmen versehen, und wo wollen wir die Mittel nicht lieber zur Stärkung der Regelklasse einsetzen?»

Denn nicht nur an Heilpädagogen wird es in Zukunft mangeln, sondern auch an gewöhnlichen Lehrern. Die Zahl der Primarschüler steigt im Kanton Zürich bis 2033 um 18 Prozent. Jene der Sekundarschüler sogar um 27 Prozent.»

Lehrpersonen lehnen lohnrelevantes MAG klar ab Die Auswertung der LVB-Mitgliederbefragung

Von Roger von Wartburg

Am 26. November 2018 lancierte der LVB eine Online-Mitgliederbefragung zur Neugestaltung des Mitarbeitenden gesprächs (MAG) für Lehrerinnen und Lehrer. Die Umfrage beschränkte sich auf vier vergleichsweise offene Fragen, welche die Mitglieder dazu animierten, ihre Wünsche und Vorstellungen, Sorgen und Ängste zu formulieren. Die eindeutigste Aussage der Teilnehmenden überrascht nicht: Das lohnrelevante MAG wird weiterhin klar abgelehnt.

Statistisches

317 Mitglieder nahmen in der Vorweihnachtszeit an der Umfrage teil. Knapp 40% davon unterrichten auf der Primarstufe (Kindergarten oder Primarschule), je rund 28% auf den Sekundarstufen I und II und knapp 5% an Musik- oder Sonderschulen.

3% der Teilnehmenden sind (auch) als Schulleitungsmitglieder tätig. Interessanterweise arbeiten diese alle entweder auf der Primar- oder der Sekundarstufe II. Schulleitungsmitglieder der Sek I haben keine teilgenommen.

Was bisher geschätzt wird

Als durchaus gutes Zeichen kann gewertet werden, dass über 70% der Teilnehmenden Dinge benennen können, die sie am MAG, wie es bis dato durchgeführt wird, besonders schätzen. Das bedeutet, dass die MAGs an einem beträchtlichen Teil der Schulen als sinnstiftend erlebt werden. Pauschal negative Wortmeldungen waren nur vereinzelt auszumachen.

Am häufigsten als positive Faktoren genannt werden im diesem Kontext ...

- die Wertschätzung und/oder Anerkennung, die einem als Lehrperson zuteilwerde;
- die Möglichkeit, eigene Bedürfnisse, Wünsche, Anliegen, aber auch Sorgen deponieren zu können;
- das Erhalten eines Feedbacks hinsichtlich der eigenen Arbeit;
- die Gelegenheit eines längeren, persönlichen Austauschs mit dem oder der Vorgesetzten;
- die erlebte Offenheit sowohl hinsichtlich der Themenwahl als auch hinsichtlich der freien Meinungsäusserung;



FOTOLIA

- die Möglichkeit, die persönliche berufliche Entwicklung zu reflektieren und zu planen;
- das Erörtern unterschiedlicher Themen, wofür im geschäftigen Schulalltag schlicht die Zeit fehle.

Ebenfalls positive Erwähnung, aber deutlich weniger oft genannt als die obigen Punkte, findet die Einschätzung, wonach das MAG zwischen Schulleitungsmitglied und Lehrperson auf Augenhöhe stattfinde.

Was bisher nicht geschätzt wird

Auf der anderen Seite bringt beinahe die Hälfte der Teilnehmenden auch Dinge vor, die als besonders störend empfunden werden am bisherigen MAG. In negativer Hinsicht am meisten genannt werden:

- dass MAGs gar nicht, nur sehr selten oder ausschliesslich auf ausdrücklichen Wunsch der Lehrperson stattfinden;
- dass ständig künstlich neue, auch an den Haaren her-



FOTOLIA

- beigezogene Zielvereinbarungen gesucht werden müssten, selbst wenn alles einwandfrei laufe;
- dass die Beurteilung der Unterrichtstätigkeit lediglich auf der Basis eines einzelnen Unterrichtsbesuchs (oder sogar gänzlich ohne vorgängigen Unterrichtsbesuch) erfolge – und dies teilweise von Schulleitungsmitgliedern, welche von den entsprechenden Fächern selber nichts verstanden;
 - dass konstruktive Vorschläge zur Verbesserung inner-schulischer Abläufe etc. zwar zur Kenntnis genommen würden, dann aber ohne jede Auswirkungen blieben;
 - dass unbestritten geleistete Überstunden selbst in grosser Zahl keine Folgen zeitigten;
 - dass die MAGs standardisiert und unpersönlich gestaltet seien und darum als lästige Pflichtübung empfunden würden;
 - dass oft monatlang auf das entsprechende Protokoll gewartet werden müsse.

Spannend ist, dass ein weiterer Aspekt in zwei verschiedene Richtungen zu zielen scheint: Einerseits wird beklagt, dass die Vorgesetzten oft nicht realisieren würden, was die einzelnen Lehrpersonen an verschiedenen Arbeiten ausserhalb des Unterrichts noch alles leisteten, andererseits gibt es aber auch Beschwerden, wonach es im MAG um alle erdenklichen Nebensächlichkeiten gehe – nicht aber um das Kerngeschäft Unterricht. Hier scheinen also die Befindlichkeiten je nach individueller Situation auffällig stark zu divergieren.

In einzelnen Voten trat viel Frustration angesichts offenbar festgefahrener Konflikte, aber auch als überfordert erlebter Vorgesetzter zu Tage. So wurde beispielsweise darüber geklagt, dass das Schulleitungsmitglied augenscheinlich unvorbereitet an das MAG komme, dass in MAG-Protokollen wiederholt Aussagen unterschlagen worden seien, dass im MAG getroffene Vereinbarungen gebrochen würden oder dass es dem Vorgesetzten an Kritikfähigkeit mangle.

Von Seiten Musikschule und Sekundarstufe II war überdies zu vernehmen, dass sich Praxis und Kultur der MAGs von Schule zu Schule sehr stark unterschieden, was nicht als Qualitätsmerkmal wahrgenommen wird. Und die teilnehmenden Schulleitungsmitglieder der Primarstufe führten nachvollziehbarerweise das schlichte Fehlen von Zeit und Ressourcen für die MAGs ins Feld.

Bemerkenswerte Zitate

Durch die Offenheit der gestellten Fragen kamen viele längere Antworten zustande. Eine Auswahl dieser Antworten – positive wie negative –, die aus unterschiedlichen Gründen zum Stutzen, Schmunzeln oder Nachdenken anregen, soll an dieser Stelle aufgelistet werden:

- «Unsere MAGs hatten in den letzten Jahren immer einen hohen Wertschätzungscharakter.»
- «Ich arbeite seit 18 Jahren in Baselland und habe insgesamt zwei MAGs erlebt.»
- «Ich kann ehrlich sagen, wie ich mich fühle bei der Arbeit und im Team.»
- «Beim MAG steht für mich als Schulleiter die einzelne Person mit ihren Anliegen und Bedürfnissen im Zentrum. Gleichmacherei sorgt nicht für Gerechtigkeit.»
- «Ich fühle mich gehört und verstanden, gesehen und wahrgenommen.»
- «Das Gelingen von MAGs hängt sehr stark von den Kompetenzen der Schulleitung ab und weniger von Formularen oder Vorgehensweisen. Gute Schulleiter führen gute MAGs.»
- «Das gegenseitige Vertrauen zwischen Schulleiter und Lehrperson ist in unserem Job überlebenswichtig.»
- «Wieso muss immer alles noch besser werden? Das bedeutet nämlich, dass das Gute nie gut genug ist.»
- «Ein MAG ist dann gut, wenn ich ein echtes Interesse an mir als Person und an meiner Arbeit spüre.»
- «Ich muss alles und jedes belegen können und fühle mich permanent kontrolliert. Unsere Schulleitung geht nicht davon aus, dass wir gute Arbeit leisten wollen und das auch tun.»
- «Wichtig für mich als Schulleiter ist das Anteilnehmen, das Gespräch mit dem Mitarbeitenden, das Deponieren von Lob und Anerkennung – und, wo nötig, auch das Aufzeigen von Entwicklungsmöglichkeiten.»
- «Die Beurteilung des Unterrichts durch einen Schulleiter

ohne pädagogische Ausbildung oder Erfahrung ist ein Hohn.»

- «Das MAG ist ein vertrauliches Gespräch über meine Arbeit an unserer Schule. Ich habe hier die Möglichkeit, Schwächen und Stärken beider Gesprächspartner zu analysieren. Das wirkt sich positiv auf meine Motivation und Leistung aus.»
- «Ich werde jedes Jahr dazu verpflichtet, neue didaktische, fachliche und pädagogische Ziele schriftlich festzuhalten. Mein Berufsalltag ist aber schon mehr als genug durchgetaktet und belastet. So erzeugt man nur Überforderung und schlimmstenfalls krankmachende Symptome.»

Blick in die Zukunft

Was die Erwartungen an die Ausgestaltung des zukünftigen MAGs betrifft, so liegt es auf der Hand, dass einerseits darauf gehofft wird, dass jene Aspekte, die man bislang geschätzt hat, erhalten bleiben, während andererseits jene Komponenten, die man als ungenügend erachtet, verschwinden mögen. Folgerichtig entspricht dieser Katalog an Forderungen zu grossen Teilen der jeweiligen Umkehrung der bereits geschilderten Einschätzungen zum bisherigen MAG.

Trotzdem ist es durchaus spannend, sich auch in diesem Bereich eine Auswahl an konkreten Voten der Teilnehmenden zu Gemüte zu führen:

- «Es sollen vor allem die Mitarbeitenden über das sprechen können, was ihnen wirklich wichtig ist.»
- «Das MAG darf auf keinen Fall zur Machtausübung und Mundtotmachung von Lehrpersonen missbraucht werden.»
- «Es braucht ein jährliches Gespräch auf Augenhöhe mit klaren Vorgaben und einem klaren Raster für beide Seiten. Ausserdem müssen die Gespräche rechtzeitig angekündigt werden.»
- «Wir Lehrpersonen sollten auch ein Werkzeug zur Verfügung haben für den Fall, dass sich die Schulleitung nicht korrekt verhält.»
- «MAGs sollten von verschiedenen Personen, die sich abwechseln, durchgeführt werden. Und es braucht die Einrichtung einer kantonalen Beschwerdestelle.»
- «Häufigkeit und Inhalte der MAGs sollten für alle Lehrpersonen an einer Schule gleich oder ähnlich sein. An unserer Schule ist das bisher nicht der Fall.»
- «Ich möchte, dass die Schulleitungen genügend Ressourcen für die MAGs haben.»
- «Die Beurteilung des Kerngeschäfts Unterricht sollte auf nachvollziehbaren Kriterien beruhen und überhaupt wieder mehr Gewicht bekommen. Aktuell wird anderes quasi überbewertet.»
- «Ich will von einer Person evaluiert werden, die mein Fach unterrichtet und erhalte so ein wertvolles Feedback. Die besprochenen Inhalte werden ernstgenommen und weiterverfolgt. Das Protokoll ist innerhalb



FOTOLIA

einer Woche nach dem Gespräch bei mir. Wenn ich nicht einverstanden bin, kann ich mich an eine Rekursinstanz wenden.»

- «Es braucht Fortbildungen für Schulleitungen, wie man auch schwierige Gespräche sachlich und fair führen kann.»
- «Es muss berücksichtigt werden, dass sich der Einsatz für die Belange der Schule unterschiedlich manifestieren kann und je nach Situation auch verschieden beurteilt werden muss.»
- «Früher gab es Inspektoren und Fachexperten, die als Aussenstehende den Unterricht besuchten und in fachlicher Hinsicht begutachteten. Dies fehlt heute. Schulleiter haben zu wenig Zeit und Distanz für diese Aufgabe. Ich wünsche mir ein MAG, das mich auch fachlich weiterbringt.»
- «Entlastend wäre es, wenn nicht zwingend bei jedem MAG neue Ziele definiert werden müssten, die zu Mehrbelastungen führen.»
- «Vertrauen ist besser als Erbsenzählen.»
- «Anstatt der Übertragung immer neuer Aufgaben auf die Lehrperson sollte im MAG das Umgekehrte im Zentrum stehen: Wo kann unsere Schule zugunsten deiner Berufsausübung Ballast entfernen oder vermindern?»
- «Ich will keine Beurteilung meiner Arbeit, ohne dass diese vielschichtig und quantitativ genügend begutachtet wurde.»
- «Keine Krämer-Einstellung mit gegenseitigem Rechtferdigungsdrang!»
- «Kein bürokratisches Monster erschaffen!»
- «Purer Aktivismus von Lehrpersonen ist absolut kein Hinweis auf qualitativ guten Unterricht.»

Lohnrelevanz als Ende eines sinnvollen MAGs

Bleibt noch zu erwähnen, dass etwas geschah, was als «aussergewöhnlich» bezeichnet werden muss: Obwohl wir in der Einleitung zur Mitgliederbefragung festgehalten hatten, dass das neue MAG «gemäss Beschluss des Regierungsrats eine direkte Anbindung an die Lohnentwicklung» aufweisen werde und dieser Aspekt somit gar nicht mehr zur Debatte stehe, kamen innert kürzester Zeit fast 250 (!) Wortmeldungen zusammen, die sich der Forderung nach einer Lohnrelevanz des MAGs gegenüber kritisch bis schrof-festmöglich ablehnend positionieren.

Zahlreiche Mitglieder begründeten ihre ablehnende Haltung denn auch mit kürzeren oder längeren Ausführungen. Hierzu ebenfalls eine Auswahl an Voten:

- «Ich bin der Meinung, dass ein sogenannt leistungslohn-orientiertes MAG pures Gift ist für das Klima im Kollegium. Nur die Missgunst wird gefördert.»
- «Betriebswirtschaftliche Massstäbe sind nicht auf die Schule überwälzbar. Ein realitätsfremdes Ranking schädigt den Berufsstand und die Berufsethik.»
- «Wie soll der Wert meiner Arbeit durch den Besuch einer einzelnen Lektion durch eine gestresste, fachfremde Schulleiterin festgelegt werden?»
- «Ein ideales Werkzeug für Willkür und Machtmissbrauch. Genau das, was wir an den Schulen unbedingt brauchen ...»
- «Wenn eine bestimmte Anzahl MAGs zu einer positiven Lohnentwicklung führt, müssen zwangsläufig auch Kollegen/Kolleginnen schlechter beurteilt werden, damit das Gesamtbudget wieder stimmt. Das wird Ungerechtigkeiten hervorrufen.»
- «Wenn die finanzielle Entschädigung an Zielerreichung gekoppelt wird, kann man ganz einfach Ziele setzen, die sowieso nicht erreichbar sind.»
- «Unsere Arbeit ist objektiv kaum messbar. Punkt.»
- «Dort, wo meine Arbeit wirklich geschieht – im Klassenzimmer, am Elterngespräch, in der Vor- und Nachbereitung, in Arbeitsgruppen etc. –, ist die Person, die mich beurteilen soll, gar nicht dabei.»
- «Ein lohnrelevantes MAG würde die freie Meinungsäusserung beeinträchtigen. Wer gibt seinem Vorgesetzten noch kritische Rückmeldungen, wenn er negative Auswirkungen auf seinen Lohn fürchten muss?»
- «Zu befürchten steht viel Aufwand für ganz wenig Ertrag, dafür umso mehr Unruhe, Streit und Konflikte.»
- «Mittelfristig dürften lohnrelevante MAGs doch für Sparübungen eingesetzt werden. Motto: Wir müssen sparen, der Lohn darf nicht steigen, also suchen wir ‹Argumente›, mit denen wir dies den Mitarbeitenden gegenüber begründen können.»
- «Die Folge wird sein, dass Opportunismus und innere Abkehr an die Stelle von Partizipation und intrinsischem Engagement treten.»
- «Ich will keine Lohnverhandlungen führen. Und ich will auch keine Energie in die Zusammenstellung von ‹Be-

weismaterial› stecken, um einen Lohnanstieg im MAG rechtfertigen zu können.»

- «Dann haben die getätigten Aussagen im MAG sowie Sympathie/Antipathie seitens der Schulleitung Einfluss auf den Lohn. Das bedeutet das Ende der offenen Gesprächskultur, die wir bis jetzt hatten. Man wird seine Anliegen filtern müssen, um möglichst positiv dazustehen.»
- «Die Vorstellung, dass der Schulleiter einmal im Jahr 10 Minuten durch mein Schulzimmer ‹walkt› und das dann meinen Lohn beeinflusst, ist absurd!»
- «Gerade in einem grossen Kollegium hat die Schulleitung keine Chance, die Arbeit der einzelnen Lehrpersonen kennen, geschweige denn bewerten zu können.»
- «Wenn ich dann sagen muss, was der Chef hören will, damit mein Lohn nicht sinkt, können wir das MAG auch gerade ganz sein lassen.»
- «Wir sind nun einmal kein Unternehmen, das am Ende eines Jahres eine Wertschöpfung vorweisen muss, um z.B. Aktionäre zu befriedigen! Unsere Klientel besteht aus zufällig zusammengekommenen Individuen. Da entstehen grundsätzlich völlig unterschiedliche Voraussetzungen, die nicht miteinander vergleichbar sind.»
- «Mir schwant Böses, wenn mit der Schulleitung innigst befreundete Mitarbeitende oder solche, die der Schulleitung unangenehme Aufgaben abnehmen, von der selben Schulleitung in Sachen Lohn objektiv eingestuft werden sollen.»
- «Das MAG ist eine von den Arbeitnehmern errungene Möglichkeit, ihre Anliegen und Ansichten gefahrlos kommunizieren zu können. Dass dies nun lohnwirksam werden soll, ist eine Ohrfeige für alle, welche für die Schaffung von MAGs gekämpft haben.»
- «Die Lohnwirksamkeit ist ein Kneiffall vor der Liga der Steuerzahler. Es wird ein monströser Apparat entwickelt, der weder einen Qualitätsgewinn zur Folge hat noch die nötige Wertschätzung ausdrückt. Versuche in anderen Kantonen, aber auch in der Privatwirtschaft sind grandios gescheitert. Darum Hände weg!»

Einstimmiger Chor

Die Aussagen der meisten Teilnehmenden decken sich unabhängig davon, auf welcher Stufe die Betreffenden arbeiten. Ebenfalls keine grundsätzlichen Unterschiede auszumachen sind zwischen den teilnehmenden Lehrpersonen und den teilnehmenden Schulleitungsmitgliedern.

Für die Arbeit des Projektausschusses «MAG uP» («uP» steht für «unterrichtendes Personal») sind die Aussagen unserer Umfrage von grossem Wert und werden nicht ohne Einfluss auf die Ausgestaltung des zukünftigen MAGs bleiben. Selbstverständlich werden wir Sie diesbezüglich kontinuierlich auf dem Laufenden halten. Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern, die sich an der Befragung beteiligt haben.

Perle 3: «Worin besteht eine gute Erziehung?»

Wo: Neue Zürcher Zeitung

Wer: Otfried Höffe

Wann: 31. Dezember 2018

«[...] Wie nur wenige wissen, ist der überragende Philosoph der Neuzeit, Immanuel Kant, nicht bloss ein Erkenntnistheoretiker, ferner Moral-, Rechts- sowie Geschichts- und Religionsphilosoph. In sein enzyklopädisch weites Denken fällt auch die «Erziehungskunst», über die er in Kenntnis der damals aktuellen Reformpädagogik und unter Bezug auf Rousseaus Werk «Über die Erziehung» vier Mal öffentliche Vorlesungen hält.

Kant gemäss darf der Mensch im Laufe der Erziehung nicht «bloss dressiert, abgerichtet, mechanisch unterwiesen» werden. Denn gute Erziehung bezweckt Aufklärung. Darunter ist nicht zu verstehen, was der Ausdruck metaphorisch bedeutet: in eine bisher verworrene Welt Klarheit oder in eine bisher dunkle Welt Licht zu bringen. Denn letztlich zählen für die Aufklärung weder Kenntnisse noch kognitive Eigenschaften, sondern charakterliche Leistungen. Gemäss Kants vielzitiertem «Wohlspruch der Aufklärung» – «Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!» – kommt es auf jene geistige Anstrengung und Courage, die das Entscheidende, das selbständige Denken, ermöglicht, an.

Offensichtlich ist der Weg zu diesem Ziel nicht leicht. Nach Kant findet er in vier sachlich aufeinander aufbauenden Stufen statt. Die Erziehung, die nicht aus zufälligen Vorlieben, sondern aus gut begründeten Prinzipien zu erfolgen habe, beginne mit der Disziplinierung. Denn in seinen jungen Jahren – das müssen Lehrer wie Eltern insbesondere während der Pubertätszeit oft genug erfahren, nicht selten auch noch später – folgt der Mensch gern seinen Launen, den jeweiligen Einfällen und Flausen, zu denen nicht selten eine Mutwilligkeit hinzukommt. Schüler wollen die Geduld ihrer Lehrer austesten, sogar ihre Autorität infrage stellen, weshalb Disziplinschwierigkeiten das gesamte Lehrersein zu begleiten pflegen.

Letztlich kommt es bei der Disziplin aber nicht darauf an, den Eltern und Lehrern den Umgang mit den ihnen anvertrauten Jugendlichen zu erleichtern. Vielmehr geht es um das Wohl der Heranwachsenden. Um der Fähigkeit willen, selber Ziele und Wege ihres Lebens zu wählen, müssen sie nicht etwa alle spontanen Antriebskräfte unterdrücken, wohl aber von ihrem etwaigen Despotismus frei werden.

Die laut Kant nächste Stufe steht beim Schulunterricht häufig im Vordergrund: die Vermittlung von zunächst elementaren Fertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen, später von anspruchsvolleren Fähigkeiten, weiterhin von Kenntnissen und anderen «Stoffen». Im Blick auf die Ver-

wendbarkeit für vielfältige Zwecke spricht Kant von Kultivieren. In diesem grundlegenderen Sinn ist nicht kultiviert, wer sich durch gute Umgangsformen auszeichnet, sondern wer, von einer zu engen Bindung an die Bedürfnisse der Gegenwart frei, sich dank vielfältigen Geschicklichkeiten für eine sich wandelnde Welt vorbereitet, wer für sie offen ist.

Die dritte Erziehungsstufe kann mit Kant «Zivilisieren» heißen, weil man hier zum Bürger zu erziehen ist. Allerdings genügt es nicht, ein mündiger Staatsbürger zu werden, man muss zum umfassenden Mitbürger werden. Dazu gehört eine Fähigkeit, die manche Pädagogik unter-, andere überbewertet. Man muss für seinen eigenen Lebensunterhalt sorgen können. Aus diesem Grund muss der Heranwachsende durchaus im Gegensatz zu einer Ökonomisierung von Bildung und Ausbildung spielen dürfen. Das Kind soll aber auch, betont Kant, arbeiten lernen.

Der gute Bürger braucht nicht nur die Charaktermerkmale, die manche Pädagogik ausschliesslich betont und die nach Kant zu der vierten, krönenden Stufe, der Moralisierung, gehört: Ehrlichkeit, Fairness, Mitgefühl und soziale Verantwortung. Denn es ist zweifellos richtig, dass der Mensch kein Tausendkünstler werden darf, der sich zwar auf alles versteht, sich aber auch gewissenlos auf alles einlässt. Das verhindert die zusätzliche Stufe einer Erziehung zur Moral. Nicht minder wichtig sind Charaktereigenschaften, die zu einem erfolgreichen Leben genauso erforderlich sind, die der realitätsoffene Moralphilosoph Kant daher nicht unterschlägt: Menschen wollen sich hervortun. Nicht nur im Sport, sondern auch in anderen Schulfächern wollen sie die Mitschüler überflügeln und auf keinen Fall das bemitleidenswerte Schlusslicht bilden.

Zu diesem Zweck, aber nicht seinetwegen allein muss ein guter Lehrer fähig sein, die Schüler zu den ihnen möglichen Höchstleistungen zu motivieren. Dabei sind Elemente von Wettbewerb nicht a priori auszuschliessen. Gemäss Kants Formel der ungeselligen Geselligkeit ist der Mensch nämlich sowohl ein Kooperations- als auch ein Konkurrenz- und Konfliktwesen. Und nur wegen dieser Doppelnatur sieht sich der Heranwachsende herausgefordert, auch unter Anstrengungen seine eigenen Talente zu entfalten und sowohl sich selbst als auch der Gesellschaft zum Aufblühen zu verhelfen. [...]»

Perle 4: «Was Kinder wirklich brauchen»

Wo: Basellandschaftliche Zeitung

Wer: Mario Andreotti

Wann: 8. Januar 2019

«Die Geschichte der abendländischen Bildung beweist es: Kinder lernen heute nicht anders als vor 100 oder auch 200 Jahren. Sie haben im Grunde keine anderen Bedürfnisse, wenn man ihnen in Elternhaus und Schule genügend Entfaltungsmöglichkeiten für ihr Lernen und für das Spiel mit anderen bietet. Was hingegen schnell und nachhaltig gelingt, ist die Möglichkeit, Kinder auf Bildschirmmedien und auf passiven Konsum zu lenken. Dabei sind fast immer kommerzielle Interessen im Spiel.

Anders gesagt, heisst das: Nicht der Mensch mit seinen Anlagen und Bedürfnissen hat sich gewandelt, sondern vielmehr der Markt, der mit der Vielfalt seiner Angebote, schon bei Kleinkindern, durch die Werbung Bedürfnisse erst weckt. Und die Eltern? Sie unterstützen das Ganze, wenn sie ihre Kinder, vielfach aus Unwissenheit, Nachgiebigkeit oder Bequemlichkeit, vor Bildschirmen und Displays «parken».

Statt Kindergärten und Primarschulen mit Smartphones und Tablets hochzurüsten, sollten wir Kindern wieder Zeit und Raum für ihre altersgerechte Entwicklung mit altersgemässen Lehrmitteln einräumen. Kindergärten und Primarschulen, vor allem in der Unterstufe, brauchen Spielzeugkästen, Pinsel und Farben, Bleistifte und Papier, Rhythmus- und Klanginstrumente, Spielzimmer und grosse Pausenhöfe, Zeit zum Zuhören und Erzählen, zum Singen, Malen und Spielen – keine Smartphones und Tablets.

[...] Es ist eine pädagogische Binsenwahrheit: Mit Kindern muss man sprechen, damit sie selber sprechen und so ihren Wortschatz und ihr Sprachgefühl entwickeln. «Sprich mit mir» ist eine grundlegende Forderung von Kindern an ihre Eltern, denn das Ich-Bewusstsein entwickelt sich nur in Kommunikation mit dem Du [...].

Wenn Eltern das persönliche Gespräch mit dem Kind nachlässigen, weil sich die digitale Kommunikation mit dem Smartphone in den Vordergrund drängt, der ständige Blick auf das Display unbemerkt zur Routine wird, dann fehlt das Allerwichtigste, was das Kind benötigt, um gesund aufzuwachsen, sich geistig und emotional entwickeln zu können: die Kommunikation mit seinen engsten Bezugspersonen – den Eltern.

Neuere entwicklungs- und lernpsychologische Studien belegen es: Kinder sollten eine gewisse intellektuelle Entwicklung durchlaufen haben, zu der Wahrnehmung, Gedächtnisleistung und Sprachbeherrschung gehören, bevor sie sinnvoll an Computern arbeiten und mit Smartphones um-

gehen können. Das dürfte realistischerweise nicht vor dem zwölften Lebensjahr der Fall sein. [...]

«Natürlich müssen wir unseren Schülern auch den Umgang mit den neuen Medien beibringen. Aber wir dürfen damit nicht schon in der Grundschule anfangen, nicht in jedem Schulfach und wir brauchen keine Laptop-Klassen», sagt Josef Kraus, der Präsident des deutschen Lehrerverbandes. Er wirft der Politik vor, aus rein ökonomischen Überlegungen nur an die Förderung der Digitalisierung zu denken. Stattdessen wäre es sinnvoller, in Schulbibliotheken zu investieren, um die Lesefähigkeit der Kinder zu fördern. Denn Lesen ermöglicht Lernen.

Zwar gibt es bereits Gegenstimmen, die behaupten, digitale Bildung sei in Zukunft ganz ohne die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen zu erwerben. Doch der Blick auf Kinder mit zum Teil erheblichen Leseschwächen, die zu Lernschwierigkeiten, Schulversagen und letztlich zu Problemen im späteren Erwerbsleben führen, zeichnet ein anderes Bild. Das müsste uns endlich hellhörig machen.»



Der neuerdings auch von einer traditionsreichen Baselbieter Partei vorgetragene Glaube, man müsse nur genügend in Hardware investieren, damit sich alle Probleme von selbst lösten, ist hochgradig naiv.

Wer A (IT-Kompetenz) und B (Hardware) sagt, muss auch C (eigenes Unterrichtsgefäß) und D (Weiterbildung der Lehrpersonen) sagen.

Wer A und B sagt, muss auch C und D sagen!

Die LVB-Umfrage zur IT-Strategie an den kantonalen Schulen

Von Michael Weiss

IT.SBL beschäftigt sich derzeit mit einem neuen Konzept der Informatiknutzung an den Schulen der Sekundarstufen I und II. Kernpunkte sind die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit personalisierten Geräten, Alternativen zum aktuellen Konzept «Bring Your Own Device» (BYOD) für Lehrkräfte und damit verbundene Wartungsfragen. Nachdem der LVB von den Fragen, welche IT.SBL den Lehrerinnen und Lehrern via AKK gestellt hatte, nicht überzeugt war, hat er unter seinen Mitgliedern eine eigene, umfassendere Umfrage durchgeführt. Nebst so Antworten auf die Fragen von IT.SBL zu erhalten, verfolgten wir dabei das Ziel, die Haltung und Bedürfnisse unserer Mitglieder präzise erfassen und danach vertreten zu können. Auch sollten ganz grundsätzliche Überlegungen betreffend «IT und Schule», welche das Konsultationspapier von IT.SBL gar nicht erst erfasst, abgefragt werden.

Der Rahmen der Umfrage

Zwischen dem 21. und 28. Januar 2019 hat der LVB 975 Lehrpersonen der Sekundarstufen I und II online insgesamt 25 Fragen gestellt, wobei die Fragen für die Lehrpersonen beider Stufen dieselben waren. Insgesamt sind 537 Antworten eingegangen, was einer aussergewöhnlich hohen Rücklaufquote von 55% in nur einer Woche gleichkommt.

274 Lehrpersonen haben angegeben, auf der Sek I zu unterrichten, 268 der teilnehmenden Lehrpersonen auf der Sek II. Es gibt folglich einige Lehrpersonen, die auf beiden Stufen unterrichten. Grundsätzlich sind Sek I und Sek II aber praktisch gleich stark vertreten.

Viele der Teilnehmenden nutzten die Möglichkeit, ihre Antworten zu kommentieren, ausgiebig, so dass insgesamt mehr als 300 kB (also über 300'000 Textzeichen) an Kommentaren zusammengekommen sind. In den meisten Fällen unterscheiden sich die Antworten zwischen Sek I und Sek II kaum. Wir thematisieren die einzelnen Stufen in dieser Auswertung daher nur in jenen wenigen Fällen, wo deutliche Abweichungen bestehen.

Ebenfalls ein hoher Grad an Übereinstimmung findet sich zwischen den Benutzern verschiedener Betriebssysteme – mit Ausnahme derjenigen Fragen, die explizit die Wahl eines bestimmten Betriebssystems zum Thema haben. Auch die Aufschlüsselung nach Betriebssystem nehmen wir daher in dieser Auswertung nur dort vor, wo sie angezeigt ist.

Zeitraum: 21. – 28. Januar 2019
975 angefragte Lehrpersonen
(Sek I und Sek II)
537 Antworten (55%)

63.5% der Befragten geben an, dass der pädagogische Wert respektive Mehrwert eines regelmässigen IT-Einsatzes in möglichst allen Unterrichtsfächern nicht hinreichend diskutiert und geklärt worden sei.

Betriebssystemnutzung

Aus den Antworten der Befragten lässt sich schliessen, dass an den Sek I-Schulen Windows deutlich weniger verbreitet ist als MacOS, während an den Sek II-Schulen ein leichtes Übergewicht von Windows festzustellen ist. Der Anteil der Lehrpersonen auf der Sek I, die hauptsächlich oder ausschliesslich mit MacOS arbeiten, ist mit 68% deutlich höher als auf der Sek II (45%); umgekehrt arbeiten auf der Sek I nur 22% der Lehrkräfte hauptsächlich mit Windows, während es auf der Sek II doch immerhin 47% sind.

Linux ist mit nur 1% wenig vertreten und beschränkt sich ganz auf die Sek II, wobei man davon ausgehen darf, dass die dortigen Linux-Spezialisten für den Informatikunterricht an den Gymnasien eine wichtige Rolle spielen und schon alleine deswegen trotz ihrer geringen Zahl keinesfalls ignoriert werden dürfen. Immerhin 8% aller Befragten nutzen mehrere Betriebssysteme in vergleichbarem Masse.

Laptop vs. Desktop vs. andere Lösungen

31% aller Befragten nutzen für ihre Arbeit lediglich einen Laptop, 12% verwenden zusätzlich einen externen Bildschirm, 35% einen Laptop plus einen Desktop, 6% ausschliesslich einen Desktop.

Immerhin 15% der Befragten finden, keine dieser Antworten entspreche Ihrer persönlichen Situation. In den Kommentaren findet man tatsächlich eine grosse Variabilität anderer Lösungen (z.B. einen Desktop zuhause plus einen an der Schule; Desktop plus Tablet; Desktop in der Schule plus Laptop zuhause), jedoch keine weiteren Trends.

Was ist der pädagogische Mehrwert?

63.5% der Befragten geben an, dass der pädagogische Wert respektive Mehrwert eines regelmässigen IT-Einsatzes an den Schulen in möglichst allen Unterrichtsfächern wenigstens teilweise nicht hinreichend diskutiert und geklärt worden sei, 33.2% äussern sich umgekehrt.

In den Kommentaren wird insbesondere angezweifelt, dass der Einsatz von IT in *allen* Fächern erfolgen müsse – weniger könnte möglicherweise mehr sein. Vereinzelte Lehrpersonen finden zwar auch, dass eine solche Diskussion müsste sei, es überwiegen jedoch die Stimmen derer, die befürchten, dass hier den Schulen wieder einmal ein Medikament verabreicht werde, von dem weder Nutzen noch Nebenwirkungen bekannt seien.

Persönliche Geräte für Schülerinnen und Schüler: «Ja, aber...»

Auch wenn 52% der Befragten eher oder sogar ganz dafür sind, den Schülerinnen und Schülern ab der Sek I ein persönliches Gerät zur Verfügung zu stellen, stellen sich diverse Fragen. Nicht alle Befürworter würden den Schülerinnen und Schülern diese Geräte auch mit nach Hause geben wollen; einerseits, um sie nicht noch mehr den digitalen Verlockungen auszusetzen respektive die Bemühungen der Erziehungsberechtigten nach einem begrenzten Umgang mit digitalen Geräten nicht zu untergraben, andererseits aber auch aus Sorge um die Geräte, die Schaden nehmen oder gar verschwinden könnten (tatsächlich stellt sich die Frage, wer

«Regelmässiger IT-Einsatz ist nicht für alle Fächer gleichermaßen sinnvoll. Für Recherchearbeiten ist ein Zugang zum Internet wertvoll, das ist aber über das WLAN der Schule gegeben. Ich schätze auch Elemente wie die Wandtafel. Für Schülerinnen und Schüler bietet der Einsatz von Laptops nur vereinzelt und gezielt eingesetzt einen Mehrwert. So kann er auch zu einem wertvollen, da nicht alltäglichen Unterrichtsmittel werden, wenn er in einem Projekt eingesetzt wird.»

«Keine Ahnung, wer was diskutiert hat. Mein Unterricht ist effizienter mit IT-Einsatz, das reicht mir.»

«Ohne Lesekompetenz kann man sich die ganze Diskussion sparen.»

«In der Schule ja, ob es denn auch nach Hause genommen wird oder werden soll, ist eine andere Frage.»

«Egal, ob es sich um Mac- oder Windows-Laptops handeln wird – diese Dinger müssen auf dem Schulweg (Velo etc.) viel aushalten können.»

dann haften würde). Etliche Befragte würden es auch bevorzugen, wenn die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen Geräte in die Schule mitnehmen.

Die Forderung nach mehr Laptopkoffern und somit dem Arbeiten mit unpersönlichen Geräten erfreut sich offenbar recht grosser Beliebtheit: 58.5% der Befragten wünschen sich deren Aufstockung, wobei der Zustimmungsgrad auf der Sek II nicht ganz so hoch ist wie auf der Sek I. Diejenigen, welche mehr Laptopkoffer nicht unterstützen, heben dagegen deren Schwerfälligkeit im Einsatz hervor und gäben einer personalisierten Lösung meist den Vorzug. Bei der Stichfrage «persönliche Geräte vs. Aufstockung der Laptopkoffer» liegen beide Modelle nahe beieinander, wobei die persönlichen Geräte mit 43.9% knapp vor den Laptopkoffern mit 41.2% landen.

Die Betriebssystemfrage

Wie zu erwarten war, würden fast alle Teilnehmenden bei dem Betriebssystem, mit dem sie heute arbeiten, bleiben wollen, sollte der Arbeitgeber ihnen ein eigenes Gerät zur Verfügung stellen. Ebenso tendiert eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden dazu, für die Schülerinnen und Schüler ein Gerät anzuschaffen, welches mit jenem Betriebssystem läuft, das sie als Lehrpersonen heute bereits benutzen. Die beliebteste Variante für ein Schülergerät wäre denn auch ein Laptop mit MacOS (38% Zustimmung), gefolgt von einem Laptop mit Windows (30.9% Zustimmung) und einem iPad (11.2% Zustimmung).

Dass Geräte ohne Tastatur nicht zu überzeugen mögen, zeigte sich, als wir die Optionen auf die von IT.SBL vorgegebenen (für welche ein Touchscreen als unerlässliche Voraussetzung angesehen wird) eingeschränkt und die Teilnehmenden zwischen einem Windows-Laptop und einem iPad

«In Bezug auf die Chancengerechtigkeit finde ich die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler sinnvoll. Dies darf aber nicht automatisch zur Folge haben, dass diese Geräte permanent im Unterricht zum Einsatz kommen.»

«Laptopwagen sind sehr anfällig und laufen viel zu langsam, auch ist die Wartung und Reparatur immer ein Thema. Wir haben zu wenig Steckdosen, das ist nervig. Es ist wohl besser, die Lernenden ein Gerät mitnehmen zu lassen. Das ist aber anspruchsvoll für die Lehrperson und manchmal eine grössere Herausforderung.»

«Ich habe alle Kenntnisse auf Mac und auch alle Geräte zuhause sind von Apple. Alles passt zusammen. Dies habe ich getan, weil wir in der Schule immer Mac hatten. Deshalb will ich dieses Betriebssystem behalten.»



FOTOLIA

Die beliebteste Variante für ein Schülergerät wäre ein Laptop mit MacOS (38% Zustimmung), gefolgt von einem Laptop mit Windows (30.9% Zustimmung) und einem iPad (11.2% Zustimmung).

Eine Mehrheit der Teilnehmenden ist der Ansicht, dass die Zukunft betriebssystemunabhängigen, webbasierten Plattformen gehört.

«Eigentlich halte ich eine möglichst unabhängige Plattform für zukunfts-trächtiger. Erfahrung in der IT zeigt mir aber, dass diese Systeme dann halt von anderen Komponenten als dem Betriebs-system abhängen, die auch irgendwelchen Firmen gehören und durch die man langfristig dann eben auf eine andere Art ebenfalls gebunden ist.»

«Wird ein Gerät durch den Arbeitgeber vorgegeben oder abgegeben, muss auch der Support VOR ORT (!!!) jeden Arbeits-tag von 7.30-18.15h gewährleistet sein. Die Ausbildung der Lehrpersonen auf diesen Geräten und mit dieser Software muss soweit gewährleistet sein, dass alle die gelisteten Operationen selber erledigen können. Im Moment ist es so, dass Probleme in der Regel zuerst lang und hartnäckig auf individuelle Probleme bei den Geräten der Lehrpersonen geschoben werden. Hilfestellung wird mehr oder weniger verweigert (in Liestal). Reparaturen an Infrastruktur (Beamer etc.) dauern ewig (teilweise über 2 Wochen). Deshalb müsste auch bei einer Lösung mit BYOD der Support VOR ORT ausgebaut werden.»

haben auswählen lassen: Hier wird dem Windows-Laptop mit 44.1% ge-genüber dem iPad mit 30.9% doch recht klar der Vorzug gegeben; selbst einige Mac-User sprechen sich in diesem Fall für den Windows-Laptop aus.

Es muss allerdings erwähnt werden, dass der Vorsprung des Laptops vor allem durch die Teilnehmenden der Sek II zustande kam und auf der Sek I (wo der Anteil der Mac-User grösser ist, ein Tablet aber möglicherweise auch einfach als eher schulstufengerecht wahrgenommen wird) nur ein geringer Vorteil für den Windows-Laptop (42% vs. 38%) vermerkt werden kann. Erwähnt werden soll ferner auch, dass die Argumente gegen einen Mac-Laptop (keine Touchscreens, Dominanz von Windows in der Berufs-welt und an den Berufsschulen) nur eine knappe und relative Mehrheit der Befragten zu überzeugen vermag.

Grundsätzlich ist eine Mehrheit von 52.7% der Teilnehmenden der An-sicht, dass die Zukunft ohnehin nicht betriebssystemabhängigen Appli-kationen, sondern betriebssystemunabhängigen, webbasierten Plattfor-men gehört, also Applikationen, die innerhalb eines Browsers und somit auf jedem Betriebssystem ausführen werden können. Nur 16.2% der Teil-nehmenden setzen hingegen auf betriebssystemspezifische Lösungen (die Zahl derjenigen, die sich nicht äussern, ist mit 31.1% recht hoch).

Der Support

Die Unzufriedenheit mit dem Support respektive den für die Zukunft angedachten Supportvarianten ist generell gross und entlädt sich teilwei-se mit markigen Worten. Varianten mit einem Support entweder nur durch lokales Personal an den Schulen (das chronisch überlastet wäre) als auch ein ausschliesslicher Support aus der Ferne fallen mit lediglich 6% respektive 10.8% Zustimmung durch; eine aufgestockte Variante des heu-tigen Systems mit lokalem und zentralem Support scheint mit 51.8% hin-gegen mehrheitsfähig zu sein.



FOTOLIA

«Kleine Rechnung, was man für Vorbereitungsarbeiten zuhause so braucht:

1000 CHF Laptop mit Zubehör, 200 CHF Drucker, 400 CHF Netzwerk und Datensicherung. Ergibt Fixkosten von 1600 CHF über 5 Jahre abgeschrieben.

Jährliche Kosten:

- 320 CHF Abschreibung
- 720 CHF Internet-Zugang (ca. 12x60.-)
- 200 CHF Verbrauchsmaterial Drucker.

Ergibt jährliche Kosten von 1240 CHF.

Teilt man diese hälfzig auf Privatgebrauch und Schulgebrauch, dann bleiben 620 CHF jährliche Kosten für den Schuleinsatz. Eine Entschädigung von mindestens 500 CHF wäre also angemessen und würde nicht nur das «Device», sondern den gesamten IT-Anteil am Arbeitsplatz ausserhalb der Schule abdecken, der ja auch anfällt, wenn die Schule uns Geräte zur Verfügung stellen würde.»



FOTOLIA

«A fool with a tool is still a fool»: Schülerinnen und Schülern Computer in die Hand zu drücken, führt alleine nicht dazu, dass sie den Umgang damit auch lernen.

Ein funktionierender, schneller und kompetenter Support ist für das System Schule, in dem eine ausgefallene Lektion nicht einfach später wiederholt werden kann, absolut zentral. Es darf nicht angehen, dass ein nennenswerter Teil der Unterrichtslektionen nicht wie geplant abgehalten werden kann, weil es Probleme mit der IT gibt.

Auch kann den Lehrpersonen nicht zugemutet werden, während den Lektionen technische Probleme an Schülergeräten lösen zu müssen, da dann der Unterricht auf der Strecke bliebe. Dies setzt insbesondere auch voraus, dass der Support während der gesamten (!) Unterrichtszeit einer Schule (somit allenfalls bis 18.15 Uhr abends) verfügbar ist.

BYOD nicht abschaffen!

Obwohl eine überwältigende Mehrheit von 84% der Lehrpersonen findet, der Arbeitgeber sei dazu verpflichtet, ihnen ein Arbeitsgerät zur Verfügung zu stellen, äussern sich viele Stimmen ausdrücklich gegen eine grundsätzliche Abschaffung des BYOD für Lehrpersonen, also die Möglichkeit, gegen eine Entschädigung ein privates Gerät für den Unterricht zu verwenden.

Die heutige Entschädigung von 200 CHF pro Jahr, die noch dazu nach Pensem abgestuft ist, wird allerdings von über 70% der Befragten als zu gering angesehen. Dies ist angesichts dessen, dass die Lehrpersonen für 200 CHF im Jahr ja nicht nur ein Gerät anschaffen, sondern auf diesem auch Software installieren und die gesamte Installation warten müssen, absolut verständlich.

Investitionen in Hardware alleine genügen doppelt nicht!

«A fool with a tool is still a fool»: Schülerinnen und Schülern Computer in die Hand zu drücken, führt alleine nicht dazu, dass sie den Umgang damit auch lernen. Ebenso wenig erwerben die Lehrerinnen und Lehrer weder mit einem selbst gekauften noch mit einem vom Kanton zur Verfügung gestellten Gerät quasi als «im Preis inbegriffene Zugabe» das nötige Wissen um dessen Bedienung, und auch die Weitergabe dieses Wissens an Schülerinnen und Schüler ist selbst für gestandene Pädagoginnen und Pädagogen eine neue Herausforderung.

Investitionen in die Fortbildung der Lehrpersonen, um sie für die zunehmenden schulischen IT-Anforderungen fit zu machen, halten folgerichtig

«Lieber Entschädigung als Gerät, damit ich ein Gerät anschaffen und unterhalten kann, das meinen Bedürfnissen und Kenntnissen entspricht.»

«Wenn es denn so kommen muss, dass man dem Ganzen Priorität gibt, dann muss eine umfassende, bezahlte Weiterbildung angeboten werden.»

«Ich sehe es im Moment bei der Betreuung der Projektarbeiten. Die allermeisten meiner Kollegen haben keinen blassen Schimmer von Formatierungsmöglichkeiten in Textbearbeitungsprogrammen. Es gibt einige Lehrpersonen hier, die die Schülerinnen und Schüler das Inhaltsverzeichnis von Hand machen lassen und sich dauernd darüber beklagen, dass nichts gehe – alles Dinge, die mit minimalem Knowhow kein Problem wären. Ich bin teilweise schockiert. Es müsste aber UNBEDINGT unterschiedliche Angebote geben oder einen Einstiegstest, um zu ermitteln, wer wie viel Unterstützung braucht. Es kann nicht sein, dass man versierte Nutzer zu etwas zwingt, das ihnen nichts bringt.»

Baselland ist einer der ganz wenigen Kantone, in deren Sek I-Stundentafel IT nicht als eigenes Fach ausgewiesen ist.

«Die Schülerschaft beherrscht mehrheitlich den Computer als Arbeitsinstrument nicht. Im Moment muss ich ihnen dieses Wissen in den bereits zu knapp bemessenen Deutschlektionen beibringen... Eine weitere Baustelle wurde eröffnet...»

«Vor allem: Tastaturschreiben muss wieder vermittelt werden, am liebsten in der Primarschule. Ich unterrichte eine Projektklasse <digitale Lernbegleiter> und stelle fest, dass dies ausdrücklich fehlt. Mit einzelnen Anschlägen dauert es einfach zu lange...»

«Was geschieht: <Hallo Kollegen, ihr kriegt da diese neuen Geräte. Sammelt doch mal ein paar Ideen, was man damit machen könnte!> Was geschehen sollte: <Hallo Kollegen, ich möchte meinen Schülern möglichst anschaulich erklären, worum es bei xy geht. Wie macht ihr das? Welche IT-Mittel gibt es dafür?>»

33.9% der Befragten für absolut vorrangig und weitere 53.6% für relativ wichtig. Gewarnt wird in den Kommentaren allerdings davor, hier alle Lehrpersonen über einen Leisten zu schlagen, wie man es insbesondere bei den Passepartout-Weiterbildungen für die Fremdsprachenlehrpersonen gemacht hat. Wir werden im Fazit dieses Artikels darauf zurückkommen.

Eine noch deutlichere Zustimmung findet die These, dass die Schaffung fixer IT-Lektionen in der Stundentafel der Sekundarstufe I nötig ist: 41.2% der Befragten sehen dies als absolut vorrangig an, weitere 44.1% immerhin als relativ wichtig. Tatsächlich ist der Kanton Baselland einer der ganz wenigen Kantone, in deren Sek I-Stundentafel IT *nicht* als eigenes Fach ausgewiesen ist. Nach den erheblichen Querelen um die aktuelle Stundentafel ist es aber absolut undenkbar, die Lektionen für ein eigenes Unterrichtsfach ICT (oder wie immer es dann heißen wird) einem anderen Fach wegzunehmen.

Fazit

Kaum jemand (auch nicht der LVB) zweifelt daran, dass unsere Schülerinnen und Schüler den Umgang mit digitalen Geräten auch in der Schule praktizieren sollen und dass ein kompetenter Umgang mit Computern heutzutage unentbehrlich ist und (auch) in der Schule erlernt werden muss. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Technologie an den Schulen allgegenwärtig zu werden braucht. Auch hier kann weniger bisweilen mehr sein. Der Umstand, dass immer mehr reiche Eltern aus dem Silicon Valley darum besorgt sind, ihre Kinder möglichst bildschirmfrei aufwachsen zu lassen, sollte uns zu denken geben¹.

Der neuerdings auch von einer traditionsreichen Baselbieter Partei vorgetragene Glaube, man müsse nur genügend in Hardware investieren, damit sich alle Probleme von selbst lösen, ist hochgradig naiv. Wer A (IT-Kompetenz) und B (Hardware) sagt, muss auch C (eigenes Unterrichtsgefäss) und D (Weiterbildung der Lehrpersonen) sagen. B, C und D kosten etwas, und B dürfte von den drei Kostenfaktoren noch der kleinste sein. Während politische Mehrheiten für B jedoch problemlos zu erreichen sind (davon profitiert schliesslich die Wirtschaft), wird bei C und D üblicherweise gedruckt und geschachert. Doch genau hier muss investiert werden, wenn IT an den Schulen mehr sein soll als eine teure Spielerei ohne tatsächlichen Nutzen und auf Kosten anderer Fächer.

Klar muss aber auch sein, dass die Technologie im Dienste der Lehr- und Lernprozesse zu stehen hat und nicht umgekehrt². In diesem Sinne muss sich IT.SBL als Dienstleister an den Schulen verstehen und darf ihnen nicht vorschreiben, wie sie die Technologie zu verwenden haben. Dieses Rollenverständnis hat IT.SBL gefehlt, als viele Sekundarschulen dazu gezwungen wurden, die an den Lehrerarbeitsplätzen fest installierten Computer zu entfernen. Dieser Eingriff in die Arbeit der Lehrpersonen, welcher sich auch mit Wirtschaftlichkeitsargumenten nicht rechtfertigen lässt, hat IT.SBL unnötig viel Goodwill gekostet, der jetzt schwer wiederzugewinnen ist, wie sich beispielsweise auch an der Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB vom 19. September 2018 gezeigt hat.

Die Politik ist gefragt. Eine nachhaltige Investition in die digitale Zukunft kann nicht bei den Geräten enden.

Ganz schlecht würde es daher ankommen, wenn Lehrpersonen, denen die Schulen über 30 Jahre hinweg Apple-Produkte als überlegen angepriesen haben, nun plötzlich dazu gezwungen würden, auf Microsoft-Software zu wechseln. Wer tausende Dokumente mit Apples Office-Software (angefangen mit ClarisWorks, das sich über AppleWorks zum heutigen iWork entwickelt hat) erstellt hat, dem ist nicht zuzumuten, diese gesamten Dokumente ins Microsoft Office-Format zu konvertieren und dabei oft völlig neu formatieren zu müssen, wobei nicht selten Bilder und Zeichnungen verschwinden oder zur Unkenntlichkeit entstellt werden. In die Gegenrichtung gilt dies selbstredend ebenso, und einen überzeugten Open Source-Verfechter zur Verwendung kommerzieller Software zu drängen, wird dieser als ähnlich übergriffig wahrnehmen, wie wenn man einen Vegetarier zum Fleischverzehr nötigte. Daher Finger weg von solchen Ideen!

«Windows bietet in meinem Bereich die bessere Textverarbeitung, ist aber auch nicht immer perfekt. Nach 30 Jahren Windows will ich aber keinen erzwungenen Wechsel. Meinen Kollegen mit Mac oder Linux geht es in ihren Bereichen ebenso.»

«Was ich sicher nicht will, ist ein Gerät, auf dem nur der Kanton Administratorrechte hat.»

Wie es kommen müsste, wenn es gut kommen soll

Eine verhältnismässig grosse Zufriedenheit könnte erreicht werden, wenn eine Lösung gefunden würde, die in etwa so aussieht:

- Lehrerinnen und Lehrer können **individuell wählen**, ob sie weiterhin ihr eigenes Gerät verwenden (**BYOD**) oder ein vom Kanton zur Verfügung gestelltes Gerät (wahlweise **Windows oder MacOS**), das sie jedoch selbst administrieren dürfen.
- Die **BYOD-Pauschale** wird angemessen erhöht.
- **Schülerinnen und Schülern** wird grundsätzlich ein einheitliches Gerät zur Verfügung gestellt (unsere Umfrage deutet darauf hin, dass ein Windows-Gerät gegenüber einem iPad bevorzugt wird); die **Eltern entscheiden** bis zur Volljährigkeit, ob dieses **Gerät auch zuhause** eingesetzt werden darf.
- Während der Unterrichtszeiten ist ein **Vor-Ort-Service** erreichbar.
- Sämtliche Geräte können via einer einheitlichen **USB C-Schnittstelle** mit der Peripherie verbunden werden. (Es gibt Anzeichen dafür, dass die Zeit der inkompatiblen Dockingstations zu Ende geht und sich USB C als einheitlicher Schnittstellenstandard auch für das Andocken an **Peripheriegeräte** wie Monitor, Tastatur, Netzgerät etc. etabliert.)

- Die Schulen entscheiden in ihrem jeweils **schul-eigenen IT-Konzept**, wo im Rahmen des Budgets **andockbare Arbeitsplätze mit Monitor, Tastatur, Maus** und ggf. Beameranschluss eingerichtet werden (z.B. in Arbeitsräumen, Computerräumen, an Lehrerpulten usw.).
- **Office- und Design-Software** (insbesondere Adobe) steht **kostenlos** zur Verfügung.
- Das Arbeiten mit dem Computer wird wieder zu einem **obligatorischen Fach mit je zwei Wochenlektionen in Halbklassen im 1. und 2. Schuljahr** der Sekundarschule (**ohne Abstriche** an der bestehenden **Stundentafel**).
- Für Lehrerinnen und Lehrer werden **bedarfsgerechte und qualitativ hochstehende Weiterbildungen** angeboten. Die dafür geleistete **Arbeitszeit** kann **kompensiert** werden.

Die Politik ist gefragt. Eine nachhaltige Investition in die digitale Zukunft kann nicht bei den Geräten enden.

Die Auswertung aller 25 gestellten Fragen kann von https://www.lvb.ch/docs/aktuell/Umfrageauswertung_IT-Strategie.pdf heruntergeladen werden.

¹ The Digital Gap Between Rich and Poor Kids Is Not What We Expected, The New York Times, 26.10.2018, <https://www.nytimes.com/2018/10/26/style/digital-divide-screens-schools.html>

² Digitale Technologien in der Schule – Positionspapier des LCH, 16.06.2018, https://www.lch.ch/fileadmin/files/documents/Positionspapiere/180616_Positionspapier_Digitale_Technologien_in_der_Schule.pdf

«In der Privatwirtschaft hätte dieses Projekt einen schweren Stand»



Alain Gremaud war während 6 Jahren Leiter des IT-Engineering und -Betriebs des Universitätsspitals Basel und unterrichtet heute am Gymnasium Münchenstein. Er hat die Studien, die den Plänen von IT.SBL zugrunde liegen, genauer unter die Lupe genommen. Michael Weiss hat mit ihm geredet.

LVB: Alain, was war dein Eindruck, nachdem du die Studien von IT.SBL gelesen hattest?

Alain Gremaud: Das Ganze ist ziemlich unausgegoren und würde in der Privatwirtschaft als Entscheidungsgrundlage einen schweren Stand haben. Vor allem, dass man dem Ausbau des Ist-Zustands keine Chance gibt, sondern ihn im Gegenteil quasi unterschlägt, ist hochgradig unseriös und lässt auf Voreingenommenheit der Autoren schliessen. Es ist immer das Gescheiteste, von dem auszugehen, was man hat, und nicht irgendwelche Kathedralen zu errichten. Der Hang zum «Grossen Wurf» ist menschlich. In der IT ist er immer nur eines: zum Untergang verurteilt.

Ich sehe es aber auch als problematisch an, Sek I und Sek II derart miteinander zu vermengen. Auf der Sek II können die Schülerinnen und Schüler verpflichtet werden, private Geräte anzuschaffen. Damit ist die Ausgangslage dort eine ganz andere.

Welche konkreten Risiken sieht du für das Projekt?

Ich finde nirgendwo Hinweise darauf, wie die ganze Hardware rollend erneuert werden soll. Die ganzen Prozesse für eine ständige Ersatzbeschaffung/Modernisierung und Verbesserung habe ich nirgends gefunden. Darum rede ich von einem «Kathedralenbau», einem Ein-für-Allemal-Mindset. Hard- und Software erneuert sich aber andauernd. Wie darauf reagiert werden soll, bleibt für mich völlig ungelöst.

Für mich ist es auch sehr fragwürdig, dass IT.SBL selbst in allen drei Studien kaum Risiken identifizieren konnte – als einziges «Risiko» wird die grosse Auswahl an Windows-

Geräten genannt. Für mich nährt das den Verdacht einer allzu naiven Herangehensweise.

Was wird deiner Meinung nach auf die Lehrerinnen und Lehrer zukommen?

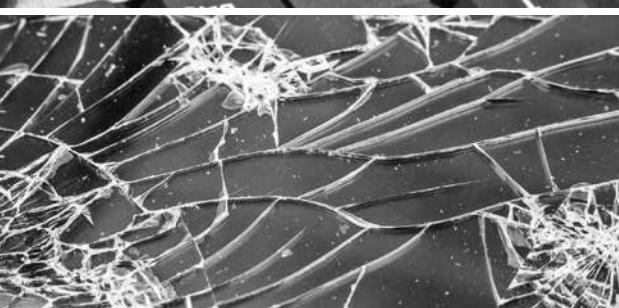
Die Lehrpersonen im Klassenzimmer hängen logischerweise in der Supportorganisation mit drin. Deren Mehraufwand wird jedoch nirgends beziffert, nicht annähernd. Dabei ist absehbar, dass der Hauptsupportaufwand bei der Lehrperson liegen wird. Und vor allem: Die aufwändige Triage zwischen Bedienungsfehlern durch Schülerinnen und Schüler und echten technischen Problemen bleibt zu 100% an der Lehrperson hängen.

Ein technischer Support soll auch weiterhin bestehen.

Schon, es ist aber auch klar, dass sich Schülerinnen und Schüler nicht direkt an den Helpdesk wenden dürfen. Der Supportaufwand, den die rund 18'000 Schülerinnen und Schüler generieren, muss durch «Milizpersonal» an den Schulen getragen werden. Die Überlegungen der IT.SBL beginnen erst, wenn die Supportfälle fixfertig triagierte bei ihnen über die Türschwelle rollen.

Je nach dem weiteren Verlauf wird es zumindest schulhausweise einen Entscheid für ein Betriebssystem geben, bei den Schülergeräten Windows oder iOS, bei den Lehrergeräten Windows oder MacOS. Was hältst du davon?

Irritierend finde ich es, dass die heute zahlenmäßig am weitesten verbreitete Variante (nicht personalisierte, zentral gemanagte Macs) ohne Begründung nicht weiter verfolgt



ALLE BILDER AUF S. 37:FOTOLIA

wird. Ich erwarte übrigens, dass es am Ende darauf hinauslaufen wird, dass alle Lehrpersonen auf Windows werden wechseln müssen, dies entspricht auch der Projektempfehlung. Die Begründung dafür: Es ist das einzige gemeinsame Betriebssystem, das gemäss Planung sowohl für die Schülerschaft als auch für die Lehrerschaft in Frage kommt. IT.SBL hält aber fest, dass bei einem persönlichen Lehrpersonen-Gerät die Lehrperson in der Lage sein muss, das Bedienkonzept der Schülerinnen und Schüler nachvollziehen zu können. Seltsam, dass dies nicht umgekehrt einen Grund darstellt, den Schülerinnen und Schülern Macs zu geben.

IT.SBL stellt beim heutigen BYOD-Konzept eine geringe Akzeptanz fest.

Das ist ja logisch, wenn die IT.SBL mit Mengenrabatt und allem Drum und Dran für Hardware über 650 CHF jährlich rechnet und wir mit läppischen 200 CHF pro Jahr abgespien werden! Diese Argumentation ist bösartig!

Ein weiterer Nachteil von BYOD sei, dass die Geräte nicht volumnäßig mit IT.SBL kompatibel seien.

Wer BYOD anbietet, muss dafür sorgen, dass seine Infrastruktur das auch verträgt. Da muss man halt auf allzu herstellerspezifische Funktionalität unter Umständen verzichten.

Welche alltäglichen Probleme erwartest du, wenn allen Schülerinnen und Schülern ein eigenes Gerät zur Verfügung gestellt wird?

Das Konzept funktioniert nicht, wenn nicht vorgängig alle Schulzimmer mit Steckdosen an den Arbeitsplätzen ausge-

rüstet werden. Oder arbeitet ein Schüler, dessen persönliches Gerät gerade einen leeren Akku hat, den Rest des Morgens auf Papier? Blosse Anforderungen bezüglich Akku-Betriebsdauer reichen da nicht.

Was ich ausserdem noch zu bedenken geben möchte: Das persönliche Gerät ist ziemlich vandalismusgefährdet. Und laut Projektstudie reicht es, glaubhaft zu machen, man habe keine Haftpflichtversicherung und schon bezahlt der Kanton das Ersatzgerät. Wir hatten in unserem Unternehmen bei gewissen Lieferungen von Laptops an die zentrale Warenannahme 50% Schwund, bis sie bei uns in der IT waren! Es besteht die Gefahr, dass die Geräte, die der Kanton ja «gratis» abgibt, am Ende schlicht verhökert werden zwecks Taschengeldaufbesserung. Und wie «Liestal» reagiert, wenn es nicht zahlen will, wissen wir: Es werden dann einfach die Schulen in Geiselhaft genommen, indem man sich weigert, Ersatzgeräte zu liefern. Das muss unbedingt besser geregelt werden, beispielsweise mit Depotzahlungen. So wie das jetzt angedacht ist, ist es obenaiv. Schüler sind keine Angestellten und verhalten sich nicht so!



#LRW2019

Die LVB-Kandidierenden für den Landrat stellen sich vor

**Am 31. März 2019
LVB-Power wählen!**

Wir haben sämtlichen LVB-Mitgliedern, die für den Landrat kandidieren, die Möglichkeit eröffnet, ein Portrait im Ivb.inform abdrucken zu lassen. All jene, welche von diesem Angebot Gebrauch machen wollten, kommen an dieser Stelle zu Wort. Wir wünschen allen Kandidierenden einen spannenden und fairen Wahlkampf!



Florence Brenzikofer

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Sekundarlehrerin

Jahrgang: 1975

Partei: Grüne

Wahlkreis: Gelterkinden

Die Legislatur 2015-19 war geprägt vom Sparprogramm der Regierung, mit dem die Staatsausgaben um 188 Mio. Franken reduziert werden sollten. Von den 132 Sparmassnahmen der «Finanzstrategie» fallen viele in den Personal- und Bildungsbereich: Stellenabbau, Lohnkürzungen, Rentenklau waren die Folge.

Die links-grüne Minderheit im Landrat konnte dennoch vereinzelt Akzente setzen: Die Erhöhung bzw. «Optimierung der Klassengrössen» wurde abgelehnt, das U-Abo in seiner bewährten Form beibehalten und der Bildungsrat vor einem weiteren sinnlosen Abschaffungsversuch bewahrt. Es braucht eine weitere Stärkung der konstruktiven Kräfte im Landrat, gerade in den Bereichen Familie, Mobilität, Umwelt, Energie und Bildung.

Die zunehmenden Ansprüche der Gesellschaft an die Schulen widerspiegeln sich in der Flut von neuen Projekten, mit denen die Schulleitungen und die Lehrpersonen konfrontiert werden, ohne dass die Politik die erforderlichen Ressourcen dafür bereitstellt. Niveaudurchmischte und altersübergreifende Kurse erfüllen die pädagogisch wertvollen Ziele nur, wenn sie in vernünftigen Klassengrössen durchgeführt werden können.

Zudem steht es dem einst fortschrittlichen Kanton Basel-Landschaft gut an, wenn er endlich konkrete Schritte auf dem Weg zu Ganztagesschulen unternimmt. Bildung statt Beton – ein nachhaltiges Ziel für die nächste Legislatur.



Linard Candreia

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Sekundarlehrer

Jahrgang: 1957

Partei: SP

Wahlkreis: Laufen

Ich möchte mich bei einer Wiederwahl weiterhin für den sozialen Ausgleich, für die Sorge zur Natur und für Fairness (allgemein) engagieren.

In den letzten Jahren hat der Kanton BL im Bildungs- und Kulturbereich zu exzessiv abgebaut, was nicht für eine faire und nachhaltige Politik spricht.

Als Lehrer habe ich mich im Landrat zu bildungspolitischen Anliegen im Sinne unseres LVB's geäussert und gestimmt. Diesen Einsatz möchte ich fortsetzen und intensivieren.

Ich hoffe auch, dass Kathrin Schweizer es schafft, Regierungsrätin zu werden. Die SP muss unbedingt vertreten sein, in der Exekutive Verantwortung übernehmen, damit sie ihre bildungspolitische Kompetenz in diesem wichtigen Gremium einbringen kann.

Julia Gosteli

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Lehrerin an der WMS

Jahrgang: 1967

Partei: Grüne

Wahlkreis: Allschwil



Bildung ist ein wichtiger und tragender Pfeiler unserer Gesellschaft, in sie muss laufend und nachhaltig investiert werden. Wir brauchen gut ausgebildete und engagierte Lehrpersonen, welche Kopf, Herz und Hand der jungen Menschen fördern, sie fordern und auf die anspruchsvolle Zukunft vorbereiten und ihnen einen optimalen Lebenserfolg ermöglichen.

Lehrpersonen sollten basierend auf einer ausgezeichneten Ausbildung und ihrer Lebensorfahrung für die jungen Menschen ein echtes Vorbild sein können. Entsprechend ist die Einmischung der Politik ins Unterrichten möglichst zu begrenzen. Als Landrätin würde ich mich für gute Rahmenbedingungen auf allen Schulstufen und eine zeitgemässse Infrastruktur einsetzen, mich aber gegen den überbordenden Controlling-Wahn und die Bürokratie rund um den Lernalltag durch die Politik wehren. Die gute Schule Baselland basiert auf dem Vertrauen in die Fähigkeiten, das Gespür und die Kreativität der Lehrpersonen.

Ein wichtiger Pfeiler guter Rahmenbedingungen ist ein gut verankerter und starker Service Public und ein gesunder Lebensraum, in dem Qualität vor Quantität gilt. Für mich gehören dazu beispielsweise ein bezahlbarer ÖV, gut ausgebauten Velorouten und weniger krankmachender Fluglärm. Lebensraum-Qualität und Bildungserfolg gehören untrennbar zusammen.

Philippe Haller

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Sekundarlehrer

Jahrgang: 1965

Partei: SP

Wahlkreis: Waldenburg



Mein Interesse für Politik wurde schon früh geweckt. Seit 1990 bin ich bei der SP. In meiner Wohngemeinde übe ich als Mitglied der Sozialhilfebehörde ein politisches Amt aus.

Vor 20 Jahren wurde ich an die «Gute Schule Baselland» gelockt. Damals galt der Kanton Baselland als fortschrittlich, seine Anstellungsbedingungen als vorzüglich. Heute sieht die Situation leider ganz anders aus: Die Sparwut der Regierung sowie einer Mehrheit des Landrats hat tiefe Spuren hinterlassen. Als Arbeitnehmer musste ich in den vergangenen Jahren zahlreiche Verschlechterungen hinnehmen. An meinem Arbeitsort Sissach wurde die Infrastruktur grob vernachlässigt. Als Landrat möchte ich mich gemäss dem Motto meiner Partei «Zukunft statt Abbau» für das öffentliche Bildungswesen einsetzen, denn Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft.

Der Kanton Baselland soll wieder ein attraktiver Arbeitgeber werden. Angesichts der steigenden Schülerzahlen ist dies eine Notwendigkeit, ansonsten werden qualifizierte und engagierte Lehrpersonen sich anderswo eine Stelle suchen. Für mich soll und darf gute Bildung etwas kosten – falls selbst durch eine andere Gewichtung der Prioritäten keine zusätzlichen Mittel generiert werden können, ist eine moderate Anpassung der Steuern für Private und Unternehmen kein Tabu.



Andrea Heger

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Primarlehrerin, Familienfrau,
Politikerin
Jahrgang: 1974
Partei: EVP
Wahlkreis: Waldenburg

Als Mutter, Lehrerin und aus persönlichem Wissensdurst sind mir lebenslange, gute Bildungsmöglichkeiten sehr wichtig. Diese sollen der Entdeckung und Entfaltung unserer Talente dienen. Das nutzt der ganzen Gesellschaft. Denn zufriedene Menschen, die ihre Berufung leben können, sind ein wichtiger Mosaikstein für mehr Frieden und eine erfolgreiche Wirtschaft.

Wir müssen zu unserer Volksschule wie zur Berufs- und Hochschulbildung Sorge tragen, die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten und Schulstufen wertschätzen und sie nicht gegeneinander ausspielen. Langfristig ausgeglichene Finanzen sind ebenfalls wichtig. Denn sonst folgende Sparprogramme schaden der Bildung.

Nebst den konkreten politischen Inhalten ist für mich der Stil wichtig. Ich bin um weitsichtige Entscheide unter den Aspekten der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit bemüht. So kamen auch meine Kompromissvorschläge bezüglich des Teuerungsausgleiches 2017 und der PK-Abfederungsmassnahmen zustande. Doch leider verfehlten sie im Landrat jeweils knapp die Mehrheit.

Es muss daher unser Anliegen sein, die momentan polarisierte und teilweise auf Machtdemonstration ausgelegte Zusammensetzung des Landrates zu ändern. Wir benötigen mehr Sachpolitik auf adäquater Stufe. Ich meine, dazu einen wertvollen Beitrag leisten zu können.

Jan Kirchmayr

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Sekundarlehrer, Master-Student
Jahrgang: 1993
Partei: SP
Wahlkreis: Reinach



Erhöhung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl für gewisse Schulstufen, eine Lohnkürzung, eine teilweise miserable Infrastruktur aus dem letzten Jahrhundert, massive Renteneinbussen. Das sind nur einige Hiobsbotschaften, welche der rechtsbürgerlich dominierte Landrat in der vergangenen Legislatur umgesetzt hat.

Und während man in Liestal munter kürzt, spart und auf Kosten der Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler abbaut, sind die Lehrpersonen mit zahlreichen Veränderungen im Schulalltag konfrontiert. So kann es nicht weitergehen.

Es braucht mehr Investitionen in die Bildung, damit die Lehrerinnen und Lehrer die Wertschätzung für ihren Beruf erhalten, die ihnen zusteht.

Dafür setze ich mich ein.



Miriam Locher

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Kindergartenlehrerin

Jahrgang: 1982

Partei: SP

Wahlkreis: Arlesheim

«Ihr habt 13 Wochen Ferien, da kann man etwas Engagement erwarten.» – «Lehrpersonen als Staatsangestellte haben ohnehin schon viele Privilegien.» – «Früher ging das mit 30 Kindern in einem Schulzimmer schliesslich auch.» So und so ähnlich haben die Voten der rechten Ratsmehrheit bei den Diskussionen über Bildungsanliegen in den vergangenen drei Jahren gelautet.

Und so ist es denn auch nicht verwunderlich, dass in dieser Legislatur einmal mehr massiv auf Kosten der Schulen, der Kinder und Jugendlichen sowie der Lehrpersonen abgebaut wurde. Lohneinbusse, Rentenkürzung, Abschaffung der Altersentlastung, Erhöhung der Maximalzahlen der Klassengrössen, Streichung von Fächern, Kürzung von Mitteln zur Infrastruktur. Die Liste liesse sich noch endlos weiterführen.

Es ist jetzt endlich an der Zeit, dass die Schule mit all ihren Akteurinnen und Akteuren wieder den Stellenwert erhält, der ihr zusteht. Und dass endlich wieder genügend Ressourcen im Bereich des Personals, der Infrastruktur und nicht zuletzt auch für den tagtäglichen Unterricht zur Verfügung gestellt werden.

Es braucht Politikerinnen und Politiker, die die Chancen und Schwierigkeiten des Lehrberufs erkennen, und für diese Anliegen kämpfe ich gerne auch weitere vier Jahre im Baselbieter Landrat, denn Bildung bedeutet Zukunft.

Simone Meier

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Sekundarlehrerin

Jahrgang: 1982

Partei: Grüne

Wahlkreis: Allschwil

Ich kandidiere für die Grünen, weil mir ein nachhaltiger Umgang mit unseren materiellen und immateriellen Ressourcen am Herzen liegt. Als Lehrerin steht für mich Nachhaltigkeit auch in der Bildungspolitik im Zentrum. Mir wichtige Themen packe ich pragmatisch, zukunftsorientiert und der Sache wegen an.





Isabella Oser

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Sekundarlehrerin,
Geschäftsleitungsmitglied LVB

Jahrgang: 1969

Partei: CVP

Wahlkreis: Laufen

Das Laufental ist seit 25 Jahren meine Wahlheimat. Ich fühle mich als Laufentalerin und bin mit den hiesigen Menschen verbunden. Meine Arbeit verrichte ich sachbezogen, beharrlich und mit Leidenschaft. Ich will mich für die Interessen unseres Tales in Liestal starkmachen.

Durch mein Wirken in der LVB-Geschäftsleitung und der CVP-Bildungsgruppe konnte ich mir einen guten Überblick über die landrätlichen Tätigkeiten verschaffen. Mein Fokus liegt sicher auf der Bildungspolitik. Zudem ist es mir wichtig, verwaltungsrechtliche Abläufe fair und effizient zu gestalten.

Auch die Privatwirtschaft ist mir nicht unbekannt. Durch die Mitarbeit in unserem 20-jährigen KMU im Informatik-Sektor konnte ich sehr viel lernen. Ich weiss, woher das Geld kommt, und dass man jeden Franken, den man ausgibt, zuerst verdienen muss. Ich weiss auch, was es bedeutet, Verantwortung für seine Mitarbeiter zu übernehmen, gerade in schwierigen Zeiten.

Als Landräatin will ich nicht meine persönliche Agenda verfolgen, sondern zuhören und die Anliegen vor allem des Mittelstandes und der Schwächsten in unserer Gemeinschaft in Liestal glaubhaft und wirkungsvoll vertreten. Ich will mich einsetzen für ein vielseitiges, selbstbestimmtes Leben in unserer Talgemeinschaft und in unserem Kanton für uns alle!



Pascal Ryf

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Geschäftsführer educampus

Jahrgang: 1979

Partei: CVP

Wahlkreis: Oberwil

Vor vier Jahren wurde ich mit einem sehr guten Resultat frisch in den Landrat gewählt. Damals war ich noch Lehrer an der Sekundarschule Oberwil/Biel-Benken, heute arbeite ich als Geschäftsführer der Stiftung fit-4school und von educampus.

Seit 2016 bin ich Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission, kämpfe gegen den Abbau im Bildungsbereich und setze mich für die Stärkung der Schulen ein. Ich engagierte mich im Komitee «Pro Bildungsrat»

und arbeite in der TaskForce Fremdsprachen mit, um eine gute und sinnvolle Lösung für die Lehrmittelfreiheit zu finden. Mit einer Petition haben wir die Weiterführung der Verkehrsinstruktion der Polizei Basel-Landschaft erwirkt.

Ich erachte es als wichtig, dass sich die Politik nicht zu stark in das operative Bildungsgeschäft einmischt und den Lehrpersonen und Schulleitungen die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellt, damit sie sich dem Kerngeschäft widmen können. Die Ausbildung der Lehrpersonen an der FHNW muss praxisbezogener werden, damit die Studierenden optimal auf den Schulalltag vorbereitet werden, in welchem die Forderungen der Gesellschaft stets grösser werden.

Als Mitglied von Pro Natura und Präsident der IG Südumfahrung NEIN engagiere ich mich für Umweltanliegen und sinnvolle Verkehrsinfrastrukturen.



Ernst Schürch

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Sekundarlehrer, Präsident AKK

Jahrgang: 1964

Partei: SP

Wahlkreis: Gelterkinden

Ich setze mich mit grossem Engagement für die Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft und insbesondere für die Einwohnerinnen und Einwohner von Gelterkinden und Umgebung ein. Ich mache das ganz nach dem Motto der SP: «FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE». Besonders am Herzen liegen mir dabei die Themen Bildung, Mobilität, Umweltschutz, Gesundheitsversorgung, Wohnen und soziale Sicherheit.

Damit alle ihre Chance packen können, müssen unsere Schulen für einen guten Unterricht mit einer zeitgemässen Infrastruktur in modernen Schulanlagen ausgerüstet werden. Sie brauchen dem Bedarf der Familien angepasste Tagesstrukturen und genügend Mittel, um zusätzliche Aufgaben bei der Integration und der Digitalisierung gut bewältigen zu können.

Wir brauchen in den Zentren wie auch in den Randregionen, zu Randzeiten und an den Wochenenden, einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr. Der Individualverkehr muss so gelenkt werden, dass keine Staus entstehen und keine Gemeinde von einer Verkehrslawine überrollt wird.

Schluss mit der Abbaupolitik auf dem Buckel der Bevölkerung! Deshalb setze ich mich gegen das Sparen zu Lasten der Menschen, für bezahlbare Gesundheitskosten, für eine vernünftige und zukunftsweisende Spitalplanung, für bezahlbaren Wohnraum sowie für solide Sozialversicherungen ein.



Paul Wenger

Aktuelle berufliche Tätigkeit: Mathematiklehrer

Jahrgang: 1952

Partei: SVP

Wahlkreis: Reinach

Meine langjährige Erfahrung als Landrat und Mitglied der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission garantieren, dass auch bürgerliches und vernünftiges Gedankengut in Bildungsfragen in die Baselbietler Politik einfliest. Ich stehe und stand immer ein für eine solide und verlässliche Grundbildung, bei der Können und Wissen im Einklang stehen.

Ich wehre mich dezidiert gegen weitere bildungspolitische Experimente. Wir müssen der Versuchung widerstehen, Ausbildung mit Bildung zu verwechseln. Ich stehe dem Lehrplan 21 nach wie vor sehr kritisch gegenüber. Viele Reformen der vergangenen Jahre sind gescheitert. Sie lagen ausserhalb des Umsetzbaren, waren teilweise ungenügend finanziert und haben die Praxistauglichkeit weit verfehlt.

Lehrpersonen aller Stufen müssen von weiterem administrativen Ballast befreit werden. Unterrichten ist das Kerngeschäft und nicht das Ausfüllen von Tabellen oder das Erstellen von Statistiken.

Die Schulleitungsstrukturen in unserem Kanton müssen angepasst werden. Es muss möglich sein, dass auch Schulleiterinnen und Schulleiter ohne Zielstufendiplom angestellt werden können, wenn eine gleichwertige Ausbildung vorliegt.

Und, aus meiner Sicht, seit Jahren ein Mangel in unserem Kanton: Die Löhne der Primarlehrpersonen sind zu tief. Hier muss etwas geschehen.

Berichte von Pensioniertenanlässen

Von Karl Hofstätter

Die Veloreise «Vom Rhonetral ins Baselbiet» fand vom 28. Mai bis am 2. Juni 2018 statt. Mit 19 Teilnehmenden wurde ein neuer Rekord auf der traditionsreichen LVB-Pensionieren-Velotour erreicht.



Kurz und bündig

Grimsel Wintersperre – mit Bus und Veloanhänger von Baselland nach Realp – Furkatunnel – Start in Oberwald – Brig (Führung Stockalperpalast) – Raron (Rainer Maria Rilkes Grab) – Fahrten häufig auf Rhonedamm mit schattigen Alleen – Sion (Stadtführung) – Abbaye St. Maurice – Genfersee – Vevey (Chaplins Denkmal) – Bergetappe mit ca. 400 m Höhendifferenz nach Palézieux – Payerne – Murtensee – Ins – Bielersee (Aarezufluss) – Solothurn – Oberer Hauenstein – Liestal – sonniges Wetter – kurzer Regenschauer – ein schleichender Plattfuss – kein Unfall oder Sturz – 404 km – 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – aufgestellte Stimmung – erfreuliche Woche.

Tag 1: Oberwald – Brig

Ein Bus mit Veloanhänger brachte uns aus dem Baselbiet nach Realp. Da der vorgesehene Startort Grimselpass infolge Wintersperre blockiert war, benutzten wir die Furka-Oberalp-Bahn. Ab Oberwald rollten dann unsere Velos,

begleitet von Kuckucksrufen, entlang der jungen Rhone und vorbei an blühenden Frühlingsmatten. Nur selten bremste uns der berüchtigte Talwind. Gesponserte Ausdauersticks stärkten uns beim Picknick an einem alten Flughangar. Wir genossen die lange Abfahrtsstrecke durch das Goms nach Brig.

Unseren Ausreisser Armin reizte die Hängebrücke von Fürgangen nach Mühlebach hinüber und er wählte die bergige Variante über Ausserbirn nach Brig. Im feudalen Palast erfuhren wir vielerlei über das Leben des gewieften Handelsherrn Kaspar Stockalper: Machthunger, märchenhafter Reichtum, Ränkespiele und familiäres Unglück. Zahlensymbolik hatte ihn fasziniert: dreistöckiger Arkadenhof, drei Türme, benannt nach den Heiligen Drei Königen. Auch besuchten wir das Beinhaus der Kirche von Naters (30'000 Schädel, 500-jährig) und die Judengasse.

Sonne und vereinzelte Regentropfen, 42 km, Fahrtzeit 2 h, Übernachtung im Hotel «Touring».

Tag 2: Brig – Sion

Es erwartete uns ein angenehmer Grüntunnel auf dem Rhonedamm mit dickstämmigen Erlen, Weiden und Nachtigallengesang. Wir überblickten ein immer breiter werdendes Tal. Raron: Besuch am Grab des deutschen Lyrikers Rainer Maria Rilke bei der Burgkirche. Schattige Rast im Pfynwald auf dem Schwemmfächer des Illbaches. Der schleichende Plattfuss wurde in Sierre behoben.

Stadtführung in Sion: romanische Kathedrale, Hexenturm und Altstadt mit dem Maison Supersaxo mit bescheidener Fassade, aber reichem Interieur. Sein Festsaal schmückt eine der schönsten Holzdecken der Schweiz (Speichenrose mit Medaillon, Darstellung Christi Geburt, Könige und Propheten).

Sonne und kurzer Regenguss nach Mittagspause, 64 km, Fahrtzeit 3 h 30 min, Übernachtung in der «Jugendherberge».



Angenehmer Grüntunnel mit dickstämmigen Erlen, Weiden und Nachtigallengesang auf dem Rhonedamm

Tag 3: Sion – Corseaux bei Vevey

Der Veloweg führte uns wieder auf den Rhonedamm. Wir pedalten vorbei an bewässerten Gemüsefeldern und grossen Obstanlagen. Auch beobachteten wir, wie Helikopter über den Rebhängen Spritzmittel versprühten. Es begleitete uns stets das Rauschen der Rhone, die viel Schwemmmholz mitführte.

Ein Teil der Gruppe unternahm einen Abstecher nach Martigny zum Amphitheater; Mittagsrast bei der Abbaye St. Maurice. Nachfolgende Regenwolken aus dem Rhonetal kühlten uns wohl mit Tropfen ab, aber sie beduschten uns nicht. Schliesslich durchquerten wir den breiten, dichtbewaldeten Fächer des Rhonedeltas. Der Genfersee begrüßte uns mit Sonnenschein. Trinkpause am Schloss Chillon und Fotostop in Vevey an der Seeuferpromenade: weltgrösste Gabel und Charlie Chaplins Denkmal.

Sonne und Regentropfen, 86 km, Fahrtzeit 5 h, Übernachtung im Hotel «Châtonneyre».



Tag 4: Corseaux bei Vevey – Payerne

Eine herausfordernde Etappe (ca. 400 m Höhendifferenz) stand uns bevor, und zwar die Strecke vom Genfersee aus mit Haarnadelkurven und extrem steiler Strasse (Route de Cremières) bis auf die Höhe vor Palézieux. Keine Gnade für

Sion in Sicht:
romanische Kathedrale, Hexenturm und
Maison Supersaxo



Speichenrose im Maison Supersaxo

die Wade! Nur einer der sieben E-Biker schaffte es, ohne abzusteigen hinaufzufahren. Alle anderen haben ihre Velos schweisstreibend gestossen.

Mit einer lockeren Abfolge von Steigungen und Abfahrten durchquerten wir die weite Naturlandschaft der Kantone Waadt und Fribourg. Über Oron, Moudon (Mittagrast) und an Lucens vorbei erreichten wir Payerne, bevor sich ein Gewitter entlud. Noch rechtzeitig konnten wir das Fliegermuseum oder die Stadt besichtigen.

Sonne, 55 km, Fahrtzeit 3 h 20 min, Übernachtung im Hotel «La Suite».

Tag 5: Payerne – Solothurn

Viele Tabakfelder und hohe Trocknungsscheunen tauchten in der Landschaft auf. Wir legten eine Pause am Amphitheater in Avenches ein. Wir radelten am Murtensee (Mt. Vully) vorbei, erreichten Ins und das Grosse Moos. Der Mittagsrast auf dem Hügel St. Jodel bei Ins ermöglichte uns eine weite Aussicht über die Seenlandschaft. Am Bielerseeufer und der Aare entlangstrampelnd hielten wir oft bei Sehenswertem an: neues Hagneckwasserkraftwerk beim Aareeinfluss in den Bielersee, Stopp im historischen Städtchen Büren an der Aare und ein Halt in Altretu mit seiner Storchenkolonie.

Am Abend wurden wir durch Solothurn geführt und in die für diese Stadt spezielle Bedeutung der Zahl 11 eingeweiht. Es folgte das Abendessen mit Riesenpizzas (bis 50 cm Durchmesser!), dem Feiern von Geburtstagen und mit einem unerwartet aufgetauchten, spendablen Überraschungsgast.

Sonne, 92 km, Fahrtzeit 5 h 20 min, Übernachtung im «Hotel an der Aare».

Tag 6: Solothurn – Liestal

Auf unserer Tour von der rauschenden Rhone zur gemächlich fliessenden Aare bis ins Baselbiet nahmen wir die letzte Etappe unter die Räder: Oensingen – Balsthal – Oberer Hauenstein. Auf der Passhöhe empfing uns das Baselbiet mit einem Schwarm röhrender Mopeds. Von da an ging's nur noch bergab nach Liestal und dann zu den entsprechenden Wohnorten.

Sonne, 65 km, Fahrtzeit 4 h 45 min.

Fazit

Wiederum können wir auf eine abwechslungsreiche Veloreise mit vielen kulturellen Eindrücken und schönen Erlebnissen zurückblicken. Alle haben zu einem guten Gelingen beigetragen. Unsere Abende eröffnete stets unser Musikus Armin mit fetzigen Melodien auf seiner Mundharmonika. Ein herzliches Dankeschön gebührt LVB-Pensioniertenobmann Rico Zuberbühler, der unsere Veloreise aufgeglegt, strukturiert und bestens geleitet hat. Auch sei allen recht herzlich gedankt, die mitgeplant, mitgeholfen, reserviert, repariert und in Film und Bild unsere Tour festgehalten haben. Wir können auf eine unfallfreie Woche mit einer Fülle von erfreulichen Erinnerungen zurückblicken.

Jahr	Route	Distanz	
2013	Um den Bodensee	200 km	6 Personen
2014	Rheinradweg: Oberalppass – Basel	420 km	9 Personen
2015	Rheinradweg: Basel – Mainz	400 km	13 Personen
2016	Moselradweg: Metz – Koblenz – Mainz	414 km	12 Personen
2017	Neckartalweg: Villingen/Schwenningen – Mannheim	397 km	17 Personen
2018	Rhonetal – Aare – Baselbiet	404 km	19 Personen

Perle 5: «Kinder werden überfordert»

Wo: Rundgang – Magazin für Unterricht und Bildung, Ausgabe 01/2019

Wer: Allan Guggenbühl, interviewt von Yvonne Bugmann

Wann: Januar 2019

«Wir wollen, dass sich Kinder und Jugendliche gut entwickeln. Das ist auch gut so. Das Problem ist jedoch: Wir übertreiben. Im Bemühen, ihnen das Beste zu geben, stehlen wir ihnen die Kindheit. Wir lassen sie nicht mehr alleine, wollen jeden Moment nutzen, um sie zu fördern. Man glaubt Defizite zu erkennen, die man sofort beheben muss, entwirft Trainingsprogramme – bei Eigenschaften, die zur Kindheit gehören und sich auswachsen.

[...] Um Kompetenzen im sozialen Bereich zu entwickeln, etwa Respekt oder den Umgang miteinander, sind Vorbilder ganz wichtig. Was Kinder effektiv mitnehmen, ist jedoch nicht berechenbar. Viele Schulen verlangen eine Normalität im Verhalten, die Erwachsene selbst nicht vorleben. Erwachsene benehmen sich ja auch oft daneben. [...] Außerdem unterschätzen wir Kinder. Sie erkennen zum Beispiel sehr früh Gefühle. In der Primarschule gibt es jedoch peinliche Programme, durch die Kinder mithilfe von Smileys ihre Gefühle erkennen sollen. Das ist eine Beleidigung der kindlichen Intelligenz.

[...] Ich beobachte, dass sich vor allem Jungen in der Schule nicht mehr wohlfühlen. Heute herrscht die Ansicht vor, dass Kinder mithilfe von Tablets automatisch selbst lernen. Sich selbst organisieren können viele erst im Erwachsenenalter und noch nicht mit zwölf. Schon vor 100 Jahren glaubte man, dass sich Schüler dank Enzyklopädien Wissen selbst aneignen [...]. Doch damals wie heute gilt: Bildung wird über die Auseinandersetzung mit Menschen vermittelt. Dies können weder Enzyklopädien noch Tablets ersetzen.

[...] Jungen haben [...] viel mehr Probleme in der Schule als Mädchen. Es gibt mehr männliche Schulverleider, mehr Konflikte. Die Geschlechter unterscheiden sich nicht nur biologisch, sondern auch psychologisch. [...] Im Gegensatz zu Mädchen reagieren Jungen besser auf Befehle als auf sachte Hinweise. Sie gruppieren sich gern im Kollektiv, das selbstständige Arbeiten kommt ihnen nicht entgegen. Sie lernen, weil die Gruppe lernt, während Mädchen gerne die

Erwartungen der Lehrpersonen erfüllen. Mädchen sind psychologisch geschickter, sie merken eher, was die Lehrperson will, und verhalten sich entsprechend.

[...] Es gibt zu viele Lehrpersonen pro Klasse. Die Anbindung an eine Lehrperson wird dadurch schwieriger. Oft haben Kinder sogar schon in der 2. Klasse mehrere Lehrpersonen! Kinder brauchen eine Bezugsperson, jemanden, der sie mag, jemand, der sich für sie engagiert, sich um sie kümmert. Diese Aufgabe sollte die Lehrperson übernehmen. Die Beziehung ist zentral, nur so können die Kinder Konflikte durchstehen, Emotionen entwickeln und Gefühle zulassen.

[...] Wichtig ist, dass Kinder in eine eigenständige Welt eintauchen können. Kinder lernen im Kontakt zu anderen Kindern, was eine Freundschaft, Verrat, ein Versprechen ist. Sie lernen den Umgang mit Mitmenschen. Doch dafür muss man ihnen Zeit lassen. Heute ist die Freizeit der Kinder oft verplant.

[...] Der Druck hat zugenommen, insbesondere die Anpassungsforderungen an das soziale Verhalten. Das Kind muss einem bestimmten Profil entsprechen. Das führt bei manchen zu einer Desorientierung, da sie das Gefühl haben, nicht zu genügen, so wie sie sind.

[...] Soziale Kompetenzen erwerben sich Kinder vor allem im realen Leben. Selbstständigkeit lernen sie zum Beispiel, wenn sie selbstständig sein müssen. Soziale Kompetenzen kann man nicht künstlich antrainieren.

[...] Gut wäre, wenn sich die Anzahl der Lehrpersonen und anderer Bezugspersonen auf höchstens drei beschränkt. Zudem sollte die Schule weniger auf Programme fokussieren, sondern mehr auf die Begegnung zwischen Lehrer und Schüler, die Schule lebt von der Begegnung. Auch soll die Schule die Kinder mehr einspannen, ihnen verantwortungsvolle Aufgaben übergeben.»

Geomatik erleben: Spannende Experimente für Schulklassen im SwissGeoLab auf dem FHNW Campus Muttenz

Von Februar bis Mai 2019 steht auf dem neuen FHNW Campus Muttenz das SwissGeoLab, ein mobiles Labor, in welchem Schulklassen spannende Experimente rund um das Thema Geomatik durchführen können. Dies bietet Ihnen nicht nur die Gelegenheit, mit Schulklassen das Thema Geomatik und seinen Zusammenhang mit traditionellen Bereichen wie Geografie, Geschichte, Mathematik, Physik, Informatik und den von allen genutzten Kartieranwendungen zu erkunden, sondern auch, einen spannenden und lehrreichen Tag auf dem neuen FHNW Campus Muttenz zu verbringen.



Geomatik ist eine der wachstumsstärksten Technologien der Zukunft. Keine App, kein Navi und kein Virtual Reality kommt heute ohne Geomatik aus, welche die Themen Geografie, Mathematik, Informatik, Geschichte, Physik sowie Technik verbindet. Geographische Informationen bilden die Grundlage für die Planung, Gestaltung und nachhaltige Entwicklung der Umwelt. Dementsprechend gehört Geomatik zu den wachstumsstärksten Technologien der Zukunft und bietet auch beruflich spannende Möglichkeiten für junge Menschen.

Das SwissGeoLab bietet Schulklassen die einmalige Möglichkeit, mit professioneller Begleitung des Instituts Geomatik praxisnahe Experimente durchzuführen.

Hier einige Beispiele:

- Wer weiss, wo die Gemeinde Rümlingen liegt, welches Wappen sie hat und ob ihre Wohnbevölkerung grösser oder kleiner ist als diejenige der Nachbargemeinden? Die App «Baselland in Zahlen» überlagert verschiedene

statistische Daten zu den Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft digital und dreidimensional über eine ausgedruckte Karte. Schülerinnen und Schüler können so die Informationen interaktiv erkunden und sich beim interaktiven Wappen-Quiz messen.

- Die Experimentierstation «Sandkasten» vermittelt in spielerischer Form die Grundkenntnisse der Topografie: Sie zeigt, wie Landschaften auf Karten dargestellt werden und wie Höhenkurven die Landschaft abbilden. Zudem erlaubt sie, die Auswirkungen von Hochwasser und Wasserströmungen zu simulieren und zu beobachten. Ein faszinierendes Experiment, das Gross und Klein begeistert.
- Menschen, Tiere und Technik bewegen und orientieren sich im Raum. Wir spüren die Schwerkraft. Daher wissen wir, wo oben und unten ist. Aber, wo ist Norden? Ungefähr? Und ganz genau? Dieses Experiment zeigt verschiedene Methoden, dies herauszufinden.
- Navigationssatellitensysteme GNSS (Global Navigation Satellite System) sind zu einem sehr wichtigen, manchmal sogar unabdingbaren Werkzeug geworden, welches im Alltag von immer mehr Menschen und Apps genutzt wird. Beim Experiment «Ortsbestimmung» lernen Schülerinnen und Schüler das Prinzip der Satelliten-

ortung kennen, d. h. wie man die geografische Position einer Person oder eines Objekts auf der Landmasse mithilfe von «Satelliten» berechnet. In einem zweiten Teil wird das Prinzip der Photogrammetrie vorgestellt, indem mithilfe von Luftbildern ein 3D-Modell des Mont-Blanc-Massivs rekonstruiert werden kann.

Informationen zu den weiteren Experimenten, beispielsweise wie man ein 3D-Portrait erstellt oder zum Thema Augmented Reality, finden Sie auf unserer Webseite www.fhnw.ch/swissgeolab.

Das SwissGeoLab kann für einen zwei- oder vierstündigen Besuch genutzt werden und bietet zudem die Gelegenheit, den neuen FHNW Campus Muttenz zu besichtigen, im dazugehörigen Park zu picknicken oder eines der kulinaren Angebote des Campus zu nutzen.

Der Besuch im SwissGeoLab ist gratis und richtet sich insbesondere an Sekundar- und Gymnasialklassen, Berufsschulen sowie 5. und 6. Primarklassen.

Alle Infos und Anmeldung unter:
www.fhnw.ch/swissgeolab

BILDER S. 50-51: SWISSGEOLAB



Den eigenen Akku mit Freude aufladen: Weiterbildung mit Schwung für mehr Elan im Unterricht

swch.ch – die 128. Interkantonalen Sommerkurse für Lehrpersonen und pädagogisches Fachpersonal finden vom 8. bis 19. Juli 2019 im bezaubernden Chur statt.

Lehrerinnen und Lehrer unterrichten in einem anspruchsvollen und zumeist sehr heterogenen Umfeld, wobei sie zugleich auch souverän mit neuen Anforderungen umgehen müssen. Das sind wichtige Gründe, in die eigene Weiterbildung zu investieren, Handlungskompetenzen zu stärken, aber auch, um Strategien für einen guten Umgang mit den eigenen Ressourcen zu entwickeln.

Neues Kursangebot 2019

Das swch.ch Kursangebot 2019 stärkt Lehrerinnen und Lehrer nachhaltig. In den Kursen finden sie direkt umsetzbare Ideen und Lösungen für den eigenen Unterricht. Neben einem breiten Angebot zu fachlichen und (fach-) didaktischen Unterrichtsthemen werden auch Kurse zur Verbesserung des Umgangs mit den eigenen Ressourcen – wie beispielsweise zum erfolgreichen Umgang mit wachsenden Ansprüchen – angeboten:

Kurs 109 I Anspruchsvolle Elterngespräche erfolgreich meistern (10.7. – 12.7.19): Wie steige ich am besten in ein schwieriges Gespräch ein? Es werden wichtige psychologische Grundlagen erarbeitet und praktische Übungen durchgeführt.

Kurs 111 I Souverän mit Kritik umgehen (15.7. – 17.7.19): Sie lernen, Kriterien für aufbauende Kritik anzuwenden und auf Kritik angemessen und souverän zu reagieren.

Traditionell bietet swch.ch auch Kurse an, welche die eigene Kompetenzerweiterung mit den Besonderheiten der Region verknüpfen. Chur mit seiner Umgebung hat dabei vieles zu bieten – für sportliche Abenteurer ebenso wie für kulturelle Entdecker:

Kurs 413 I Mit Seil und Bike rund um Chur (15.7. – 18.7.19): Mit Seilen und Knoten lässt sich in der Natur vieles machen. Und wenn man mit dem Bike an verschiedene tolle Orte rund um Chur aufbricht, beginnt das Abenteuer zwischen Sport und Spiel.

Kurs 606 I Skizzieren in Chur (8.7. – 12.7.19): Die Freude und Lust am bildnerischen Gestalten wird geweckt und inspiriert dazu, die Erfahrungen auch in den eigenen Unterricht einfließen zu lassen.

Kurs 212 I Rätoromanisch erleben (15.7.–18.7.19): Sie tauchen ein in die Lieder, die Gedichte, in einfache Texte und die all dies umgebende rätoromanische Kultur. Eine Horizonterweiterung der besonderen Art.

Neugierig geworden? Nutzen Sie jetzt die Chance – Wählen Sie aus über 200 Weiterbildungskursen zu aktuellen, schulischen Themen aus und freuen Sie sich auf eine inspirierende Zeit in einer geselligen Atmosphäre im schönen Graubünden.

Jetzt anmelden unter www.swch.ch oder telefonisch unter 061 956 90 70, Platz sichern und im bezaubernden Chur im Sommer 2019 gleich doppelt auftanken! Sind Sie dabei? Wählen Sie jetzt Ihren Kurs.

swch.ch Sommerkurse finden vom 08. bis 19. Juli 2019 in Chur statt

Jetzt anmelden und Ihren Platz sichern!

Sie möchten praxisorientiert

- Führungs- und Kommunikationsthemen in der Schule angehen,
- Ihre Schul-Life-Balance verbessern,
- Informatik und Medien vertiefen oder (neu) kennenlernen,
- neue Gestaltungsideen mit Musik-, Mal-, Werk- oder Schreibkursen entdecken und ausprobieren?

Das aktuelle Kursprogramm finden Sie unter www.swch.ch oder bestellen Sie ein Print-Exemplar unter **info@swch.ch, 061 956 90 70.**



LVB-Informationen

Teuerungsausgleich von 1.4 % für das Jahr 2019

Der Landrat ist am 12. Dezember 2018 dem Antrag des Regierungsrats auf einen Teuerungsausgleich von insgesamt 1.4 % für das Jahr 2019 gefolgt. Damit soll einerseits die für 2018 erwartete Teuerung von 0.9 % ausgeglichen und andererseits der in den vergangenen Jahren aufgelaufene Teuerungsrückstand um 0.5 % reduziert werden.

Wer den Beitrag der Personalverbände zu diesem Entscheid kleinreden möchte, dürfte wahrscheinlich darauf hinweisen, dass Politikerinnen und Politiker kurz vor den Wahlen gerne Geschenke verteilen. Den Entscheid des Landrats, der einstimmig und ohne Enthaltungen (!) gefällt wurde, vorrangig damit erklären zu wollen, greift indes zu kurz. Wir glauben mit Recht für uns in Anspruch nehmen zu dürfen, dass gerade auch die Hartnäckigkeit und Entschlossenheit der Personalverbände – oft unter Federführung des LVB – zu diesem erfreulichen Schritt beigetragen haben.

Am 8. November 2017 war es zu einer grossen Protestkundgebung des Staatspersonals in der Muttenzer «Mittenza» gekommen. LVB-Präsident Roger von Wartburg leitete durch die Veranstaltung und zeigte dem vollzählig anwesenden Regierungsrat mit deutlichen Worten auf, dass alle Schmerzgrenzen überschritten wurden und es nun dringend konkrete Massnahmen zugunsten der Staatsangestellten brauche.

Ziehen wir eine kurze Zwischenbilanz zu den 4 Hauptthemen, welche die Personalverbände am 8. November 2017 forciert hatten:

1. lohnrelevantes MAG:

Der Arbeitgeberseite konnten in intensiven Verhandlungen einige wichtige Konzessionen abgerungen werden. Die Ausgestaltung des neuen MAG für das unterrichtende Personal ist indes noch immer nicht weit fortgeschritten.

2. Teuerung:

Der Antrag des Regierungsrats sowie der Entscheid des Landrats zeigen, dass der Forderung der Personalverbände nach einer klaren Strategie zum vollständigen Ausgleich des aufgelaufenen Teuerungsrückstandes nachgekommen werden soll. Dies ist ein wichtiger, aber leider bislang einsamer Schritt in die richtige Richtung. Obwohl eine Mehrheit des Landrat am 12. Dezember 2018 bekräftigt hat, dass das Thema Teuerungsrückstand mit diesem Entscheid abgehakt sei, wird sich der LVB daher weiter vehement dafür einsetzen, dass die noch bestehenden Rückstände aus früheren Jahren ebenfalls eliminiert werden.

3. Renten:

Noch vor einem Jahr hatten für gewisse Jahrgänge kumulierte Rentenkürzungen von bis zu 30 % gedroht. Immerhin konnte durch den Einsatz der Arbeitnehmervertreter dieser *worst case* abgewendet und auf maximal 22 % begrenzt werden. Darüber hinausgehende Abfederungen wurden am 31. Mai 2018 vom Landrat mit 44:43 Stimmen knappstmöglich abgelehnt, was die erstmalige Durchführung einer Urabstimmung unter den LVB-Mitgliedern über einen Streik nach sich zog. Die Entschlossenheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder auch zu drastischen Schritten hat in der kantonalen Politik Eindruck gemacht und Spuren hinterlassen. Für zukünftige Auseinandersetzungen rund um die Renten, welche angesichts der weiterhin ungemütlichen Lage auf den Anlagemarkten zu befürchten sind, hat sich unsere Position dadurch zweifellos verbessert.

4. Wertschätzung:

Eine Projektstruktur mit Vertretungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite – wenn auch ohne Einsatz des LVB – besteht. Sobald konkrete Ergebnisse vermeldet werden können, werden wir dies umgehend tun.



- ◀ Am 12. Dezember 2018 votierte der Landrat einstimmig und ohne Enthaltungen zugunsten eines Teuerungsausgleichs von 1.4% für das Jahr 2019.
- ▼ Die Tiefst- und Negativzinsen erschweren das rentable Anlegen von Kapital massiv. Geht es so weiter, drohen bald schon Sanierungsmassnahmen.

Nur 0.5% Verzinsung der Pensionskassenguthaben per Ende 2018

Deutlich weniger erfreulich als die Gewährung von 1.4 % Teuerungsausgleich durch den Landrat war der Zinsentscheid der Vorsorgekommission des Vorsorgewerks Kanton der BLPK: Mit nur gerade 0.5 % wurden die Guthaben der aktiven (= noch berufstätigen) Versicherten Ende 2018 verzinst.

Diesmal würde es aber zu kurz greifen, den von der paritätisch zusammengesetzten Vorsorgekommission getroffenen Entscheid nur mit der Knausrigkeit des Kantons erklären zu wollen. Es war letztes Jahr schlicht nicht möglich, das Geld gewinnbringend anzulegen. Ob Aktien, Obligationen, Rohstoffe oder gar Bargeld: Alle Anlagekategorien versagten für einmal gleichzeitig.

Hinzu kommt, dass die erneute Senkung des technischen Zinssatzes von 3.0 % auf 1.75 % den Kapitalbedarf für die pensionierten Mitglieder des kantonalen Vorsorgewerks um rund 300 Mio. CHF erhöht hat, was das Vorsorgewerk in eine Unterdeckung von rund 200 Mio. CHF manövrierte. Tatsächlich rettet uns aktuell nur noch die vom Kanton gesprochene Arbeitgeberbeitragsreserve davor, bereits Sanierungsmassnahmen beschliessen zu müssen. Diese Arbeitgeberbeitragsreserve ist nun aber zu grossen Teilen aufgebraucht, und eine höhere Verzinsung der Guthaben der aktiven Versicherten hätte uns weiter in Richtung Sanierungsmassnahmen getrieben.

Eine Sanierung möchten wir aber auf jeden Fall vermeiden, denn damit einhergehen würden nicht nur massive Kosten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (letztere würden uns Staatsangestellten direkt vom Lohn abgezogen), sondern sie könnten den Landrat auch dazu bewegen, die Leistungen des Vorsorgewerks weiter zu reduzieren. Daher haben letztlich auch die Arbeitnehmervertreter in der Vorsorgekommission dem Kompromiss von 0.5 % Verzinsung (der immer noch über den Vorstellungen der Arbeitgeberseite lag) zugestimmt.

Da die aktuelle Senkung des technischen Zinssatzes erst 2023 abgeschlossen sein wird, besteht zwar Anlass zur Hoffnung, dass nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Senkungen des technischen Zinssatzes (per 1.1.2015 respektive 1.1.2018) nicht gleich die nächste folgt. Solange sich das aktuelle finanzielle Umfeld mit seinen Niedrigst- bis Negativzinsen jedoch nicht ändert, wird uns hinsichtlich der Verzinsung der Altersguthaben leider noch manch schwieriges Jahr bevorstehen.

LVB nominiert Michael Weiss und Isabella Oser für den Verwaltungsrat der BLPK

Vollkommen unverständlich ist für den LVB der Entscheid des BLPK-Verwaltungsrats, für Vorsorgewerke mit einem Deckungsgrad von weniger als 109 % künftig die Verzinsung der Guthaben der aktiven Versicherten selbst in guten Jahren bei maximal 2 % zu plafonieren. Damit ist das von der Regierung stets deklarierte Ziel einer durchschnittlichen Verzinsung unserer Altersguthaben von 1.5 % kaum noch realistisch. Und auch in hervorragenden Jahren (wie zuletzt 2017 mit rund 8 % Rendite) werden die aktiven Versicherten in Zukunft nur noch in höchst bescheidenem Masse daran partizipieren können.

Dass dieser Entscheid auch mindestens von Teilen der Arbeitnehmervertretungen im Verwaltungsrat der BLPK gestützt wurde, ist für den LVB nicht nachvollziehbar. Noch weniger verstehen können wir, weshalb die Personalverbände über diesen Schritt nicht im Voraus orientiert wurden, zumal diese Information insbesondere vor der am 31. Mai 2018 hauchdünn verlorenen Landratsabstimmung über Abfederungsmassnahmen (eine einzige Stimme Unterschied!) das Zünglein an der Waage hätte spielen können.

Ein Gespräch zwischen der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP) mit einer Delegation des Verwaltungsrats hat in dieser Frage zu keiner Konsensfindung geführt. Nicht zuletzt deshalb erhebt der LVB als mit Abstand grösster Personalverband des Kantons für die kommende Amtsperiode 2019-2023 Anspruch auf zwei Sitze im BLPK-Verwaltungsrat für sich und hat dafür die beiden Geschäftsleitungsmitglieder Michael Weiss und Isabella Oser nominiert. Die Wahl wird am 29. Mai 2019 stattfinden.

Die BLPK-Delegierten des LVB für die Amtsperiode 2019-23

Unserem winterlichen Aufruf nach neuen BLPK-Delegierten aus den Reihen des LVB sind erfreulicherweise deutlich mehr Mitglieder gefolgt, als für den Moment Delegiertensitze zu vergeben waren. Allerdings ist es gut möglich, dass während der kommenden Amtsperiode Rücktritte zu verzeichnen sind respektive dass die Verteilung der Delegiertensitze unter den Personalverbänden neu festgelegt wird. Sollte dies der Fall sein, würden wir uns zuerst an jene Mitglieder wenden, welche sich bereits jetzt zur Verfügung gestellt haben, jedoch nicht zum Handkuss gekommen sind.

Die Namen der BLPK-Delegierten des LVB für die kommenden vier Jahre entnehmen Sie bitte der folgenden Liste. Eine erste wichtige Aufgabe der frisch zusammengesetzten Delegiertenversammlung wird darin bestehen, am 29. Mai 2019 den neuen BLPK-Verwaltungsrat zu wählen.

Affolter Hans Peter
Dammer Uli
Göppert Henjo
Haller Philippe
Hoffner Johannes
Linz Tanja

Marbacher Adrian
Mohler Hansruedi
Stahl Regula
Stammbach Urs
Studer André
von Wartburg Roger

LVB-Bildungsinitiativen kommen am 19. Mai 2019 zur Abstimmung!



FOTOLIA

Am 19. Mai 2019 wird die Baselbieter Stimmbevölkerung über die zwei Bildungsinitiativen des LVB namens «Stopp dem Abbau an den öffentlichen Schulen» sowie «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen» abstimmen. Dies hat der Regierungsrat am 5. Februar 2019 bestimmt. Die zwei Volksbegehren waren am 4. Mai 2017 mit rund 2600 respektive 2700 Unterschriften eingereicht worden.

Regierung und Landrat lehnen die beiden Initiativen ab. Umso wichtiger wird es sein, dass sich unsere Mitglieder im Abstimmungskampf engagieren. Die Geschäftsleitung ist aktuell damit beschäftigt, die Kampagne auf die Beine zu stellen. Wir werden Sie selbstverständlich kontinuierlich auf dem Laufenden halten und hoffen auf Ihre tatkräftige Unterstützung!

Sieg vor Kantonsgericht: Angleichung der Primarschul-Löhne auch in der Heilpädagogik

Das Kantonsgericht hat am 9. Januar 2019 die Lohnklage einer vom LVB unterstützten Heilpädagogin, welche aufgrund ihres Wechsels von der Primarschule an den Kindergarten im Jahr 2015 um eine Lohnklasse zurückgestuft worden war, in wesentlichen Punkten mit 5:0 Stimmen gutgeheissen.

Im Gegensatz zu den Vorinstanzen liess das Kantonsgericht die Argumentation der BKSD nicht gelten, wonach für die Heilpädagogik noch keine aktuelle Modellumschreibung existiere und deshalb weiterhin die alte Modellumschreibung in Kraft bleibe. Jene basierte auf einer um ein Jahr kürzeren Ausbildung für Vorschulheilpädagoginnen und -pädagogen, welche aber seit vielen Jahren gar nicht mehr angeboten wird. Tatsächlich röhrt der Unterschied in der Ausbildungsdauer zwischen der Vorschulheilpädagogik und der schulischen Heilpädagogik nur von der Grundausbildung her: Das klassische Primarlehrerseminar hatte drei, das Kindertagenseminar hingegen nur zwei Jahre gedauert.

Das Kantonsgericht folgte der vom LVB vorgebrachten Argumentation, dass eine willkürliche Ungleichbehandlung zwischen Kindergartenlehrpersonen und Primarschullehrpersonen auf der einen Seite sowie Lehrpersonen der Vorschulheilpädagogik und der schulischen Heilpädagogik auf der anderen Seite bestehe, die auch rückwirkend zu beheben sei. Das Gericht liess zwar – für den LVB überraschend – offen, wie die beschwerdeführende Heilpädagogin nun tatsächlich einzureihen sei. Da sie aber über eine dreijährige Primarlehrerseminar-Ausbildung plus einen Master in schulischer Heilpädagogik verfügt, ist *de facto* nichts anderes als eine Einreichung in Lohnklasse 11 angezeigt, die dann auch rückwirkend ab 2016 (dem Zeitpunkt der erstmaligen Einreichung der Beschwerde) vorzunehmen wäre.

Aus Sicht des LVB wäre aber zu prüfen, ob aufgrund §18 Absatz 1 des Personaldekrets nicht sogar eine noch weitreichende Rückwirkung zwingend wäre, heisst es doch dort:

¹ *Wird ein offensichtlicher Fehler bei der Einreichung in eine Lohnklasse oder bei der Zuweisung einer Anlauf- oder Erfahrungsstufe festgestellt, ist wie folgt zu verfahren:*

- a. *Liegt ein Einreichungsfehler vor, der sich zugunsten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters auswirkt, ist sie oder er nach Ablauf der Kündigungsfrist in die richtige Lohnklasse und/oder Anlauf- bzw. Erfahrungsstufe einzuweisen. Bei auf Amtsperiode gewählten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss das Ende der laufenden Amtsperiode nicht abgewartet werden.*
- b. *Wirkt sich der Einreichungsfehler zu Ungunsten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters aus, ist die Korrektur sofort vorzunehmen und die Lohndifferenz seit Beginn des Arbeitsverhältnisses, jedoch längstens für 5 Jahre nachzuzahlen.*

Wie weit dieser Fall Präzedenzcharakter für andere Vorschulheilpädagoginnen und -pädagogen hat, ist daher schwer einzuschätzen, wir müssen zunächst die schriftliche Urteilsbegründung abwarten. Erfreulich ist auf jeden Fall, dass der LVB diese Beschwerde vor dem Kantonsgericht ohne Bezug eines Anwalts formulieren und auch gewinnen konnte.

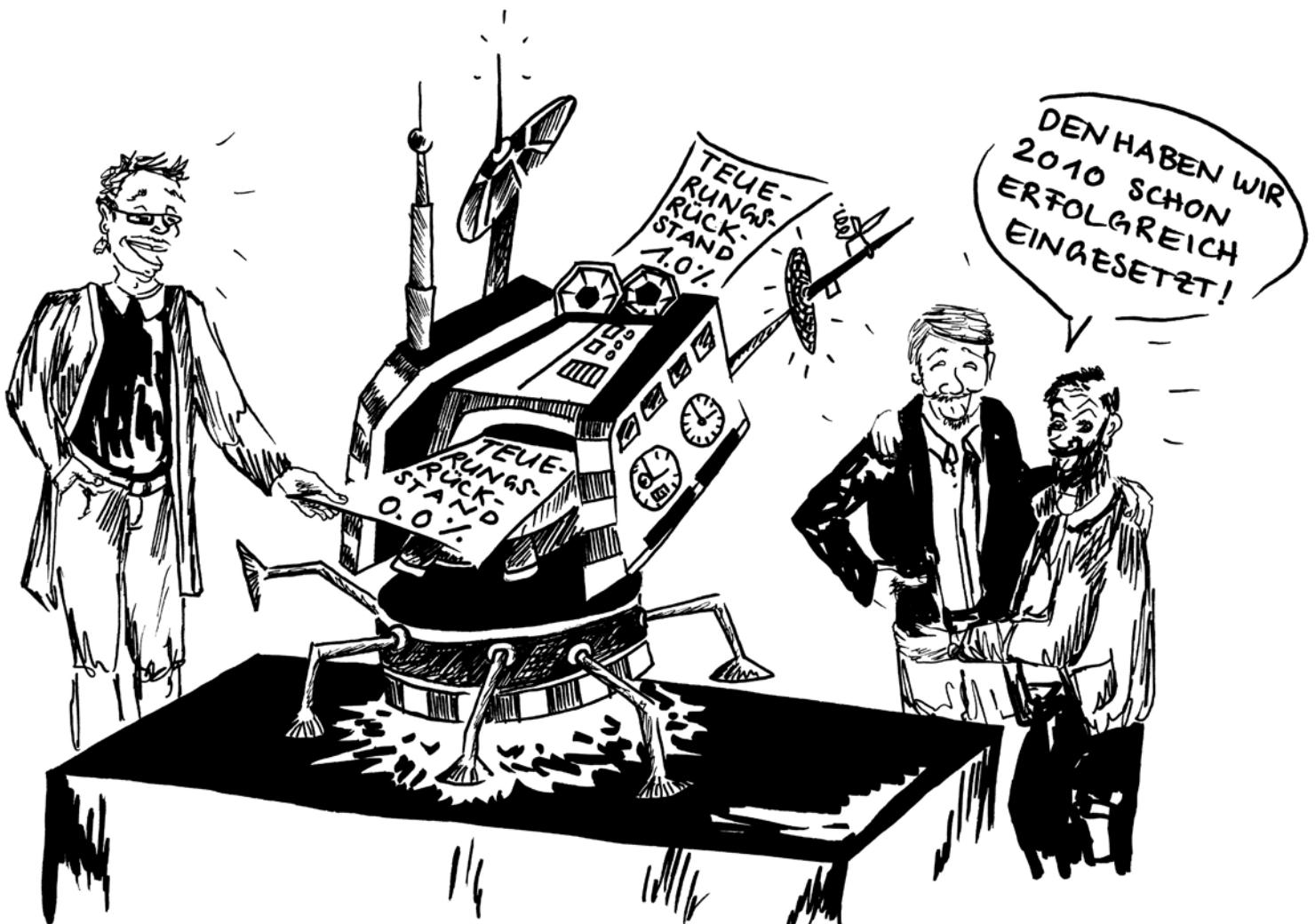
Weniger erfreulich ist, dass der Rechtsdienst des Regierungsrats, der in arbeitsrechtlichen Fragen die erste Beschwerdeinstanz darstellt, unserer Wahrnehmung nach zu wenig unabhängig entscheidet, sondern so, wie es die betroffenen Direktionen wünschen. Die Teilungsgültigkeitserklärung einer unserer zwei Volksinitiativen war auch so ein Fall gewesen, und auch dort hatte sie das Kantonsgericht mit 5:0 Stimmen rückgängig gemacht. Der Gang vor das Kantonsgericht wird daher immer öfter auch in Fällen nötig, die rechtlich eigentlich klar wären. Die Causa der ungenügend ausbezahnten Entschädigungen für den Unterricht in Mehrjahrgangsklassen könnte sich in die gleiche Richtung entwickeln.

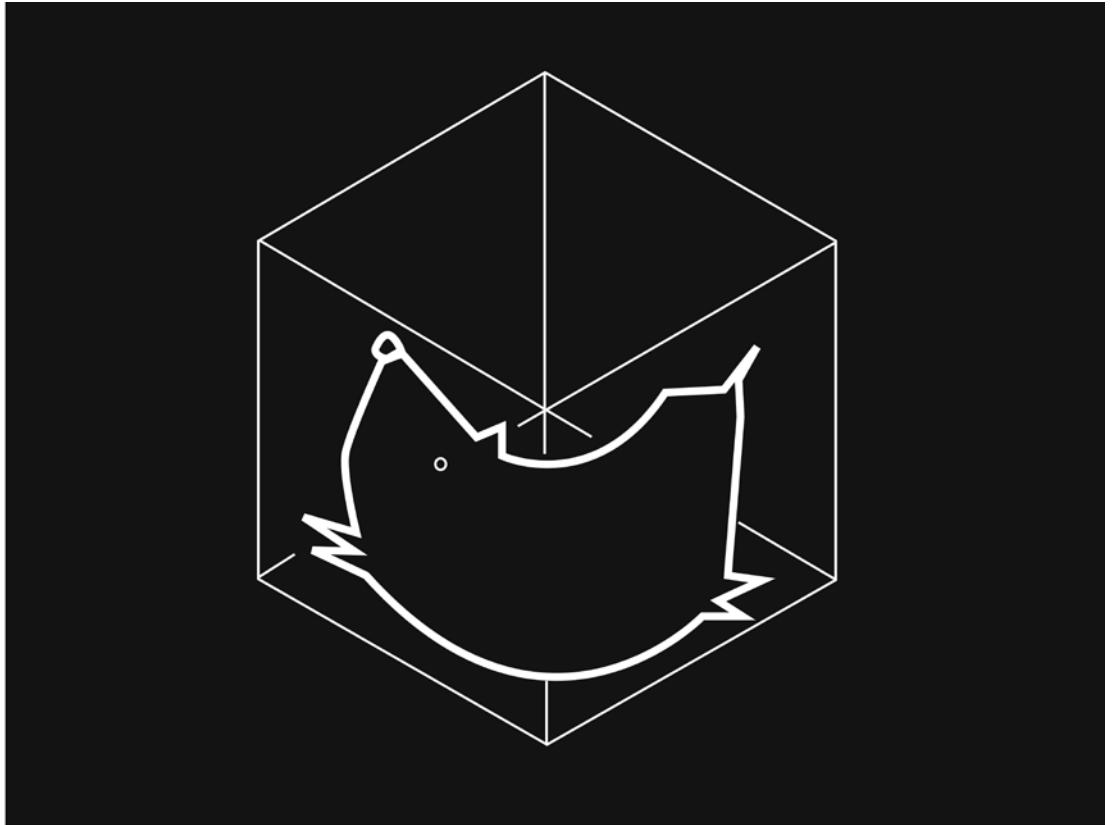
Strichwörtlich

Von Michèle Heller

12.12.2018:

DANK DEM ERFOLGREICHEN EINSATZ DES
TEUERUNGSRÜCKSTANDS-ANNIHILATORS
GELANG ES ERNEUT,
SÄMTLICHE LANDRÄTE DAVON
ZU ÜBERZEUGEN, DASS DER
TEUERUNGSRÜCKSTAND DES
STAATPERSONALS NUN AUSGEGLICHEN IST.





Time for Change? – Teil II: Im Hamsterrad

Schule zwischen Überlastung und Anpassungsdruck

Tagung, Samstag, 04. Mai 2019

Bergische Universität Wuppertal,
Fakultät für Design und Kunst,
Lehr- und Forschungsgebiet Kunstpädagogik

in Kooperation mit:
Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.
Universität Bonn, Arbeitsbereich Bildungswissenschaften
Cusanus Hochschule, Bernkastel-Kues
Universität zu Köln, Department Erziehungs- und Sozialwissenschaften



**BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL**

Programm

09.30 Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Jochen Krautz, Bergische Universität Wuppertal:

Rasender Stillstand. Eine Typologie des Hamsterrads

10.00 Überlastung

Prof. Dr. Silja Graupe, Cusanus Hochschule, Bernkastel-Kues

Überlastung als Machtinstrument

Dr. Claudia Schadt-Krämer, Gesamtschule Emschertal, Duisburg

Trotz alledem Schüler bilden

Diskussion

11.15 – 11.45 Kaffeepause

11.45 Schulentwicklung

Dr. Matthias Burchardt, Universität zu Köln

Entwickelte Schule, abgewickelte Freiheit: Schulentwicklung als kreative Zerstörung

Prof. Dr. Carl Bossard, PH Zug, Schweiz

Freiheit als pädagogisches Elixier

Diskussion

13.00 Mittagspause

14.00 Schulinspektion

Prof. Dr. Karl-Heinz Dammer, PH Heidelberg

Der sanfte Inspektor. Schulinspektion als Erziehungsmaßnahme

Michael Rudolph, Bergius-Schule, Berlin

Schulinspektion? Was an der Schule wirklich wichtig ist

Diskussion

15.15 – 15.45 Kaffeepause

15.45 Lehrerausbildung

Prof. Dr. Volker Ladenthin, Universität Bonn

Lehrerausbildung an der Universität. Wie man Wissenschaft marginalisiert und zur Akzeptanzbeschaffung umfunktioniert

Diskussion

Arno M. Feld, Art Coach, Berlin

Smart durchs Referendariat:

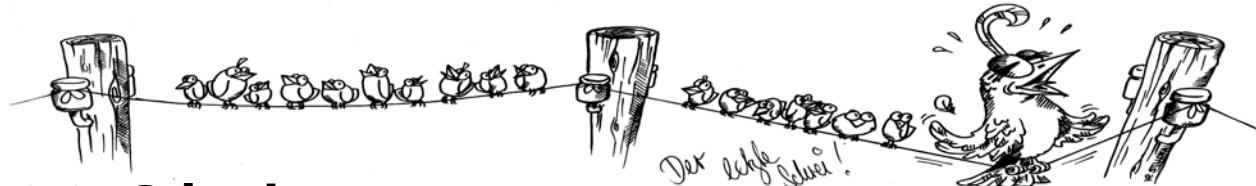
Personal Growing durch triangulares Coaching

17.00 Ausblick und Ende

Der letzte Schrei

Mastermind

Von Roger von Wartburg



FOTOLIA

Gemäss WWF sind aktuell fast 30 Prozent der untersuchten 96'951 Tier- und Pflanzenarten weltweit bedroht. Die Organisation spricht von einem «anhaltenden ökologischen Ausnahmezustand». Aus dem Bereich der Fauna taumeln gewisse Spezies regelrecht ihrem Aussterben entgegen, so etwa der Amazonasflussdelfin (*Inia geoffrensis*), der Amsterdam-Albatros (*Diomedea amsterdamensis*) oder die ostafrikanische Beisa-Antilope (*Oryx beisa*).

Vom WWF gänzlich unbemerkt, ist allerdings auch der (zumindest halbwegs) humanistisch gebildete Mensch (*Homo excultus*) akut vom Aussterben bedroht. Er wird verdrängt vom selbstbewusst auftretenden *Homo garrulus*, der seit mindestens einer Dekade mit Nachdruck das Mantra verbreitet, wo-

nach der *Homo excultus* innerhalb der Unterordnung der Trockennasenprimaten (*Haplorhini*) respektive der Familie der Menschenaffen (*Hominidae*) evolutionsbedingt der Extinktion anheimfallen müsse.

Dem *Homo garrulus* ist es gelungen, sich insbesondere auf den Hochplateaus von allerlei Bildungsinstitutionen und Hochschulen einzunisten, in Windeseile heimisch zu werden und sich rasant zu vermehren. Auch die politische Flora bietet ihm einen optimalen Lebensraum, den er zugunsten des Wohlergehens seiner Population zu schätzen und zu nutzen weiß.

Die bevorzugte Vokabel des *Homo garrulus* – ja geradezu sein Zauberwort! – ist die «Kompetenz». Im Unterschied zum *Homo excultus* ist der

Homo garrulus davon überzeugt, dass jede Form lexikalischen Wissens (Zitat: «totes Faktenwissen») in unserer modernen Zeit hinfällig geworden sei und stattdessen schulisch nurmehr auf die Bedürfnisse und Probleme der Heranwachsenden anwendbare Fähigkeiten, sprich Kompetenzen, erworben werden müssten. Einige schlagnende Beispiele hierfür sind die Kompetenzen, «eigene Bewusstseinszustände mitzuteilen», «kreativ mit vorgegebenen Materialien umzugehen und dabei Neuartiges zu kreieren», «seine Aufmerksamkeit auf sprechende Personen richten zu können» oder «lebendige Vorstellungen beim Lesen von Texten zu entwickeln».

Der *Homo excultus*, zunehmend isoliert und innerhalb seines ursprünglichen Biotops in die Enge getrieben,

hält dagegen, dass Kompetenzen im Sinne formaler Fertigkeiten, die an x beliebigen, auch banalen Inhalten erworben werden können, die Idee jedes durch Neugier motivierten Bildungsprozesses zunichtemachen würden. Die Faszination, die von einer Sache, einem Thema (das Wort «Stoff» wurde im schulischen Kontext auf Drängen des *Homo garrulus* hin auf den Index gesetzt), einem Gegenstand, einem Namen, einer Frage ausgehen kann, werde zerstört. Auf der Strecke bleibe so nicht zuletzt ein substantielles Interesse an der Welt.

Immerhin: Jeden Freitagabend wird Vertreterinnen und Vertretern des *Homo excultus* temporär ein kleines Naturschutzgebiet zur Verfügung gestellt, und zwar in London, genauer gesagt in den Studios von BBC Two. Dort dürfen sie unter ihresgleichen hemmungslos ihr Wissen zur Schau stellen und werden dafür sogar mit Applaus bedacht.

Das 30-minütige Fernsehquiz «Mastermind» ist das traditionsreichste seiner Art und wird, abgesehen von kleineren Unterbrüchen, seit 1972 (!) ausgestrahlt. Es ist innerhalb der heutigen TV-Landschaft konzeptionell derart anachronistisch und verzichtet dermassen konsequent auf jede Form

von Schnickschnack, dass es beim *Homo excultus* Kultstatus erlangt hat. Moderator ist seit 2003 der mittlerweile 75 Jahre alte John Humphrys. Bill Wright, der «Mastermind»-Erfinder, war übrigens einst als Folge seiner eigenen Befragungen durch die Gestapo während des Zweiten Weltkriegs zu der Sendung inspiriert worden.

Vier Kandidaten treten pro Sendung an. Zunächst beantwortet jeder von ihnen während je zweier Minuten in hohem Tempo Fragen zu einem selbst gewählten Spezialgebiet (sehr beliebt war in den letzten Jahren «Harry Potter», aber natürlich hat alles Mögliche seinen Platz und seine Berechtigung: von der Britischen Eisenbahn über Shakespeares Dramen und die griechische Mythologie bis hin zu TV-Serien wie «Blackadder» oder «Fawlty Towers»). Jede richtige Antwort ergibt einen Punkt. Wenn alle Kandidaten ihre «Spezial-Runde» hinter sich gebracht haben, fängt der bis dahin letztplatzierte mit der zweieinhalb-minütigen Allgemeinbildungs-Frage runde an. Am Ende werden die Punkte aus den beiden Runden addiert und wer die meisten Punkte hat, gewinnt.¹

Es stehen, anders als bei TV-Formaten wie «Who Wants to Be a Millionaire?», keine vorgegebenen Antwortmöglich-

keiten (Multiple Choice) und auch keine Joker zur Verfügung. Es gibt nur die Fragen, den Kandidaten und dessen Wissen. Fertig. Weder die Spekulationskompetenz («Welche der Antwortmöglichkeiten klingt am wenigsten falsch?») noch die Fremdbeurteilungskompetenz («Wer von meinen Telefon-Jokern oder aus dem Publikum kann an meiner Statt diese Frage wohl beantworten?») oder gar die Kompetenzvortäuschungskompetenz («Ich nehme jetzt einfach mal Antwort B, auch wenn ich keinen blassen Schimmer habe, aber wenn es richtig sein sollte, tue ich so, als ob ich mir ganz sicher gewesen wäre!») der Kandidaten werden erfasst. Welch ein Graus für den *Homo garrulus*!

Am Ende wird es dem *Homo excultus* wohl ergehen wie den amerikanischen Ureinwohnern: Die Zurverfügungstellung von Reservaten à la «Mastermind» dürfte nur einen Zwischenschritt zur weitreichenden Ausrottung der Zielgruppe darstellen. Spätestens wenn einer bis zwei Generationen hintereinander das Faktenwissen so richtig vergällt worden ist, werden sich weder Kandidaten noch Redaktionsmitglieder, welche die Quizfragen ausarbeiten, mehr finden lassen. Und selbst der WWF wird nicht Notiz davon nehmen.

¹ Die älteren Semester innerhalb unserer Leserschaft werden sich womöglich daran erinnern, dass es in den 1980er-Jahren auch im Schweizer Fernsehen eine ähnliche Sendung gegeben hat: «Tell-Star» mit Moderator Bernard Thurnheer! Dort mussten die Kandidaten in einer ersten Runde Fragen zu aktuellen Themen beantworten und in der dritten (und letzten) Runde Fragen zu ihrem jeweiligen Spezialgebiet. In Runde 2 dazwischen galt es, Umfrage-Ergebnisse zu erraten.

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4133 Pratteln

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsident
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch

Geschäftsführer & Vizepräsident
Michael Weiss
Sonnenweg 4
4133 Pratteln
Tel 061 973 97 07
michael.weiss@lvb.ch

Aktuariat
Gabriele Zückert
Rheinstrasse 51
4410 Liestal
Tel 061 599 48 51
gabriele.zueckert@lvb.ch

Beratung & Rechtshilfe
Isabella Oser
Brombergstrasse 42
4244 Röschenz
Tel 061 763 00 02
isabella.oser@lvb.ch

Publikationen & Pädagogik
Philipp Loretz
Bürenweg 6
4206 Seewen
Tel 061 911 02 77
philipp.loretz@lvb.ch